

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Versandgeb.);  
bei Auflistung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weißbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreigehaltene Zeitung oder deren Haupt 30.-

Inhalt: Volksernährung, Volksauswüchserung und Teurung. — Das Wohl des amerikanischen Trades Unionismus. — Arbeitgeber und Arbeitnehmer. — Politische Unruhen. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Unternehmerplan in Medenbung. Belämmung des Verbandsvorstandes. Verichte. Wählen, Würgen, Weiseln. Aus Belgien. Ein Bild auf die Maurerbewegung in Finnland. Aus Amerika. — Central-Krankenkasse. — Von Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc. — Aus anderen Bereichen. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften, Briefstafen. — Anzeigen. — Feuilleton: Wanderzwang und Meisterstück. Es ist erreicht!

Nahrungsmittel, gar nicht zu sprechen — werden im langen Haushalt der „kleinen Leute“ dazu führen, daß Schmalhans Küchenmeister ist, noch mehr als seither schon. Der Volksnahrung droht Gefahr. Es wäre Pflicht der Regierung, dieser Gefahr rechtzeitig, schon jetzt, ernste Aufmerksamkeit zu widmen. Wird sie dieser Pflicht genügen ohne Rücksicht auf agrarische Sonderinteressen? Jedenfalls muß sie eindringlich daran gehmahn werden, daß es notwendig ist, die Getreide-, Futtermittel- und Viehjölle außer Kraft zu setzen, mindestens die Grenzsperrre aufzuheben, indestens die Getreide-, Futtermittel- und Vieh-  
einfuhr zu erleichtern. Auf andere Weise ist der Gefahr nicht zu begegnen.

In welchem Maße die derzeitige Zollpolitik die Lebenshaltung der Massen ungünstig beeinflußt, ist in der sozialdemokratischen Presse und in Arbeiterveranstaltungen schon oft dargelegt worden. Einige weitere Belege dafür gibt eine soeben im Verlage von Fischer (Jena) unter dem Titel: „Die Verkehrung der Lebenshaltung im Lichte des Massenkonsums“ erschienene Publication von H. F. R. Nach den Feststellungen des statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M. betrug von 1896 bis 1905 die Preiserhöhung für Fleischwaren durchschnittlich 34 p. 100. Von da bis zum Herbst 1906 vollzog sich eine abermalige Erhöhung von 18 p. 100 (Preisliste der Innung), zusammen also von 52 p. 100 auf Fleischwaren. Fette, Eier und Milch wurden im Mittel um 28 p. 100 teurer. Das bedeutet also eine Preiserhöhung, die für die animalischen Nahrungsmittel im Durchschnitt 40 p. 100 beträgt. Die vegetabilischen Nahrungsmittel haben eine Erhöhung von mindestens 10 p. 100 erfahren.

Ahnlich ist die Preiserhöhung in allen Großstädten, ja, man kann sagen, allgemein im Deutschen Reich vor sich gegangen.

Aber nicht nur die Nahrung ist teurer geworden. Auch die Witten haben überall eine erhebliche Erhöhung erfahren. Nicht minder sind die Bekleidungsstoffe, wollene und baumwollene Webwaren, Webwaren, Schuhwaren, Haushaltungsgegenstände aller Art bedeutend im Preise gestiegen.

Ein weiterer Artikel des Massenkonsums, der einem wahrhaft standalonen, die Volksinteressen aufs schwerste verleidenden Wucherstil dient, ist, wie schon kurz angedeutet, die Kohle. Der Kohlenwucher wird bestreit durch Syndikatswirtschaft. Die Kartelle der Unternehmer (Kaufhauskonzern, Preishöchstbund etc.) hat die deutsche Sozialdemokratie in einer auf ihrem Parteitag zu Frankfurt a. M. angenommenen Resolution dahin beurteilt, daß sie, wie überhaupt die großkapitalistischen Organisationen, „die natürliche Folge der Entwicklung unserer kapitalistischen Produktionsweise“ seien. Das ist eine den offensichtlichen Tatsachen Rechnung tragende Erklärung. Aber die Sozialdemokratie hat sich auch niemals die schweren Schädigungen verhehlt, die den arbeitenden Klassen, der Masse der Konsumen, der ganzen nationalen Wirtschaft erwachsen aus dem Streben der Kartelle nach einem Monopol, nach ausschließlicher Beherrschung des Marktes, aus ihrer Tendenz wucherischer Preistreiberei.

In diesem Bestreben tut sich besonders das Kohlen-  
syndikat, das aus Großhandelsfirmen gebildete Kohlenkontor, hervor. In rücksichtsloser Weise betreibt es die „Preisregulierung“, d. h. das Hinaufschrauben der Kohlenpreise. Gerade jetzt wieder trifft die von ihm künstlich erzeugte Kohlennot Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und die Massen der kleinen Verbraucher, Arbeitern usw., sehr hart.

Nun beachten wir zunächst die genaue Steigerung, welche die Kohlengewinnung in Deutschland nach Ausweis der amtlichen Statistik im Verlaufe der letzten zehn Jahre erfahren hat. Im Jahre 1896 betrug sie in metrischen

Tonnen 85 690 000 Steinkohlen und 26 781 000 Braunkohlen. Bis zum Jahre 1906 inl. war sie gestiegen auf 137 118 000 Tonnen Steinkohlen. Natürlich ist in dieser Zeit auch der Kohlenbedarf der Industrie, des Verkehrs usw. ganz enorm gewachsen. Und gerade oder hauptsächlich dieser Umstand ist es, der dem Kohlenkontor die Wucherpraxis mit ermöglicht. Dies Syndikat „rechtfertigt“ die hohen Verkaufspreise, die es den Händlern vorschreibt, mit „Kohlenknappheit“ und mit der Erhöhung der Arbeitslöhne und der Betriebskosten im allgemeinen; es will behaupten, der Preis entspreche durchaus der beschränkten Menge des Produkts, der Höhe der Förderungskosten und der gestiegerten Nachfrage. Nun weiß man aber längst, daß das Kohlensyndikat lange Zeit die Kohlenförderung entsprechend einer genaueren Bewachung auf ein gemäßes Maß reduziert und dadurch künstliche Nachfrage erzeugt hat, um die Preise zu treiben. Während die Arbeitslöhne um höchstens 30 p. 100 gestiegen sind, hat das Syndikat im Laufe von kaum zehn Jahren den Preis für die Tonne Kohlen um mehr als 100 p. 100 erhöht. Es hält mit Lieferungen aus seinen Lagerbeständen geflissenlich zurück. Und indem es so dem inländischen Verbraucher die Kohle wucherisch verteuert, betreibt es eine Kohlenausfuhr nach dem Auslande zu Schleuderpreisen. Die Kohlenhändler sind nur noch Werkzeuge in der Hand des Syndikats, sie sind gezwungen, zu den Preisen zu verkaufen, die das Kontor vorschreibt.

Selbst die Großindustriellen und die Gräzler sind bereits rebellisch geworden gegen den Kohlenwucher. Es wird von dieser Seite die Erhebung eines Ausfuhrzolls auf Kohlen, die Befreiung der Kohlenausfuhrzölle und die Einführung der Einfuhr von Kohlen unter günstigen Tarifbedingungen verlangt. Unter allen Umständen ist darauf hinzuweisen, daß die Verbraucher von Kohle nicht mehr von der Gnade des Kohlensyndikats abhängen.

Derartige Anregungen sind schon öfter gegeben worden. Aber der preußische Staat hat sich gegenüberstets ablehnend verhalten und das fiskalische Interesse über das nationalwirtschaftliche gesetzt. Selbst fördert Kohlen in großen Massen und er hat das Bestreben, aus seiner Gruben so viel Geld wie möglich herauszuholen. In diesem Bestreben wird er vom Kohlensyndikat unterstüzt erzielt dieses hohe Preise, so kann sie auch der preußische Staat nehmen. Und er nimmt sie unbedenklich, geleitet vom einseitigen fiskalischen Interesse, was gleichbedeutend ist mit einer Unterstüzung des Syndikats durch den Staat.

Vom Reichstage dürfen wir ein energisches Eingreifen verlangen. Die Kohlennot und der Kohlenwucher haben ihn schon mehrfach beschäftigt. Schon einmal (Dezember 1900), als sogar Gemeindeverwaltungen das Kohlengeschäft in eigene Regie übernahmen, um dem schamlosen Wucher zu begegnen, hat er der Reichsregierung die Pflicht zugeschrieben, „der weite Volkskreis schwer bedrückenden Kohlennotwirkung abzuhelfen und für die Zukunft die Wiederkehr solcher Zustände zu verhindern“. Damals waren die Kohlenpreise bei weitem noch nicht so hoch, wie sie jetzt sind. Und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie noch weiter steigen werden.

Aber in der Reichsregierung herrscht offenbar auch ein Widerstreit kapitalistischer Interessen. Das Geldmacher ist den Regierungen, vor allem der preußischen, zur zweiten Natur geworden. Da drängt denn das fiskalische Interesse alle Erwägungen über die für die volkswirtschaftlichen Interessen verderblichen Wirkungen einer Verhöhung des wichtigsten industriellen Rohmaterials, über die schwerwiegende Belastung des unerlässlichen Konsums von Brennmaterial, völlig zurück.

Es muß aber der Regierung klar gemacht werden, daß es so nicht weiter gehen kann.

## Volksnährung, Volksauswüchserung und Teurung.

II.

Zu der betrachteten Volksauswüchserungspolitik ist nun auch noch infolge der höchst ungünstigen Witterung eine schlechte Ernte gekommen, die eine weitere erhebliche Steigerung der Teurung bewirkt. Das Mißgeschick ungünstiger Witterung und schlechter Ernten abzuwenden, hat der Mensch sein Mittel. Will vermöge er die Natur, im Kampf mit ihr, er kann sich Naturkräfte unterordnen, sie beherrschen, in seinem Dienst zwingen, ihre ihn bedrohenden Gefahren überwinden oder mildern und Segen aus ihnen gewinnen; aber so weit reicht seine Macht über sie nicht, in die Witterungsverhältnisse regelnd eingreifen, der Sonne und den Wolken, dem Wind und dem Regen zu gebieten. Wie das Walten der Naturgesetze die Witterung bestimmt, so muß er sie nehmen; nichts nicht ihm gegen deren Ungunst sein Wunsch und sein Gebot.

Aber Lehren, ernste, eindringliche Lehren kann das Volk aus dem Mißgeschick schlechter Ernten ziehen. Und ganz besonders das deutsche Volk. Selbst gute Ernten liefern ihm nicht die nötige Menge von Nahrfrüchten für Mensch und Vieh. Unsere Landwirtschaft kann, wie schon erwähnt, diese Menge nicht produzieren; wir sind angewiesen auf die Einfuhr von Getreide und Vieh, wenn die Volksnährung nicht eine die Volkskraft schwer schädigende Einschränkung erfahren soll.

Die Einfuhr wird bedingt vom Bedürfnis, das die heimische Ernte nicht befriedigen kann. Um wieviel geringer als die vorjährige Erntemenge die diesjährige ist, läßt sich noch nicht genau ermessen; aber daß der Ausfall ein erheblicher sein wird, steht fest. Die Einfuhr wird also mindestens in demselben Maße steigen müssen, wenn dem Bedürfnis genügt werden soll. Aber da haben wir es mit der agrarischen Schutzpolitis zu tun, die darauf berechnet ist, die Einfuhr von Getreide usw. durch höhere Zölle zu erschweren, was gleichbedeutend ist mit einer Verkürzung dieser Produkte. Die schlechte Ernte an sich bringt eine bedeutende Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte mit sich. Das fehlt nun gerade noch, den Massen der arbeitenden Bevölkerung, die sowieso schon sehr unter der agrarischen Lebensmittelverkürzungspolitik zu leiden haben, die Lebenshaltung noch mehr zu erschweren und zu verschlechtern. Zunächst wird die Fleischnot, die durch das Zusammenwirken von Zollpolitik und Grenzsperrre gegen die Viehimport, in den letzten Jahren herbeigeführt worden ist, eine Verstärkung erfahren. Unausbleibliche Folge der schlechten Futterernte — höchstwahrscheinlich ist kaum die Hälfte der vorjährigen Erntemenge an Vieh erzielt worden — wird eine Verminderung des Viehbestandes sein. Und da wird sich ja dann recht drastisch der „Segen“ der Futtermittelzölle erweisen. Eine erheblich größere Menge von Kartoffeln als sonst wird zur Viehfütterung Verwendung finden. Minderwertige Nährfrüchte aller Art kommt an den Markt. Und teurer zugleich werden alle Produkte, deren das Volk zu seiner Ernährung bedarf.

Das sind sehr trübe Aussichten auf den Winter. Teures und schlechtes Brot, teures und schlechtes Fleisch, teure und schlechte Kartoffeln — vom Gemüse und anderen

Sowohl die Kreise, die an der Volksauswüchserung interessiert sind, eine Vertierung der Lebensmittel und der sonstigen Massengebrauchsartikel nicht leugnen können, suchen sie der berechtigten Erregung der Volksmassen zu begegnen mit der Behauptung: die Vertierung werde nicht nur ausgeglichen, sondern sogar noch übertrifft durch die „gewaltige Steigerung der Löhne“ in den letzten Jahren. Das ist eine bühmische Unwahrheit, die erfunden werden müssen. Ihre Urheber könnten sich doch sagen, daß die Massen, die unter der Leitung leiden, die Massen der Arbeiter und die Mittelschichten, durch solche Vorspiegelungen nicht hinwegzuläufen sind über die schlimme Tatsache, mit denen sie sich abzufinden haben. Sie selbst wissen am besten, daß zwischen der Lohnsteigerung, die übrigens durchaus nicht allgemein eingetreten ist, und der Vertierung der Lebenshaltung ein starkes Missverhältnis besteht. Das wird übrigens auch bewiesen durch völlig einwandfreie amtliche Feststellungen, so durch die für die Krankenversicherung, in Betracht kommenden Berechnungen des durchschnittlichen resp. tatsächlichen Tagelohnes. Die Berechnung weist eine Lohnsteigerung von durchschnittlich höchstens 20 p.ß. auf. Es kommen hinzug die Verhinderungen der Gewerbeaufsichtsbeamten. In der letzten Zeit haben es sich auch Wissenschaftler bürgerlicher Richtung angelebt sein lassen, die Wahrheit nachzumessen. So Dr. Karl Schramm in den „Preußischen Jahrbüchern“. Dieser Mann untersucht dort in einem Artikel über „Arbeitslohn und Leitung“ das Verhältnis zwischen der Steigerung der Lebensmittelpreise und der Steigerung der Löhne. Er kommt zunächst zu dem Resultat, daß allerdings entsprechend dem großen Bedarf an Arbeitskräften die Löhne während des verflossenen Jahres fast in allen Industriezweigen, wie er sagt, „erheblich“ gestiegen sind. Soweit in den Berichten der Regierungs- und Gewerberäte zahlreiche Angaben gemacht sind, betragen die Lohnsteigerungen gegen das Jahr 1905 im Durchschnitt etwa 10 p.ß. Nur in einigen Gegenden geht diese Ziffer über das Durchschnittsmäß hinaus. So belieben sich die Lohnsteigerungen im Regierungsbezirk Magdeburg bis auf 20 p.ß., Coblenz bis auf 20 p.ß., Hannover und Münster bis auf 15 p.ß. und in den Textilfabriken des Regierungsbezirks Erfurt bis auf 18 p.ß. In dem Gewerbeaufsichtsbezirk Essen betragen die Lohnsteigerungen im Durchschnitt 5 p.ß., in der Industrie der Steine und Erden einschließlich der Ziegelerien 5 bis 8 p.ß., in der Metall- und Maschinenindustrie 8,3 bis 8 p.ß., in der chemischen Industrie 4 bis 8 p.ß. und in der Textilindustrie 7 bis 18 p.ß.

Und die Rechte Seite der Medaille? Dr. Schramm gelangt in der Untersuchung der Preisehöhungen verschiedener Nahrungsmittel und Wohnungsmieten zu folgendem Ergebnis:

Eine sehr bedauerliche Erscheinung bei der augenblicklichen Lage ist ferner, daß trotz der großen Opfer der Unternehmer die Arbeiter mancher Industriezweige eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage, die zu jenen Opfern im rechten Verhältnis steht, nicht erreicht haben. Die Lebensmittelverteilung und die stetige Steigerung der Wohnungsmieten haben eben den Mehrverdienst nicht nur absorbiert, sondern in einzelnen Fällen auch keinen Ausgleich ermöglicht. Wenn dieses schon von dem allgemein besser gestellten Industriearbeiter gilt, der sich durch seine erhöhten Lohnforderungen einigermaßen schadlos gehalten hat, muß die Frage aufgeworfen werden, ob sich die wirtschaftliche Lage derjenigen, welchen

eine Einkommenserhöhung unerreichbar war, namentlich der Hinterarbeiter, nicht verschärft hat. All dies ist ein Grund zu der Befürchtung, daß die Unzufriedenheit des Arbeitnehmers, welcher die Schläge nur einseitig von seinem Standpunkte aus betrachtet, trotz besserer Verdienstes und der verlängerten Arbeitszeit noch größer geworden ist.“

Ein linksliberales Blatt, die Berliner „Volkszeitung“, warnt sehr eindringlich davor, die Lohnhöhungen zu überschlagen und zu verallgemeinern. Sie schreibt:

„Tatsache ist, daß alle Gebrauchsgegenstände, die zur Lebenshaltung notwendig sind – mit einigen Ausnahmen, z. B. Bier – in den letzten Jahren im Preis heraufgegangen sind. Dieselbe Erscheinung sehen wir jedoch nicht bei den Löhnen. Gerade in jenen Erwerbsarten, die obnein die geringsten Löhne zahlen, sind sie im allgemeinen nicht gestiegen. So in gewissen Zweigen der Textilindustrie, der Wäschefabrikation, der Spielloarenzeugung; überhaupt vorwiegend in den hausindustriellen Arbeitszweigen. Von ihnen leben aber Hunderttausende deutscher Familien. Von diesen Löhnen spricht man heute weniger als von jenen in den Berufen mit starken Arbeiterorganisationen, wie z. B. in der Metallindustrie, in den Bau- und Holzarbeitergewerben. Aber auch diese Arbeiterkreise, der kleine Handwerksberuf, der Unterbeamte mit starken Familien und jener hausindustrielle Arbeiter empfinden es denn doch als eine starke Beeinträchtigung ihrer Ernährung, wenn sie auf die Dauer für das Pfund Fleisch 15 bis 20 s mehr bezahlen sollen, und wenn ein Schuhfußbrot statt 60 s 75 bis 80 s kostet, wenn das Liter Milch um einige Pfennige im Preise steigt, ein frisches Ei nicht unter 7 s im Sontag zu haben ist, wenn Seife, Tuch, Wäsche, Kleidung nicht günstig auch die kleinen Wohnungen, wenn sie hygienischen Ansprüchen genügen, teurer werden.“

Man sollte also, fügt das Blatt hinzu, „das öffentliche Urteil über die Wirkung der allgemeinen Leitung nicht dadurch irre führen, daß man auf die Steigerung des Einkommen verweist“.

Schon allein die Tatsache, daß ausweislich der Statistiken der Schlachthäuser die Viehslaftung ganz erheblich zurückgegangen und unter gleichzeitiger erheblicher Steigerung der Fleischpreise der Fleischkonsum bedeutend gesunken ist, darf als Beweis dafür gelten, daß die Erhöhung des Arbeitsentgelts, wo eine solche wirklich eingetreten ist, bei weitem nicht gleichen Schritt gehalten hat mit der Vertierung der Lebenshaltung. In der schon erwähnten Fächerlichen Schrift wird das zur Erhaltung einer erwachsenen Person erforderliche Nahrungs- bzw. Geldquantum dahin berechnet: Unterstellen wir eine Arbeiterfamilie von nur sechs Personen, gleich vier Erwachsenen und neunen wir an, daß sie ohne jeden Altkoholismus ausfahne, so bedeutet das immerhin noch eine Ausgabe zu Ernährungszwecken von viermal 84 s oder von M. 3,26. Den durchschnittlichen Nahrungskonsum mit 60 p.ß. der Gesamtausgaben angesetzt, verlangte das ein Tagessatz von M. 5,60. Wohl gemerkt: bei sehr bestehenden Ansprüchen und bei sehr sparsamem und praktischem Haushalt. Wie viele Arbeiter gibt es, die täglich M. 5,60 verdielen? Das ist nur eine verschwindend kleine Zahl unter den Millionen. Die übergroße Mehrzahl muß fortgesetzt hungern und dorben.

Die Situation für die arbeitenden Klassen wird um so einst, je mehr etwa mit der Gefahr einer schwierigen wirtschaftlichen Krise gerechnet werden muß. Es ist durchaus nicht unmöglich, daß solch eine Krise schon sehr bald ausbricht. Wenn sich mit der Leitung, mit der Auszehrung des Volkes auch noch eine Stockung in

Industrie und Handel, eine Massenarbeitslosigkeit verbinder, wird das Unheil katastrophalartig werden.

Nichts ist natürlicher, als daß die Arbeiter, um den schlimmen Wirkungen der Leitung zu begegnen, Lohn erhöhung fordern müssen, wenn sie sich nicht den schlimmsten Entbehrungen unterwerfen wollen. Aber da wird man dann wieder das Gejömpf und Geplöter des Unternehmertums, der Agrarier und sonstiger Stützen der „Ordnung“ über die „unverschämten“ Arbeiter hören können. Und diese „unverschämten“, die nicht einsehen wollen, daß es ihre Pflicht ist, schweigend zu dulden, werden wieder schwere Kämpfe zu bestehen haben, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Das aber mögliche eine Niederlage sein, an die noch indifferente Masse der Arbeiter, die der gewerkschaftlichen Organisation ihrer Klasse noch fernsehn, sich ihr anzuschließen, sie tatkräftig zu unterstützen. Es handelt sich darum, unter dem Druck der Leitung einen energischen und erfolgreichen Kampf um die Lebenshaltung, um die wirtschaftliche Erfüllung der Arbeiter zu führen.

Dieser Kampf muß sich richten, sowohl gegen die herrschenden Wirtschaftsfaktoren, wie gegen die die Volksansbeutungswirtschaft verantwortlich und darauf bedacht sind, die Arbeiterklasse mehrfach zu machen, sie zur Ohnmacht zu verurteilen. Bereits hat das Berliner Organ des Bundes der Landarbeiter für die Kohlentreibung das Streben der Arbeiter nach kürzerer Arbeitszeit und höheren Löhnen verantwortlich gemacht und Vergewaltigung der Arbeiter, Vernichtung der Koalitionsfreiheit und der Arbeiterorganisation, Anerkennung und Sicherung der willkürlichen Ausbeutung der Arbeitskraft gefordert.

Es braucht wohl kaum bemerkt zu werden, daß diese Forderung den Wünschen und Begehrungen des Unternehmertums, der herrschenden Klassen überhaupt, durchaus entspricht. Das Schafnachtwerk ruht und rastet nicht. Es will den Arbeitern zu dem Unheil der Auswüchserung, zu der Not und dem Elend auch noch die Enteignung und Unterdrückung bringen. Diesen fluchwürdigen Bestrebungen müssen die Arbeiter die Macht ihrer Organisation entgegenstellen. Berufskollegen und Gesinnungsgenossen, wirkt deshalb unablässig für Erstärkung dieser Macht!

## Das Wesen des amerikanischen Trades Unionism.

I.

B. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit gegenseitiger Verständigung und gemeinschaftlichen Handelns des internationalen Proletariats ist nicht erst von gestern und heute. Das klassische Dokument des modernen Sozialismus, das Kommunistische Manifest, klingt aus in dem Rufe: Proletarien aller Länder vereinigt Euch und die Internationalen Sozialistenkongresse und Gewerkschaftskonferenzen sind ein Beweis dafür, daß diese Erkenntnis schon längst praktische Bedeutung und Verwertung gefunden hat. Der letzte Internationale Kongress, in Stuttgart mit seines interessantesten und wichtigsten Tagesordnung wie: Militäräusmus, Kolonialpolitik, Auswanderungsfrage und die sich daran anschließenden Gewerkschaftskonferenzen haben auch wieder aufs neue bewiesen, wie notwendig und wichtig solche Zusammenkünfte und Verständigungen sind. Mag auch vorläufig das praktische Ergebnis noch sehr gering sein, was in der Verschiedenartigkeit der politischen und sozialen Verhältnisse der verschiedenen Nationen zum Teil seine Erklärung findet, so lernt man aber gerade in einer gegenseitigen Aussprache

Spielball der Gesellen gewesen. Möchte er nun auf der Wanderschaft etwas lernen und sehen, wie er fortcomme. In Winterthur hatte man für die meisten Gemeinde einen sechsjährigen Wanderschaft, „damit sie zu rechten Meistern und nicht zu Pfuschnern werden“. Eine unbeküpfte Selbsteinfühlung besaß, was die Lehrlinge wohl gelernt haben mochten oder in Winterthur überhaupt lernen konnten. So joggte man denn unter dem heudlerischen Vorgeben: „wir nichts getragen, lernt nichts tragen“, die jungen Leute zwangsweise auf lange Jahre aus ihrer Heimat. Denn wenn Wandern bildete eine 5-jährige Freiheit die Regel. Unter kommt es vor, daß ein oder das andere Handwerk gegen Zahlung einer bestimmten Summe ein oder mehrere Wanderyahre erlässt. So in Würzburg, wo die übliche Wanderschaft bei den meisten Handwerkern fünf Jahre betrug, doch unter besonderen Umständen gegen Zahlung von sechs Gulden pro Jahr ein oder mehrere Wanderyahre erlassen werden konnten. Nur ganz vereinzelt finden sich fürgere Wanderschaften. So hatten die Bäder in Ansbach z. B. nur zwei Jahre zu wandern. Besonders fürgäriger war der Wanderschaft auch bei den Meisterföhren. Wie sie mit allem günstiger gestellt waren, so hatten sie auch meistens nur die Hälfte der Zeit in der Fremde zu bleiben, die für die übrigen Gesellen vorgeschrieben war.

Dass die jungen Handverksgegenden ihre Wanderschaft möglich ausnutzen, bedarf gar keiner Frage. Deutsche Handverksgegenden fand man im Mittelalter in Nürnberg, Ratiborowde wie in Prag, in Italien, Frankreich, England, kurz es gab kein Kulturland, wo solche nicht zu treffen waren. Johann o. Leibniz durchzog England, Portugal, Frankreich, Deutschland, Belgien und Holland. Hans Sachs war in Tirol, Genoa, Rom, Venedig, in Leipzig und im Thüringischen.

Mit reichen Erfahrungen und Kenntnissen lehrte die Mehrzahl der fortgewanderten Gesellen wieder heim. Und

doch mühten ihnen alle ihre Kenntnisse zunächst wenig zu ihrem ferneren Fortkommen. Sie erleichterten ihnen durchaus nicht die Schäftigung und die Erlangung der Meisterprüfung. Dazu gehörte vor allen Dingen Geld, und der Egoismus des mittelalterlichen Handwerkmeisters, den an einem neuen weitgetreiften Meisterstand so gar nichts lag, hatte gar wohl dafür gesorgt, daß die verlangten und notwendigen Geldsummen so grobe waren, daß nur wenige der Gesellen an die Erlangung der Meisterföhren konnten. War der Geselle nicht von Haus aus vermögend oder fand ihm nicht ein besonderes Glücksaufall zu Hause, so konnte er alt und grau werden, ehe er sich die nötigen Gelder von seinem Vobne zusammengespart hatte. Ein raffiniert ersonnenes System, das als erstes Geld, als zweites Geld und als drittes Geld erforderlich, sperrte dem Lehrling ein, für allemal den Eingang zur Selbständigkeit. Da war vor allen Dingen der Anfang der Meisterföhre. Nicht, daß der Geselle zeigen sollte, was er könne, das hätte sich viel billiger und leichter erreichen lassen, sondern die Verwachung unerschöpflicher und unglobofer Ausgaben war ihr ausgeschöpfer Zweck. War es nicht eine an den Haaren herbegezogenen Verzweiflung, wenn die Engländer Schneiderzunft 1557 folgende Meisterföhren verlangte: Rob. Hose, Wams, Kappe und Plagament für einen Abt. Eine Hufede und ausgeschnitten Schäube für eine Edelfrau. Einen purpurroten Rob. Hose und damastenes Wams für einen Bürger. Eine Burzlin-Hufede und eine schmucktonte ausgeschnitten Schäube, und einen Augustiner von Atlas für eine lebige Tochter. Einen langen Rob. von Schamlot und ein kleines Burzlinrödeln für einen Doktor. Hose, Rob. und Wams für einen Unterricht für eine Bürgerfrau. Einen Leibrock, Hose und Wams von Zwölf für einen Bauer. Einen Mantel von rheinischen Tuch und ebensolchen Unterricht für eine Bürgerfrau.

diese Verhältnisse besser kennen und findet so leichter den Punkt gemeinsamer Vereinigung und schließlich auch die Mittel und Wege zu gemeinsamer Aktion.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, von der hier die Rede sein soll, lehrt den Gedanken der Internationalität, soweit er sich über die Grenzen Amerikas hinaus erstreckt, noch störmlich fern. Auf der Internationalen Maurerkonferenz war ja, wie bekannt, auch kein Vertreter des Amerikanischen Maurerverbands anwesend, sondern nur die Union 11 in New York hatte einen, dem Gewerbe fernstehenden Genossen, mit ihrer Vertretung beauftragt. Das hat seinen Grund nicht in der weiten Entfernung allein, sondern liegt vielmehr im Charakter und Wesen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung begründet, die wir unter dem Namen "Trade Unions" etwas näher kennen lernen wollen.

Eine ausführliche und gründliche historische Entwicklung des amerikanischen Trade Unionismus zu geben, liegt nicht in unserer Absicht; auch würde das zu unserer Verfügung stehende Material hierzu viel zu spärlich sein. Immerhin ist es aber zum besseren Verständnis notwendig, einen kurzen historischen Rückblick auf die Entwicklung des Trade Unionismus zu werfen:

Anfänge einer Arbeitersbewegung finden wir auch in Amerika bereits im 18. Jahrhundert, wie uns ein Streit der Bäcker von New York 1742, der erste Streit in Amerika überhaupt, Schuhmacherstreit in Philadelphia; in den Jahren 1796, 1798 und 1799 zeigen. Über alle diese Streite waren spontane Ausbrüche, wie das ja auch ohne weiteres aus der noch schwachen Entwicklung des amerikanischen Handwerks und der Industrie erklärlich ist. Arbeitervereinigungen mit sozialistisch-autopistischen Tendenzen, denen die Theorie von Robert Owen und Fourier zu grunde lagen, und die auch bereits als selbständige Parteien bei den politischen Wahlen auftraten, treffen wir dann im Jahre 1845 an. So schnell wie diese Vereinigungen entstanden, so schnell verschwanden sie aber auch wieder, und diese plötzliche Parteibildung hat sich immer noch erhalten. Es kann hier nicht ausführlicher gesetzt werden, was die Ursachen dafür waren und noch sind; hier sei einfach nur die Tatsache angeführt. Wie groß die Zahl der lokalen Gewerkschaften war, läßt sich nicht feststellen. Nationale Gewerkschaften wurden beim Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahre 1861 26 gezählt. Ihre Hauptforderungen waren: der Zehnstdienstag, wöchentliche Lohnzahlung, höhere Löhne u. a. m. Von den Behörden wurden sie bedrängt, modisch sie manchen Strafen auszufechten und Geld- und Gefängnisstrafen zu erledigen, hatten, hauptsächlich aus Verhöhnungsprospektus, die man gegen die Gewerkschaften inszenierte. Der Ausbruch des Bürgerkrieges hemmte natürlich auch die Gewerkschaften in ihrer weiteren Entwicklung, und erst einige Jahre nach seiner Beendigung nimmt die amerikanische Arbeitersbewegung einen höheren Aufschwung.

Eine neue Epoche in der amerikanischen Arbeitersbewegung beginnt mit der Gründung der "Knights of Labor" (Gehrden der Ritter der Arbeit) im Jahre 1869. Ihre Gründungen waren Schuhmacher in Philadelphia; an der Spitze Uriah Stevens. Sie sollen dazu angegriffen und beeinflußt worden sein durch das Kommunistische Manifest. Die "Knights of Labor" war eine sogenannte Geheimorganisation; sie setzte sich zusammen aus lokalen Vereinigungen, die sich über das ganze Land erstreckten und einer Zentralisierung unterstanden. Sie nahm sowohl gelehrte wie ungeliebte Arbeiter auf. Ihr Motto war: "Ein Kränkung des einzelnen ist ein Unrecht gegen alle", oder "einer ist alle und alle für einen". Ihre hauptsächlichsten Kampfsmittel bildeten der Sympathiekreis und der Boykott. Umgang mit dem sozialistischen Antritt, der sie sich gaben, standen sie doch auf dem Standpunkt der "Harmonie zwischen Kapital und Arbeit". Zudem gingen sie in ihren Forderungen und Zielen weit über das Maß des heutigen Trade Unionismus hinaus. Während in der "American Federation of Labor" heute jede Föderation prinzipiell ausgeschlossen ist, traten die "Knights of Labor" damals für Verstaatlichung der Eisenbahn, Schiffahrt, Telegraphen, Telephones u. a. ein, als "Mittel zur Abschaffung des Lohnsystems".

Die Organisationsform (Formelkram und Zeremonie), auch die Autokratie der Beamten, waren der Leistungsfähigkeit der Organisation sehr hinderlich, was zur Folge hatte, daß mehrere Zweigvereine oder "nationale Gewerkschaften" einen Kongress veranstalteten, um einen Bund "unabhängiger"

Organisationen zur gegenseitigen Unterstützung und Förderung der Arbeitersinteressen zu gründen. Dieser Kongress trat im Spätsommer 1881 in Pittsburgh zusammen, und es wurde die "Federation of Organized Trades and Labor", die zunächst noch als Konkurrenz der "Knights of Labor" gesehen sollte, gegründet. Jedoch schon der zweite Kongress der "Federation" brachte die Entzweiung. War der "Orden der Ritter der Arbeit" eine Organisation der örtlichen Einheit (Maurer, Tischler, Schmiede, Schneider u. a. in einem Lokalverein des Ordens), so suchte an dessen Stelle der neue Bund die industrielle Einheit der Arbeiter zu setzen, also lokale und zentralisierte Berufsorganisationen zu gründen.

Ingwischen waren beide Organisationen sehr vereint, ihre Anhänger und den Kreis ihrer Anhänger durch Propagierung von Forderungen für Verbesserung der Löhne und Arbeitsverhältnisse zu stärken. Besonders wurde die Bewegung für den Achtfundstag betrieben. Vom 1. Mai 1886 an sollten acht Stunden einen gesetzlichen Arbeitstag ausmachen, und nach dem Willen des Ordens der Ritter sollte die Forderung erzwungen werden durch die Generalstreik, länger als acht Stunden zu arbeiten. Dieser "Generalstreik" war jedoch — wie bei den jungen und ungeliebten Arbeiterbewegung nicht anders zu erwarten war — ein erger Fehlschlag. Die Folge davon war ein gewaltiger Rückgang beider Organisationen, besonders der Knights of Labor, die in ihrer Blütezeit an eine Million Mitglieder gehabt haben soll. Hingegen kam die immer schärfer werdende Kritik zwischen dem "Orden" und der "Federation", die schließlich zu offener Feindschaft ausartete und wodurch das Misstrauen weiterer Arbeitervereine und der unabhängigen Gewerkschaften in die Leistungsfähigkeit der beiden Verbände gewiß nicht gehoben wurde. Diese Lage veranlaßte die "Federation" sich zu reorganisieren und ihren Namen zu ändern. Seit dem Kongress in Columbus, 8. Dezember 1886, nennt sie sich "American Federation of Labor" (Amerikanische Arbeitersföderation) und hat dann auch immer mehr Obermasse bekommen, während der "Orden der Ritter der Arbeit" nur noch ein schwächeres Dasein fristet.

In der Organisation der "Knights of Labor" waren wenn auch nur schwach, politische Tendenzen in der Richtung nach einer selbständigen Arbeiterspolitik vorhanden, dagegen schlägt die "American Federation of Labor" jede selbständige Politik der Arbeiter als Klasse vollständig aus. Sie will auch heute noch nicht einsehen, daß die Arbeitersklasse, wenn sie innerhalb der heutigen Gesellschaft positive Vorteile erringen und Errungenen erhalten will, sich als selbständige Partei politisch betätigen muß. Ihre Parole ist: "Gewerkschaftliche Organisation im Sinne der 'Harmoniedasei', der Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit zur Erbringung ökonomischer Vorteile. Die Vertretung ihrer politischen Interessen überläßt sie den bürgerlichen Parteien, Republikanern und Demokraten." Höchstens verucht sie zu wirken durch Delegationen, die dem Gouverneur oder anderen leitenden Staatsmännern die Wünsche bestimmter Arbeitervereinigungen unterbreiten, und "by lobby" durch Beeinflussung einzelner Mitglieder des Parlaments oder des Senats. Der Erfolg dieser Bemühungen ist gleich null. Trotz wiederholter Anstrengungen in dieser Richtung, ist es der "Federation" noch nicht gelungen, z. B. den achtfundstündigen Arbeitstag für die an Staatsarbeiten beschäftigten Arbeiter gesetzlich festzulegen. Das gleiche trifft zu auf eine Reihe anderer Gebiete. Und wo sie mit dieser Tatsatz wirklich etwas errungen haben, sind es auch nur Scheiterfolge, bleiben die Gesetze, eben weil jede wütende Kontrolle fehlt, tot in den Büchern.

Nun kämpft die "Federation" ja prinzipiell und auch tatsächlich für den Achtfundstag. Aber sie läßt sich dabei wiederum nicht von den Vorstellungen der modernen Arbeitersbewegung leiten, nämlich, daß die durch die bürgerliche Arbeitzeit gewonnene freie Zeit dem Arbeiter in seinem persönlichen Interesse zur Erholung, Weiterbildung usw. zu genüge kommt, sondern sie (die Federation) hat dabei vor allen Dingen das Interesse des Unternehmers in Auge. So sagt Gompers, der Präsident der "Federation": "Ältere Arbeitgeber gibt dem Arbeiter mehr Gelegenheit, sich auszuruhen und zu erholen — so daß er am nächsten Tage desto mehr leisten kann!" Wir finden deshalb auch gerade in denjenigen Bereichen, wo der achtfundstündige Arbeitstag vorherrschend ist, wie z. B. bei den Maurern, die intensiv zu sagen

möderatistische Arbeitsmethode. Auch zeigt uns die Statistik, daß trotz höherer Arbeitszeit die Altersgrenze in vielen Berufen gefallen ist und daß die Sterblichkeitsrate von 18,8 p. 100 im Jahre 1890, auf 15 p. 100 im Jahre 1900 gestiegen ist.

Es liegt natürlich im Wesen sowohl wie in der Tendenz der "Federation", Streiks soviel, als möglich zu vermeiden, und nur wenn sich die Unternehmer gar zu bösartig und hartnäckig verhalten, kommt es auch dazu. Sagt doch John Mitchell, der amerikanische Bergarbeiterführer: "Arbeiter und Unternehmer könnten ganz gut in Frieden leben und dann wäre jeder Streik überflüssig". Das ist die Auffassung der meisten amerikanischen Gewerkschaftsführer. So sehen wir doch auch, wie beim Abschluß von Tarifverträgen unter Anwendung einer ganz verfehlten, unzinnigen Methode die Interessen der Unternehmer direkt gefordert und aussichtsreiche Streiks, zur Unmöglichkeit gemacht werden. Anstatt beim Abschluß von Lohn- und Arbeitsverträgen mit den Unternehmern großer Etablissements, z. B. in der Metallindustrie mit ihren mannigfachen Branchen und Arbeitszweigen, darauf zu achten, daß die Verträge aller Arbeiter dieselben Werte für eine Zeit ablaufen, verfährt man ganz in Blau hinein. Und so kommt es dem nicht selten vor, daß die Arbeiter einer oder mehrerer Branchen durch ihren Vertrag gebunden, bei Ausbruch von Branchenstreiks in einem größeren Betrieb zu "Stabs" (Streikbrechern) an ihren eigenen Verbandskollegen werden müssen! Derartige Fälle seien durchaus nicht vereinzelt da, und die Gompers z. bestehen auf die Einhaltung der "Verträge"!

Am besten wird aber das eigentliche Wesen des amerikanischen Trade Unionismus charakterisiert und seine ganze Ungefährlichkeit durch das Unternehmertum enthüllt durch die Tatsache, daß z. B. den Mitgliedern des großen, von Mitchell geleiteten, amerikanischen Bergarbeiterverbandes die Verbandsbeiträge von den Bergarbeiterbezügen direkt vom Lohn abgezogen werden! Die Unternehmer sind also Kassierer der Gewerkschaften! Wir in Deutschland können uns davon kaum eine Vorstellung machen.

Es wurde ein Kapitel für sich bilden, zu untersuchen und darzulegen, woher eine seit die politische Indifferenz der amerikanischen Arbeiter und anderweitig ihr Konkurrenzverhalten an einer überlebten Organisationsform und "Laiität" herleitet. Soweit dies möglich ist, wird die Frage mit behandelt werden in dem nächsten Artikel, der sich mit der amerikanischen Maurerorganisation, ihren Besonderheiten, der Arbeitsmethode, den Beziehungen zwischen Vorgesetzten beginnt. Unternehmern und Gesellen und dergleichen mehr beschäftigen wird. So werden die Unternehmer sind also Kassierer der Gewerkschaften! Wir in Deutschland können uns davon kaum eine Vorstellung machen.

### "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer."

Es sind bald zwanzig Jahre, daß wir die Leser des "Grundstein" darauf aufmerksam machen, wie ungemein die Bezeichnungen "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" sind. Und inzwischen haben wir und andere des öfteren nachgewiesen, daß es in der deutschen Sprache kaum einen größeren Unrat gibt, als daß man die Unter- oder Übernehmer von Arbeiten und Dienstleistungen Arbeitgeber, diejenigen aber, die die Arbeit vollbringen, Arbeitnehmer nennt. Wir haben natürlich nicht darauf gerechnet, die Unternehmer von ihrem albernen Blaue, sie seien Arbeitgeber, zu fürchten, aber wir durften doch hoffen, daß geistige Beute in großer Zahl gegen den Unrat Stellung nehmen und dahin arbeiten würden, daß die Sprache nicht auf ein Kaudernäisch herabgewirkt werde. Darin haben wir uns leider getäuscht. Aus dem Schriftstil Ausruf, Zeitungskarikatir z. der bürgerlichen Gesellschaft grinst uns der "Arbeitgeber" und der "Arbeitnehmer" entgegen. Doch bedauerlicher will es uns scheinen, daß sich selbst die Arbeiter nicht haben freiemachst von der ebenso gedankenswirksamen Wortmode; denn auch in den Versammlungen und Verklammlungenberichten der Arbeiter wimmelt es nur so von "Geben" und "Nehmen". Und natürlich immer verlebt wird der Kapitalist, der sich die Arbeit anderen aneignet, als der "Arbeitgeber" bezeichnet.

In Wirklichkeit ist die Sache doch so: Der Arbeiter stellt einem Kapitalisten oder einem Handlanger deshalb seine Arbeitskraft zur Verfügung und er bekommt dafür einen Geldbetrag,

Was sollte nun mit den teuren und nutzlos angesichteten Sachen geschehen? Die Auffertigung eines Statistisches war demals, wo die Eile halbwegs guten Luchs 2½ Gulden kostete, auch für den wohlhabenden Bürgerstand eine derartig große Ausgabe und wichtige Sache, daß sie nicht leicht jemand dazu hergab, das Rüstzeug des Meisterstücks zu tragen und seine Kleidungsstücke obendrein von vielerlei Menschen prüfen, befehligen, bestaunen und herumschmieren zu lassen. Also war der größte Teil der teureren Auslagen zum Fenster hinausgeworfen. Die bürgerliche Schusterordnung aus dem fünfzehnten Jahrhundert verlangt als Meisterstück aus einer Lederhaut fünf Paar verschiedene Stiefel. Meisterjöhne oder solche, die in das Handwerk einheiraten, brauchten nur die Hälfte dieser fünf Meisterstücke zu liefern. Ein Meister, der auf dem Lande bleiben wollte, brauchte nur ein Paar Lederstücke anzufertigen. Wollte ein solcher Landarbeiter aber die Märkte beziehen, mußte er die vollen fünf Meisterstücke machen.

Zu diesen Summen, die die Auffertigung des Meisterstücke verlangten, kamen die Aufsätze, die so nebenher ließen. Während der ganzen Zeit der Auffertigung der Meisterstücke stand der Meisterkandidat unter der Aufsicht der Handwerkschamätsler. Auch das war natürlich nicht billig, die Herren wollten gefüttert sein. In Gera verlangten 1851 die vier Schustergeschworenen während der 14 Tage, während die die Meisterstücke fertig sein sollten, nicht nur frei Bier, sondern auch das Essen. Jedoch sollten nicht mehr als acht Gulden verzehrt werden.

War der Meisterkandidat auf Grund der gefestigten Meisterstücke für würdig gefunden worden, in die ehrsameunft aufgenommen zu werden, dann hißt es abermals in den Beutel greifen, um das teure Meisterstück, die Aufnahmekosten und was drum und dran hing, zu bezahlen. Für gewöhnlich handelt es sich dabei um Gelder für die Obermeister, für die Schäumeister, die Handwerks-

geschworenen, Geld für die Begräbnisskasse, für die Einschreibegebihr, für ein paar Pfund Wachs für den Kunftstalar und als Hauptsaite die Einzahlung in die Handwerkslade. In Würzburg kostete das Meisterrecht, das heißt, die Zahlung an die Handwerkslade einem jüngsten Meisterjöhne sechs Gulden, einem, der eine Meisterschwörung und Tochter heiratet acht Gulden, einem in der Stadt Geborenen 15 Gulden, dem auf dem Landgebiet Geborenen zehn Gulden. Der Ausländer, der das Meisterrecht in der Stadt erwerben wollte, zahlte 20 Gulden, für Landmeisterrecht 12 Gulden. Handmeister lamen überhaupt billiger weg. Die bürgerliche Schusterordnung verlangt von einem Landmeister 8 Gulden, daneben hatte er vier Viertel Wein und den vier Handwerksgeschworenen eine Mahlzeit zu geben. 1855 berechnete man im Gebiete von Schleswig-Holstein bei den Schülern die Kosten der Meisterstücke, immer ohne Bürgergeld und die Auslagen für die Meisterstücke, auf insgesamt 20 Gulden, wogegen noch die Befreiung eines lebenden Feuerweimers an die jeweilige Gemeinde kam. In Ansbach betrug das Meistergeld bei den Bädern in die Lade 8 Gulden, außerdem 4 Gulden Befreiung an die Geßworenen.

Meisterjöhne, oder wer Meisterstücke oder "Witiven" heiratete, die zahlten nur die Hälfte. Auch die Geßworenen Schuhmacherordnung von 1860 beginnt die Männer von Meisterstückern und "Witiven" so: Es heißt da: "Wenn die Meisterstücke oder "Witiven" sich mit einem Schuhmachergeßworn verehren, soll derjenige, der sie zur Frau nimmt, ein Jahr mit der Nutzung zu dreien verschiedenen Morgenbrächen zu tragen. Bei der ersten Nutzung, gleich anderen, seinen Geburts- und Lebtsbrief vorlegen und um das Meisterrecht bitten. Alsdann vor Befreiung des Meisterrechts 8 fl. in die Lade, 8 Groschen zu Bier, ½ fl. zum Leichtentuch, 8 Groschen für ein Pfund Wachs und 1 Groschen dem Schreiber geben, alsdann eine leidliche Collation den vier Aeltermeistern ausrichten."

### Es ist erreicht!

Seit Jahren bemühen sich eine Reihe Leute unter Aufwendung großer Geldsummen und Mühen, ein Luftschiff zu konstruieren, dessen Führung völlig dem Willen des Menschen untersteht. Viele Versuche haben ergeben, daß diese Aufgabe längst kein Hindernis mehr ist, und wenn die Probefahrten, die in der letzten Zeit immer häufiger veranstaltet wurden, auch noch sehr weit von dem erlaubten Ziel blieben, so haben sie doch gezeigt, daß auch der Luftschiffahrt Bahn nach dem Willen des Menschen angebietet werden können. Ganz hervorragend hat sich auf diesem Gebiete ein Graf Zeppelin, der seine Verfahrsanstalt auf dem Bodensee in der Nähe von Friedrichshafen errichtet hat. Ringer als ein Jahrzehnt hat er experimentiert und dabei viel Spott zu erdenken gehabt; nun ist er aber doch als erster im Stande gegeben, einen Ballon und Motor zu konstruieren, die die Möglichkeit der praktischen Verwertung sehr wahrscheinlich er-

der nur ein Teil von dem Werte ist, den der Arbeiter in seiner Arbeitskraft hingibt. Dazu kommt der Kapitalist noch Vorteil von Arbeiter, denn dieser muß eine Woche lang, oftmals noch viel länger arbeiten — also dem Unternehmer die Arbeitskraft preist — ehe er Lohn bekommt. Durch seine Arbeit schafft der Proletarier neue Werte, und die sind stets größer, als der Arbeitslohn; er, der Arbeiter, gibt also seine Arbeit dem Kapitalist und der Empfänger der Arbeit, der Kapitalist, wäre also im richtigen Sinne des Wortes Arbeitnehmer. Aber auch in diesem Sinne halten wir das Wort für ein Scheufal, das in die Wolfsschlucht gehört.

Nun hat es kluglich die „Arbeitgeber“-Zeitung — die ja schon auf Grund ihres unangemessenen Titels dazu verpflichtet ist — internommen, den „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ zu rechtfertigen. Sie nennen den Hinweis einiger Arbeitserzeugungen, daß die Bezeichnungen verkehrt angewandt würden, einen „alten und beliebten Scherz der sozialistischen Presse“ und „stellt diesen ewig wiederholten Unzug gegenüber fest, daß der Sprachgebrauch den Nagel auf den Kopf trifft“. Unsere Verkraft zur Welt gekommene Freunde argumentieren so: „Der Arbeitgeber ist wirtschaftlicher Arbeitgeber, denn er gibt die wesentliche und entscheidende Substanz der Arbeit, nämlich Idee, Ausregung und Möglichkeit des Arbeitslebens überhaupt. Ohne ihn wäre keine Möglichkeit vorhanden, Arbeit auszuführen; seiner Initiative verleiht der Arbeitsprozeß überhaupt das Dasein, und der Arbeitnehmer tut nichts anderes, als daß er diese in der Idee geschaffene Arbeit aufnimmt und rein körperlich ausgestaltet. Der Arbeitgeber stellt das produktive (schöpferische), der Arbeitnehmer das rezeptive (empfängliche) Element dar, und dieser Unterschied wird durch die Sprache ganz vorstechlich ausgedrückt.“

Um diese ihre Meinung zu bestätigen, holt die „Arbeitgeber-Zeitung“ ein Urteil der „Arbeitszeitung“ heran, wonach die sensible (empfindliche) Tätigkeit des Unternehmers es vor allen Dingen ist, die ihn vom Arbeiter unterscheidet und ihm einen höheren wirtschaftlichen Wert verleiht. Wirkt der Arbeiter in der Haupthälfte mit seiner Körperfraft, seiner körperlichen Geschicklichkeit, so arbeitet der Unternehmer vorzugsweise mit seiner Nervenkraft.

Beides ist komplizierter Wissum, und genügt entweder von kroffer Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse oder von einer ebenso wenig beweisbarwerten Überzeugung. Der von der „Arbeitgeber-Zeitung“ ins Auge gefaßte „Arbeitgeber“ spielt in einer Unzahl von Berufen, und gerade in solchen, die den Markt beherrschen, gar keine Rolle, er kann, ohne daß der Welt ein Verlust erwägt, jederzeit ausgeschaltet werden, in der Verkraftung verschwinden. In den großen industriellen Werken so wenig wie auf großen Bauten ist es der „Arbeitgeber“, der „sensitiv“ und „produktiv“ tätig ist, sondern es sind Lohnarbeiter, gleich den Arbeitern, indigen sie sich Architekten, Ingenieure oder Kaufleute nennen; oder es sind vom Staat oder von der Gemeinde bezahlte Beamte.

Sehr treffend kommt es häufig im Baugewerbe zum Ausdruck, daß der „Arbeitgeber“ reinweg gar nichts ist, nämlich bei Lohnzahlungen, wenn sein Auftrag und Gebgebr. ihn im Sack läßt, und noch mehr bei Unfällen. Bei leichten Verletzungen weiß der Unternehmer — Pardon: „Arbeitgeber“ immer nichts, er ist für nichts verantwortlich; entweder ist es der Architekt, der den Bau fehlerhaft konstruierte, oder es sind Bauherr und Polizei, die nicht nach dem Rechten gehalten haben, und wenn alle Strafe reihen, dann sind ja noch die dummen Arbeiter da, die aus Unkenntnis oder gar aus Frivolität die ganze Verhöhnung angerichtet haben.

Dieser Zustand ist natürlich unabhängig davon, ob sich der Mann „Arbeitgeber“ oder Unternehmer nennt, aber es ist notwendig, darauf hinzuweisen, um zu zeigen, wie gut wir solche Leute entbehren können.

### Politische Umschau.

**Schicksalsstunden der deutschen Politik.** Die gegenwärtige Reichspolitik steht im Zeichen des Blods, d. h. des Zusammensetzens der konserватiven und liberalen Parteien im Sinne der Regierungsbündel. Selbst wenn man die politische Charakteristiken der liberalen Parteien für ziemlich groß hält — und man kann das ruhig tun, ohne zu irren — bleibt dies Verhältnis der beiden Parteien zu einander eine durch und durch unnatürliche Verbindung. Die konserватiven fühlen das wohl, und auch einige liberale

scheinen lassen. Über eine kürzlich stattgefundenen Probefahrt berichtet ein Augenzeuge, Dr. Hugo Edener, der „Frankfurter Zeitung“ wie folgt:

Als das Luftschiff „Habsburg“ mit dem es noch an unserem Motorboot angehängt gewesen war, losgeworfen hatte, glitt es in behäbigtem Tempo schrägletz hin auf in die Luft, beschrieb eine riesige Kurve und nahm dann, schnell und schmeichel getrieben, den Kurs gegen Westen auf. Wir fügten ihm ordnungsgemäß in unserem Motorboot zu folgen, um im Falle einer Landung zur Rettung bei der Hand zu sein. Vergleichbares Beginnen! Wir blieben zurück, denn er machte 25 Seemeilen und wir nur 10. Nach 20 Minuten gaben wir die Sache auf und konnten eben noch konstatieren, daß das Luftschiff über Meersburg stand. Dann war es im Dunkel verschwunden... Es war schon 2½ Uhr geworden und vom Luftschiff noch immer nichts zu bemerken. Wo war es geliehen? Hatte es sich auf „große Fahrt“ begeben oder war ihm etwas passiert? Da plötzlich gegen 3 Uhr, erschien am östlichen Himmel, fern über Wasserburg, eine kleine weiße Wolke, wie Pulverbambus von einem Geschütz. Wir späten schärfer hin: Es ist der Ballon! Er fährt über die Uferlinie des Sees dahin, genau jede Buchung mitmachend, und kommt schnell über Langenargen, wo er zugierig in die Gassen hinunter schaut. Die Einwohner schauen noch neugieriger zu dem rätselhaften Ungeheuer hin. Es ist eine Weitkarte von etwa 8 bis 4 m in der Sekunde durchgelaufen, und das Luftschiff fährt, wie wir durch unser Glas bemerkten, nur mit dem vorderen Schraubenpaar gegen den Wind. Unter diesen Umständen hoffen wir, mit unserem Motorboot mitzufahren zu können, und lehnen in dem Moment, wo der Ballon über unseren Köpfen hängt, wieder nach Manzell um. Wir sehen uns wieder geflüchtet: Klugig und sicher sieht uns das Luftschiff davon, und als es bald darauf auch sein zweites Flügelpaar wieder spielen läßt, entwindet es im blauen Dunkle schnell unseren Blicken.

Parteiführer sind sich darüber klar, aber die Mehrheit der Liberalen glaubt tatsächlich an die Möglichkeit einer konservativen Liberalen Politik. Sie werden dazu durch ihr Streben verleitet, um jeden Preis aus ihrer bisherigen politischen Bedeutungslosigkeit herauszulösen, wobei sie freilich übersehen, daß gerade die Blodpolitik am allerwenigsten dazu geeignet ist. Nur Phrasen, wie sie dem Blod so leicht von den Lippen gehen, können darüber hinwegtäuschen. Die konservativen haben zur Zeit gar kein Interesse an einem Zusammensehen mit den Liberalen: sie haben in ihr Politik gemacht, und zwar auf Jahre hinzu. Der Zollkärt ist in Sicherheit, was könnte Ihnen also noch an der Freundschaft der Liberalen gelegen sein? Daraus folgt, daß sie sich in Fragen der inneren Politik so wenig wie in welchen Bezugshänden gar nicht herbeilassen werden, wenigstens nicht in Fragen von etwas mehr als untergeordneter Bedeutung. Die Blodpolitik wird uns also keine „liberale Ära“ bringen, wie uns die liberalen Blod-organen glauben machen wollen, sondern nur eine Fortsetzung der bisherigen Reaction, die sich nur dadurch von der Vergangenheit unterscheidet, daß sie statt von einer konservativen ultramontanen, von einer konservativen liberalen Reichstagsmehrheit getragen wird. Ein wirtschaftliches Interesse an dem Bestehen des Blods hat eigentlich nur die Regierung und auch diese nur insofern, als sie in der Person Blods vertröpfert wird. Blod ist in der Blod erhalten, wenn er nicht von der politischen Bühne abtreten will; denn er hat sich mit dem Zentrum zu sehr verfeindet, als daß er es vorläufig wieder zu einem Bestandteil seiner Freiheit machen könnte. Für das Zentrum aber sind die Zeiten längst vorüber, wo es sich in der Rolle der Oppositionspartei dauernd wohl fühlen könnte. Das möchte früher angeben, aber heute, nachdem es sich an den Sonnenuntergang der Regierungsunfähigkeit gewöhnt hat, ist das anders. Es ist zu sehr mit der Vergangenheit unserer Politik verwachsen, an dem reichspolitischen Sündenregister der letzten zehn Jahre ist es zu sehr beteiligt, als daß es die Möglichkeit zu einer dauernden Opposition hätte. Womit will es die Regierung unbedeckt werden, wo doch die Schuld der Regierung auch seine Schuld ist? Darum schaut es sich heraus aus der ihm zugesellten Oppositionsstellung, und da das mit Blod als Reichslandrat nicht geht, so arbeitet es mit Kaiser an dessen Sturz.

In der Art nun, wie das gemacht wird, spiegelt sich das deutsche Leben in seinen begrenztesten Zügen wieder. Um in Deutschland einen Minister zu stützen, bedarf es nämlich nicht, wie in anderen europäischen Ländern, eines Aktions- an der Deutlichkeit, einer parlamentarischen Aktion oder dergleichen. Nichts von alledem. In Deutschland wird die Politik von höheren und tieferen Zwecken gemacht. Räumlich so: das Berliner Zeitungsbüro „Germania“ schübert in einem längeren Artikel das Verhalten Blods bei einer Interpellation Bajenmanns im November des vorjährigen Jahres. Damals hat es Blod bei der Befreiung seines „kaiserlichen Herrn“ an dem für diese Zwecke erforderlichen Schneid fehlen lassen. Das weiß alle Welt, nur der Kaiser nicht, denn man bisher das Stenogramm der damaligen Reden nicht vorgelegt hat. Der Artikel der „Germania“ ist also gar nicht für die gewöhnlichen Leser dieses Blattes geschrieben, sondern nur für den Kaiser. Die Hintermänner der „Germania“ hoffen, daß Blod den Sturz befiegt ist, sobald der Kaiser durch den „Germania“-artikel von Blods Verhalten bei der erwähnten Gelegenheit Kenntnis erlangt. Die Schwierigkeit liegt also nur darin, den Kaiser für die betreffende Nummer der „Germania“ an zu interessieren. Sind die Hintermänner irgend eines höheren Lalaten jünger, der das schwierige Stück fertig bringt, so ist Blod ein toter Mann; mit seinem Meister fällt dann auch der Blod, das Zentrum kann wieder Regierungspartei werden und der Liberalismus bekommt sofort den Ritt. Soviel die deutsche Politik gemacht! Ein neiner nebenföderalistischer Umstand kann den Kurs der Reichspolitik nach der entgegengesetzten Seite schwenken lassen.

Und da müssen sich so viele brave Wissenschaftler ab die treibenden Kräfte des politischen Lebens in schwer gelehrt Abhandlungen zu fixieren, holen die Erklärungen gefüllt aus allen Theorien, aus den verborgenen Falten des gesellschaftlichen Lebens der Gegenwart — sie wissen und

als wir Mangell wieder erreicht haben, war auch das Luftschiff irgendwann zurückgekehrt und hatte hier in seiner heimatlichen Bucht mit Übungen nuerer Art begonnen.

Während die Umfahrung des Sees lediglich zur Ausprobung der Motoren, der Stabilitätsverhältnisse und der Seitensteuerung gedient hatte, wurden vom Grafen Zeppelin jetzt Versuche mit der Rettungsteuerung vorgenommen. Das Luftschiff stieg hinunter auf den See, ging wieder in die Luft, fuhr jetzt etwa 50, gleich darauf 100 m hoch über dem Wasser, dagegen Verblüffend leicht schien das Fahrzeug dem Lenz zu gehorchen, ohne jegliche Ballastabgabe und ohne jegliches Ventilieren, lediglich mit mechanischen Mitteln gelenkt. Nach etwa einstündigem Leben ging es dann definitiv auf den Wassertrüpfel hinab, wodurch seine Wasseranzenten aus und wurde von uns in Schlepp genommen und in seine Halle bugsiert.

Das Zeppelinische Luftschiff hat in 8 Stunden einen Weg von etwa 150 km gemacht, es ist über 4 Stunden in der Luft gewesen und hat mehr als 15 m Geschwindigkeit erreicht. Alle Rekultate, die bisher noch nicht von anderen erzielt wurden. Die Bedeutung der Kärt liegt aber doch nicht in diesen Rekord, die Graf Zeppelin auch gar nicht einmal wollte. Das Luftschiff hätte ebenso gut noch ein paar Mal mehr den See umfahren können. Die Bedeutung der Fahrt liegt vielmehr in der Feststellung, der ganz außerordentlichen Eigenschaften des Fahrzeugs in Bezug auf Stabilität und Steuerfähigkeit. Horizontal wie eine Wasserwage schwiebt das Schiff in stets gleichbleibender Höhe dahin, nicht durch einfallende Wellen, nicht durch die Ausschaltung des einen Motors, nicht durch den Druck der seitlichen Steuerung in seiner ruhigen Lage gestört. Wundervoll war die Präzision, mit der sich das festgeigte Fahrzeug steuern ließ und ganz frappierend waren vor allen Dingen die Sicherheit und Leichtigkeit, mit der man innerhalb eines Spielraumes von etwa 200 m Höhendifferenz das Fahrzeug ver-

ahnen nicht, daß eine schlechthibende Schnurverbundbinde oder ein possesterlicher Dadel alle ihre Forschungsresultate über den Haufen werfen kann — oder umgekehrt. Das ist deutsche Politik!

**Moderne Barbarei.** Fast unglaublich klingt folgende Episode aus dem Militärlaft: Der Debonair Georg Derrer von Solingen, Bezirk Siedenfeld, erhielt von der „Frankfurter Zeitung“ in Nürnberg mittelt, von mehreren Wochen eine Gestaltungssordre zur Ableitung einer 14-tägigen Landwehrübung in Hammelburg. Mit Freuden hätte der patriotisch gejährt Mann diesem Befehl Folge geleistet, wenn seine Familienverhältnisse nicht die denbar traurigsten gewesen wären. Am 7. September war Eintrübungstag; seine Frau hatte erst zuvor das Wochenbett verlassen, seine Mutter, die schon mehrere Jahre an Wassersucht krank darnieder lag, sah ständig ihrem Tod entgegen. Der Mann ließ nun durch die Gemeindeverwaltung ein Gefüch zu das Bezirkskommando Hammelburg um Verleihung von der Nebenübung einreichen, unter Befriedigung seiner bedeutenden Verhältnisse und mit der Bemerkung, sich nächstes Jahr zur Verhüllung stellen zu wollen. Die Antwort, die er erhielt, war, daß sein Gefüch nicht genehmigt sei, daß er jedoch jogenannter Prozenmann sei und sich unbedingt zu stellen habe. Er hoffte nun, beim Zusammensetzen am Bezirkskommando wieder wegzurück zu dürfen. Aber weit gefehlt! Es kamen 10—12 Männer wegtraten, nur er nicht, obwohl er seine ganz trostlosen Verhältnisse dem Major meldete und um Verzeigung bat. Der Major meinte nur, er müsse sich nochmals in Hammelburg melden: Wie es dem Manne zu Mute war, läßt sich denken: Zu Hause die sterbende Mutter, seine Frau noch schwach, niemand zur Rüttung des Viehs; außerdem braucht er noch jemand zur Pflege seiner Mutter. Daß der Ungläubige unter solchen Umständen nicht mit seinem Herzen für Gott, König und Vaterland war, steht außer Frage. Seine Gedanken waren zu Hause, zumal er Jahre ist, es zu sehr beteiligt, als daß es die Möglichkeit einer dauernden Opposition hätte. Womit will es die Nachricht erhalten hatte, daß seine sterbende Mutter fortwährend nach ihrem Sohne rief. Am 11. September befreiste seine Frau auf Anordnung des Arztes um Urlaub; er erhielt einen Tag. Er kam erst am 12. September nach Hammelburg und am 13. mußte er wieder einrücken. Er sandte ein Telegramm mit Antwort an seinen Truppenteil und bat um Urlaubsverlängerung bis Sonntag, den 15. September. Die Antwort, die sehr lange auf sich warten ließ, sofort einrücken! Der Mann stellte sich auf sein Rad, fuhr im Eiltempo nach Hammelburg zur Bahn, überquerte dort schwungvoll einem in der Nähe des Bahnhofes wohnenden Wirt, sein Rad zur Aufbewahrung. Der Zug stand zur Abfahrt bereit und brachte ihn wieder nach Hammelburg. Am Montag, den 16. September, also drei Tage später, erhielt der Ungläubige eine weitere Depesche: Mutter gestorben, Beerdigung Mittwoch. Nun erhielt er Urlaub zur Beerdigung seiner Mutter. Das Kommando war sogar so lebenswichtig, ihm die weiteren zwei Tage bis 21. September zu schenken, denn an diesem Tage war die Nebenübung sowieso zu Ende. So wie die Tatsachen. Ob die zuständigen Stellen in diesem Falle vorzeitig gehandelt haben, wissen wir nicht, daß eine aber glauben wir annehmen zu dürfen, daß es der Arbeit eines „Vaterlandsleuten“ Gesellen“ nicht mehr bedarf, um dem jungen Geprüften die „Liebe zum Vaterland“ aus dem Herzen zu rauben; das haben jene Stellen schon gründlich bestellt.

**Ein Kulturbild.** In Wülheim a. d. Nahr, der Heimat des Königs Thysen, lebt seit einigen Jahren ein etwa 60 Jahre altes Mütterchen, eine Witwe St. mit ihrem 20jährigen Sohne im gemeinsamen Haushalt. Da die Witwe schon seit mehr, denn zehn Jahren an Rheumatismus und einer Herzkrankheit leidet und infolgedessen arbeitsunfähig ist, so hoffte sie, schreibt sie, der „Vorwärts“, ihren Sohn, der Soldat werden sollte, vom Militärdienst frei zu bekommen. Sie glaubte, hieraus um so sicherer rechnen zu können, als sie bereits vier ältere Söhne für des „Königs Rad“ großgezogen hatte, d. h. die vier älteren Brüder dieses Jüngsten hatten nämlich ihrer Militärfürstigkeit genügt. Als Arbeiter mit eigener Familie konnten sie die Mutter nicht unterstützen, so daß der Jüngste der Mutter einziger Ernährer war. Doch sowohl die instanzennäheren Reklamationen als auch ein Urteil gegen den Kaiser blieben

möge seiner Rettungsfertigung dirigieren konnten. Gerade diese leichtere Eigenschaft ist unschätzbar. Ein Luftschiff mit einer solchen eminenten Steuerfähigkeit muß in der Lage sein, sobald man weitere Übung in seiner Handhabung hat, unter den schwierigsten Bedingungen stets sicher in seinen Hafen gebracht zu werden, wenn es nur genügend großen Aktionsradius besitzt.

Was diesen letzten Punkt angeht, so hat die Probefahrt darüber noch keine Erfahrung gebracht. Der „Fledor“ vor 4 Stunden ist für dieses Fahrzeug nichts. Graf Zeppelin meint, daß er sich bei Gebrauch beider Motoren 86 bei Gebrauch nur des einen 72 Stunden in der Luft halten könnte, wobei er im ersten Falle etwa 15 m, im zweiten etwa 11 m in der Sekunde zurücklegen würde. Es würde mithin eine Flugdistanz von etwa 2000 resp. 3000 km bedeuten. Nehmen wir an, daß sich auch nur die Hälfte dieser Annahme erfüllt, so würde das vollaus genügen, das Fahrzeug stets sicher in einen Hafen zu bringen.

Es ist aber kein Grund vorhanden, an dieser Hälfte zu zweifeln. Die riesige Größe, in der man „starre“ Luftschiffe bauen kann, bringt eine enorme Tragfähigkeit solcher Schiffe mit sich, mithin schon unter sonst gleichen Bedingungen ein Vermögen langen Fluges. Dazu kommt, daß das „starre“ System die Außenhaut notwendig und zugleich möglich macht, diese Außenhaut, unter der die 16 Gasballons wohlverhübt liegen, gegen Preßungen, also gegen Gasverluste mechanischen Ursprungs, sowie gegen die gelegentlich wechselnde Besonnung zu schützen. Uns will scheinen, daß die großen Vorteile dieser Außenhaut noch durchaus nicht genügend gewürdigt werden. Und doch glauben wir, daß es ihr nicht zum wenigsten an denken sein wird, wenn das Zeppelinische Luftschiff demnächst bei einer Dauerfahrt „Melodora“ schafft, die man vor kurzem noch nicht für möglich hält.

ben erfolglos! Auch der fünfte Sohn des alten, traurigen Müllerchen musste des „Königs Tod“ anziehen, obwohl man ihr die Befreiung des Jünglings, ihres Ernährers, in sichere Aussicht gestellt hatte. Die schwer geplagte Frau – seit bald 20 Jahren Witwe – hatte ihre Kinder ohne Bühnehmung der Armenfasse durch eigener Hände Arbeit großgezogen; aber als man ihr jetzt in ihrer traurigen Situation auch noch den letzten nahm, da wandte sie sich an die Armenverwaltung um Unterstützung. Für drei Monate, Januar, Februar, März, ward ihr auch eine Unterstützung zu teilen; dann, aber, blieb sie ohne weitere Mitteilung aus. Da nun die älteren verheirateten Söhne der Witwe nicht wollten, daß die Mutter sich weiter um Unterstützung bemühen sollte, so übernahmen sie gemeinschaftlich die Fürsorge für die Mutter. Damit schien diese Sette der Krise erledigt.

Individuell betrieb die Mutter abermals ein Verfahren auf Befreiung ihres Jüngsten — aber wieder erfolglos. Doch am 9. d. M. Abends erschien nun plötzlich ein Polizeibeamter in der Wohnung der Witwe und leistet ihr mit, daß sie sofort alles bereit machen möge zur Abreise; da sie aus Würzburg — ausgewiesen (11) ist; am anderen Morgen früh 6 Uhr werde sie zwangsweise abgeholt.

Büntig um 6 Uhr am andern Morgen erscheint denn auch ein Polizeibeamter in Begleitung eines großen Hundes, um die französisch, 60jährige Frau über die Mülheimer Grenze zu schaffen. Doch dem Polizeibeamten und seinem Hunde blieb der Transport erpart. Das alte Mütterchen war bereits allein gegangen. Nachbarsleute hatten sie früh um 5 Uhr in leichter Kleidung aus dem Hause gehen sehen, ohne jedoch darauf zu achten, wohin. Seitdem ist die Bedauernswerte verschwunden. Dem gegen die Ausweisung protestierenden Söhne hatte der stellvertretende Herr Bürgermeister gesagt, daß die Ausweisung deshalb erfolgt sei, weil die Witwe in Mülheim noch sehr viele Jahre anfüßt, somit noch nicht heimatverachtigt sei. Dieser rechtlich formale Ausweisungsgrund ändert durchaus nichts an der Härte, er ist aber auch noch nicht einmal zutreffend; denn die Witwe ist woohne schon über zwei Jahre in Mülheim. Welches Unmaß von Söhnern kritt in diesem preußischen Kulturburg zu Tagel. Selbst zugegeben, die französisch Witwe hätte wirklich das Heimatrecht noch nicht in Mülheim besessen, dann wäre es doch nicht mehr wie recht und billig gewesen, daß die Unterflüchtungsfrage durch Vermittlung der Mülheimer Behörde mit der Heimatbehörde — in diesem Falle das nicht weit entfernte Münster — geregelt wurde. Wie Söhne hatte die Witwe beim Münster, der fünfte dient jetzt, und doch weiß man der alten, französischen Frau an der Schwelle des Grabes die Tür: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?“

**Staatliche Wohnungsfürsorge.** Die preußische Gesetzesammlung veröffentlicht das vom Landtag beschlossene Gesetz über die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsvorhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind und von gering beobachteten Beauftragten. Mit diesem Gesetz wird der preußischen Regierung ein weiterer Vertrag über 15 Millionen Mark zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt.

Schon seit einer Reihe von Jahren sind der preußischen Regierung vom Landtage zu diesem Zweck Kredite bewilligt worden. Diese Kredite haben seit mit den neuesten 16 Millionen die Summe von 104 Millionen Mark erreicht. Die einzelnen Verwaltungen hatten sich entsprechend der Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter und gering beoldete Beamten an dem Verbrauch in recht verschiedener Weise beteiligt. Vorstand die Eisenbahnverwaltung, auf die nicht weniger als 59,5 Millionen Mark gewonnen waren. Ihr folgte die Verwaltung des Eisen, deren Angehörige erst später als die der übrigen Verwaltungen in dieses staatliche Tätigkeitsgebiet gezogen wurden. Auf sie waren 14,1 Millionen verwendet. Die Bergverwaltung hatte 11,8 und die Bauverwaltung 0,7 Millionen Mark in Anspruch genommen. Die staatlichen Kredite werden teils zu eigenen Bauten, teils zu Darlehen an Baugenossenschaften u. v. w. verwendet. Von den zu Anfang Oktober 1906 schliegenden Summen waren für den ersten Zweck 49,1 und für den letzteren 85,5 Millionen Mark verwendet worden. Staats eigene Wohnungen waren rund 11 000 erbaut, und für 10 000 genossenschaftlich erbauten Wohnungen waren die Gelber hergegeben worden. Bis zum Beginn des Oktober 1905 hatte dieser Zweig der staatlichen Tätigkeit die Errichtung von rund 21 000 Wohnungen für Arbeiter und gering beoldete Beamte zum Ergebnis gehabt. Inzwischen sind natürlich weitere Wohnungsbauten gefordert worden. Nachdem das neue Gesetz erlassen ist, können auch die in Aussicht gestellten Gelber bewilligt werden.

Gewisse Blätter machen von dieser staatlichen Wohnungsfürsorge ein großes Aufsehen. Man konstruiert daraus einen Beweis, „wie trefflich der Staat für seine Arbeiter und kleinen Beamten sorgt“. Genau betrachtet, handelt es sich doch nur um eine relativ geringfügige Leistung. Und auch von dieser Leistung würde man wohl noch nicht reden können, wenn der Staat selbst nicht ein Interesse daran hätte, seine Arbeiter und kleinen Beamten in der Nähe ihres Betriebs anzusiedeln. Daraus ergeben sich für die, die diese „Wohlfahrt“ genießen, nicht gerade die angenehmsten Verhältnisse. Vor allen Dingen sind sie an den staatlichen Betrieb stärker gebunden. Und umsonst bekommen sie die Wohnungen auch nicht. Vater Staat schenkt ihnen nichts. Die Fürsorge geht mit auf ihre Kosten.

**Wohnungsfrage und Sozialdemokratie.** Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Österreichs, der in der ersten Oktoberwoche in Wien stattgefunden hat, stand u. a. auch die Wohnungsfrage zur Beratung. Parteidirektor Wienatzki eröffnete ein Referat, dessen Inhalt in folgenden, vom vorliegenden Theben gipfeln:

„Die Wohnungfrage gehört zu den Problemen, deren völlige Lösung auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden kann. So lange die kapitalistische Ordnung besteht und die Wohnungen ebenso wie alle anderen Dinge nicht zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern als Ware hergestellt werden, wird es auch unmöglich sein, den arbeitenden Klassen gefund-

heitlich und räumlich vollkommen befriedigende Wohnungen zu einem für sie erschwinglichen Preise herzuführen. Die durch die kapitalistische Industrie und den kapitalistischen Handel bedingte Zusammendrängung großer Menschenmassen an einzelnen Orten, treibt den Wert der Grundstücke in die Höhe und verfeuert die Wohnungsmiete nicht bloß für die Arbeiter, sondern auch für alle kleinen Leute, Gewerbetreibende, Beamte und Angestellte verschiedensten Grades. Um fühlbarsten aber wird die durch die steigende Verwertung der Miete auf der einen Seite und das Fehlen entsprechender kleiner Wohnungen in genügender Zahl auf der anderen entstehende Wohnungsmangel der Arbeiterklasse, die einen prozentual immer größeren Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden muß und dadurch in ihrer Lebenshaltung noch mehr herabgedrückt wird. Um die Höhe des Mietzinses leichter erschwingen zu können, wird ein immer größerer Teil der arbeitenden Bevölkerung auswandern, die räumlich und hygienisch ohnehin schon ungenügende Wohnung mit fremden Personen zu teilen. Dadurch entstehen schwere familiäre und soziale Gefahren, und mit dem Fehlen eines wirklichen Heims fehlt jede Grundlage für die Entwicklung eines wirklichen Familienlebens. Zugleich entstehen in allen Städten in den vornehmlich von den ärmeren Klassen bewohnten und überfüllten Stadtvierteln Seidenherde, die bei jeder Epidemie Opfer an Menschenleben fordern. Wenn auch eine vollkommenen Lösung der Wohnungsfrage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht herbeigeführt werden kann, so muß doch der Kampf gegen diese Missstände schon heute mit der größten Energie geführt und einer wirksamen Wohnungsreform der Weg gebahnt werden. Ausgehend von diesen Erwägungen fordert der Parteitag den Erfolg eines Reichswohnungsgesetzes, die Errichtung eines Reichswohnungsamtes, die Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern in allen Städten, deren Aufgabe die Organisation einer Wohnungsinspktion, die Herausziehung von Hülfsträften aus der organisierten Arbeiterschaft, eine regelmäßige Wohnungsrätschaft und Wohnungsbemittlung sein muß. Ferner wird gefordert die Reform der Raumordnung mit weitreichenden Bestimmungen über die hygienische Einrichtung der Häuser und Wohnräume, eine Reform des Steuerwesens, ausgiebige Besteuerung des unverdienten Vermögens an Grund und Boden, Ausdehnung des Enteignungsrechtes der Gemeinden, Errichtung eigener Musterhäuser mit billigen, allen hygienischen Anforderungen entsprechenden Wohnungen durch die Gemeinden in eigener Regie, Reform des Verkehrsverkehrs und Erleichterungen für alle Arbeiter und Arbeiterrinnen, die außerhalb ihres Arbeitsortes wohnen. In den bürgerlichen Bevölkerungen, den Arbeitern zum Erwerb eigener Wohnhäuser zu verhelfen, erblüht der Parteitag seine Förderung

im Interesse der Arbeiterklasse und keinen geeigneten Schritt zur Linderung der Wohnungssnot. Dagegen empfiehlt er die Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften, sowie auf der Grundlage des gemeinsamen Eigentums eingerichtet sind. Die Voraussetzung zu jeder geistreichen Reform des Wohnungswesens aber ist die Belebung des vollständlichen Hauss- und Grundbesitzprivilegs und die Demokratisierung der Verwaltung. Deshalb fordert der Parteitag als wichtigsten Schritt zu jeder ersten Reform die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für Land und Gemeinden.

Verfügung übernehmen."

für den normalen Fall, daß das Land  $M$  600 und der Bau  $M$  3500 kostet, übernimmt also die Mietenantilp drei Viertel =  $M$  3075 zu  $4\frac{1}{2}$  p.; daß mächt für den Erwerber  $M$  123 Zinsen. Bei fortlaufender Zahlung wird die Mietenantilp in  $60\frac{1}{2}$  Jahren getilgt und das Gut geht in den Besitz des Arbeiters über. Reicht füg der Erwerber auch das leiste Viertel, so zahlt er mit der Tilgungsquote  $M$  23 Zinsen. Bedeutet man dazu Versicherung, Steuern und Instandhaltung mit  $1\frac{1}{2}$  p., der Bauzinsen gleich  $M$  35, so ergibt sich für den Arbeiter ein Jahresaufwand von  $M$  181. Davon geht ab der Ertrag des Grund und Bodens mit  $M$  40, so daß  $M$  141 bleiben, um die der Erwerber in einem eigenen Hause auf eigenem Grund und Boden wohnt. Zu diesem  $M$  140 sind noch die Tilgungsquoten für den Erwerber enthalten. Nach 25 Jahren hat der Erwerber im ganzen gezahlt  $25 \times 140 = M$  3500; davon sind getilgt durch Amortisation rund  $M$  800. Er hat also verwohnt in den 25 Jahren  $M$   $3500 - 800 = M$  2700, oder jährlich  $M$  108. Würde er eine nur annähernd gleiche Wohnung in der Nähe der Stadt gemietet haben, so kostete dieselbe mindestens  $M$  180 jährlich. In 25 Jahren würde er dann gezahlt haben  $25 \times 180 = M$  4500, also mehr als den Wert der ganzen Befestigung, ganz abgesehen von den sonstigen Umläufen durch Umziehen und hätte dafür nichts.

Siebold möchte die für Britannien veranlaßten, auf Grundlage dieser Berechnung, jüg mit den Bau von Arbeiterwohnungen zu befassen. Dass das ganze System für die Massen der Arbeiter nicht den geringsten Wert hat, das ist geradezu absurd ist, denn der Geringste zugunsten, es fügt sich ja zuerst lang die Rentenentlastung zu tilgen, ehe das Haus in seinem Besitz übergeht, glauben wir nicht näher darlegen zu dürfen. Dass ist ja eine Schulbildung von Kind auf Kindeskind und ausgleich einantes Gefüge für Rentenentlastung.

und Unternehmer. Mit solcher „Wohnungsfürsorge“ kann man den Arbeiter und seine Nachkommen an die Scholle fesseln. -

**Eine Kommunal-Freisinnungleistung.** Die Berliner Stadtberordnetenversammlung, worin der "Freisinn" dominiert, hat eine Vorlage, betreffend Einführung einer Wertzubuchsteuer, abgelehnt. Auch die Sozialdemokraten waren genötigt, schließlich gegen sie zu stimmen. Weshalb weil es sich um ein erbärmliches Spiel handelte. Im Ausschluß wurde die Magistratsvorlage von den offenen und verbündeten Gegnern dieser zweckmäßigen und gerechten Steuer derartig geschunden und beschimpft, daß sie nur noch den Namen einer Wertzubuchsteuervorlage behielt. In der Sache selbst war die Vorlage zu einer wahren Kästefüllung geworden. Das Ganze war zu einer Farce gemacht worden, dazu bestimmt, den Freunden der Wertzubuchsteuer in der Versammlung die Sache zu verbrennen. Würdig wäre es gewesen, wie dies auch von einem der Redner, dem Stadtberordneten Mommsen, betont wurde, wenn die Gegner der Steuer, die die Magistratsvorlage derartig maltraktierten, offen und ehrlich erklärt hätten: wir wollen die Steuer nicht. Statt dessen ruinierten sie das Ding unter dem Anschein einer ernsthaften Behandlung in Grund und Boden, so daß natürlich für diesen zu zugerechneten Wechselbalg kein ehrlicher Freund der Wertzubuchsteuer in der Stadtberordnetenversammlung stimmen konnte. Die Folge davon war das von den offenen und heimlichen Gegnern vorausgesetzte und gemünzte Resultat. Da die Freunde der Steuer die ursprüngliche Magistratsvorlage nicht mehr haben konnten, so warten sie auch das Schauspiel von Auszugswechselbalg in Sia, Wiesbaden, auf.

Da hat sich der Kommunalfreisinn wieder mal in seiner ganzen Nämmerlichkeit gezeigt.

**Bolzpolitik und Minimallohn.** Ein merkwürdiges sozialpolitisches Experiment wird in Australien vertrieden. Im dortigen Parlament haben die Verhandlungen über den Bolzlohn begonnen. Ihnen liegt ein von der Arbeiterpartei (nicht zu verwechseln mit der an Zahl und Stärke schwächeren sozialistischen Partei) ausgehender Vorschlag an grunde. Es handelt sich darum, die Vorteile des Bolzloches den Arbeitern dadurch zu zugewenden, daß bei der Einführung eine Unterscheidung gemacht wird, ob die Fabrikanten der eingeführten Waren ihren Arbeitern angemessene Löhne zahlen oder nicht. Diejenigen, bei denen das nicht angenommen wird, sollen genötigt werden, ihren Waren einem besonderen Stempel aufzudrücken, und diese Waren sollen einem Bolzlauf g. a. unterliegen. Es soll ferner ein ständiges Handelsamt errichtet werden, daß der Regierung und dem Parlament Mitteilungen machen soll über Fälle, in denen die Fabrikanten den Arbeitern übermäßige Preise für Waren abverlangen, die unter dem Bolzlohn fallen. Dieses Amt würde ermächtigt werden, in Fällen, wo dies nachgewiesen ist, die Böle zeitweilig außer Kraft zu setzen.

jetzt lebhaft ein; nur wünscht er eine Ausgestaltung des-selben in der Weise, daß auch die inländischen, die auftre-tischen Fabrikanten, die niedrige Löhne zahlen, gefroren werden. Nach Eynes Vorschlag fallen die durch den Voll-tragschluß einheimische Erzeugnisse einer Ver-  
brauchssteuer in halber Höhe des Einfuhrzolls unter-liegen, ausgenommen, wenn der Erzeuger die durch das projizierte neue Industriearmt genehmigten Minima-löhne nicht zahlt. Letzteres soll zur Führung einer "Com-mu-nauté à l'exportation" berechtigen.

Die Werke des Schriftstellers und Schauspielers

Die Berichte der Handwerker- und Gewerbe-  
kammern sind vom Reichsamt des Innern dazu benutzt  
worden, einige allgemeine Angaben über die Lage des  
Handwerks zu veröffentlichen. Da wird gelagt über  
"Mangel an Handwerkern nach wie vor". Um der  
Abneigung gegen die Erteilung eines Handwerks entgegen-  
zutun, wird die Mitarbeit der Schule angerufen, die den  
Schülern in geeigneter Weise die erforderliche Ausbildung über  
den Nutzen einer geregelten Ausbildung im Handwerk bieten soll.  
Das fehlt nun gerade noch, daß der Schule, selbstverständlich  
nur der Volksschule, die Aufgabe zugeschrieben wird, für  
zünftlerische Interessen Propaganda zu machen. Denn  
lediglich solche Interessen sind es, die hier in Frage kommen.  
Dah eine Abneigung gegen die handwerkliche Lehre besteht, er-  
klärt sich aus dem Umstande, daß es sich in der Regel gar  
nicht um eine wirkliche Lehre, um die Heranbildung  
zu handwerklicher Tüchtigkeit handelt, sondern  
lediglich um die Ausbeutung jugendlicher Arbeits-  
kraft. Dieser Ausbeutung unter dem Vorwande des  
"Nutzens einer geregelten Ausbildung", das Wort zu geben,  
dazu hat die Schule nicht den Beruf. Daß trotz der Ab-  
neigung im allgemeinen kein Mangel an Lehrlingen ist, steht  
fest; es ist sogar vielfach das Unwesen einer förmlichen  
Lehrlingszuladung nachweisbar. Laufend von  
"Meistern" arbeiten nur mit Lehrlingen, um den Gesellenlohn  
zu sparen.

Wie es mit der wirtschaftlichen Lage des Handwerks im allgemeinen bestellt ist, läßt sich aus den Mitteilungen nicht ersehen. Häufig wird über die anhaltende Steigerung der Rohprodukte und Fabrikate gesagt. Zahlreiche Fleteren haben sich, wie aus Altona festgestellt wird, zu Syndikaten zusammen geschlossen, denen der einzelne Handwerker maßlos gegenübersteht. Auch aus Leipzig wird über das Steigen der Materialpreise, gegenwärtige Preisdrückerei, ferner über die Gelbemachung immer gepeinigter Lohnforderungen und anderer Ansprüche der Arbeiter lebhaft klage gefürt.

Es ist ja recht absurd, daß die Berichte auch über die Lohnforderungen der Arbeiter klagen. Für sich, in ihrem Interesse, erheben die zünftlerischen Unternehmer alle möglichen Ansprüche auf guten Verdienst, aber wenn die Arbeiter höheren Lohn

fordern, dann jammern sie. Sie kären gut, zu bedenken, daß, wenn sich die Arbeiter nicht energisch um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bemühen, es um das Handwerk sehr schlecht bestellt sein würde. Denn auf die Kontrakt der Arbeiter mitsamt ist das Handwerk mit seiner Existenz hauptsächlich angewiesen. Aber soweit denkt ein echter und rechter Bündler nicht; der kennt nur sich und seine Interessen.

**Staatschulden und Militärausgaben.** Der bewaffnete Friede, der Militarismus, zahlt am Markt der Nationen. In welchem Maße das der Fall ist, ist zu erkennen aus einem dem internationalen Institut für Statistik von Alfred Meyn in *der erfassten Bericht über die Staatschulden und Militärausgaben für das Jahr 1906*. Nach diesem Bericht gestaltete sich die Entwicklung der Staatschulden, der Bündelnschaft aus diesen Schulden und der Ausgaben für Heer und Flotte in den europäischen Ländern seit 1866, wie folgt:

	1866	1870	1887	1906
	in Milliarden Francs			
Staatschulden (Nominalbetrag)	66	75	117	148
Bündelnschaft	24	8	5,3	6
Militärausgaben	3	3,5	4,6	6,7

Von allen Staaten hat Frankreich die größte Staatschuld. Sie betrug am 1. Januar 1907 29,17 Milliarden Francs mit einer Bündelnschaft von 1,283 Milliarden. Es folgt Russland mit 22,995 Milliarden, deren Vergütung 1,010 Milliarden erfordert. In dritter Stellung steht das Deutsche Reich mit 21,1 Milliarden und einem jährlichen Bündelnschaft von 825 Millionen Francs. Neben 10 Milliarden Francs Staatschulden haben Großbritannien (19,725), Italien (13,022) und Österreich (10,900).

Nach der Höhe der Militärausgaben geordnet, ist die Reihenfolge der Länder anders. Hier steht Großbritannien mit 1,554 Milliarden Francs obenan. An zweiter Stelle steht Russland mit 1,275 Milliarden. Die dritte Stellung nimmt wieder das Deutsche Reich ein, und zwar mit 1,258 Milliarden Francs ein. Neben einer Milliarde hoch (1,044) sind noch die Militärausgaben Frankreichs. Im weiten Abstand folgen dann Italien mit 416 und Österreich-Ungarn mit 375 Millionen Francs.

Der "Segen" des Militarismus ist doch ein großer und herrlicher. Er hängt verdeckt man die ungeheuren Staatschulden, für deren Vergütung und Tilgung das arbeitende Volk frönen muß. Lange kann dieses "Kultur"-System nicht mehr halten.

**Wie die Arbeiter veracht und unzufrieden gemacht werden.** Nach der Behauptung der "Ordnungspolitiker" ist nur die böse Sozialdemokratie Schuld daran, daß die Arbeiter unzufrieden sind mit ihrem Los. Die sozialdemokratischen Agitatoren und Betrüger reden den Arbeitern ein, daß es ihnen schlecht geht, "hegen sie auf" gegen die Unternehmer, die es "doch so gut mit ihnen meinen". Wenn die Sozialdemokratie nicht agitierte, so würde es nur zufriedene und brave Arbeiter geben und zwischen Arbeit und Kapital bestände die "schönste Harmonie".

Solche Behauptungen kann man tagtäglich in "gutgesinnten" Blättern lesen.

Die Wahrheit ist, daß es nicht erst der "heiklichen" Propaganda der Sozialdemokratie bedarf, um die Arbeiter unzufrieden zu machen, und in eine feindselige Stellung zum Unternehmer zu bringen. Dafür sorgen die herrschenden Gesellschaftsfaktoren, vor allem die Arbeitsherren selbst in ausgiebiger Weise, indem sie die Arbeiter mit Macht und schlecht und ungerecht behandeln.

Endlich erwidert die Sozialdemokratie sich das Verdienst, die Arbeiter aufzulären, über ihre Klassenlage, über die Ursache ihrer Not und ihre Unzufriedenheit zu diagonalieren und in die richtigen Bahnen zu lenken. Damit aber nimmt sie dem Kapitalismus seine Verantwortlichkeit für die Unzufriedenheit der Arbeiter nicht ab. Wie diese von den Unternehmern selbst geschaffen und geführt wird, kann tagtäglich beobachtet werden. Einem beachtenswerten Beitrag hierzu bringt die "Berliner Volkszeitung" in einer Zuschrift aus Oberösterreich. Der Verfasser findet, die Ursachen davon, daß dort die Sozialdemokratie andauernd erstarkt und auch das Potentium immer mehr Fortschritte macht, u. a. darin, daß "die Vermute der Armen, die im Dienste der Industrie teilweise oder bis zur völligen Erwerbsunfähigkeit verängstigt sind und dann meistens schwer um ihre Existenzfähigkeit zu kämpfen haben", eine geradezu empörende ungewöhnliche Beobachtung erfahren.

Zunächst wird es als eine große Härte empfunden, daß der Rentenberechnung nicht der volle Verdienst, sondern nur zwei Drittel davon zu grunde gelegt wird. Der Mann tröstet sich jedoch schließlich damit, daß ihm noch die Knappfassungsunterstützung verbleibt, weil er seine Beitragsabrechnung zur Knappfassungsstiftung gezahlt hat. Diese Hoffnung ist jedoch trügerisch. Die Knappfassungsstiftung zahlt den erhöhten Betrag nicht; denn sie ist berechtigt, die Unterstützungen bis zur Hälfte der Unfallrenten zu Gunsten der Verübungsnossenschaft einzubehalten. Von diesem Maße mag sie in jedem Falle Gebrauch. (Vorausgesetzt wird dieser Modus durch die Erklärung, daß die Unfallversicherungsbeiträge von den Arbeitgebern allein zu tragen sind, während die Beiträge zur Knappfassungsstiftung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte gezahlt werden.) Je weniger bemüht die durch die zurückbehaltenden Knappfassungsunterstützungen gestärkte Unfallstafle leidet, desto geringer sind auch die Beiträge, die von den Arbeitgebern allein zu zahlen sind.) Der Unfallbeleidigt infolgedessen nur zu einem verschwindend kleinen Teile in den Gewinn der Knappfassungsunterstützung, die er sich durch seine Beitragszahlungen gesichert zu haben glaubt. Schließlich sieht er seine Hoffnung noch auf die Unterstützung aus der Unfallversicherung. Aber auch diese erhält er nicht, weil sie ebenfalls von der Knappfassungsstiftung und eingezogen wird. So fühlt sich der Unfallbeleidigt arg benachteiligt und sieht seine launigen Beitragszahlungen verloren.

Der Verfasser bemerkt dazu: "Da ihm alle Klagen und Beschwerden nichts nützen, so geht er schließlich entweder zu den Sozialdemokraten oder zu den Polen. Diese können dem Manne zwar auch nicht helfen, jedoch ist es ihm Bedürfnis, und es gewährt ihm eine gewisse Erleichterung, wenn er sich dort den liefeingewurzelten Groß vom Herzen reden kann."

Dieser Groß überträgt sich nach und nach auf die ganze Arbeiterschaft, da die arbeitsunfähigen Juvaliden nicht müde werden, ihr eigenes Los als dasjenige hinzustellen, daß alle Arbeiter früher oder später erwarten."

Es wird dann erwähnt, daß auch die Hinterbliebenen der Knappfassungsmitglieder sich er benachteiligt werden. Ihre Unterstützung beträgt pro Kopf 20 vpt. der Rente, jedoch nur bis zum Höchstbetrag von 60 vpt. Es werden außer der Witwe noch Kinder als unterstüzungsbefürdig erachtet, was bei dem großen Kinderreichtum in Oberösterreich sehr schwer ins Gewicht fällt.

Ein weiterer Unfallstand sehen die Knappfassungsmitglieder darin, daß die Knappfassungsstiftung in solchen Fällen, wo es sich um eine Verschämmerung des Buitands handelt, nicht zu erhöhen Ansprüchen an die Unfallstafle berechtigt, nicht zuständig sind. Eine solche Verschämmerung muß aber durch ein ärztliches Gutachten glaubhaft nachgewiesen werden, und wenn der Mann nicht das Geld dazu hat, um ein solches Gutachten zu beageln, so ist ihm jeder erhöhte Anspruch abgeschnitten. Solche Fälle kommen sehr häufig vor, denn zumeist besteht der Arbeiter neben einer zahlreichen Familie nichts anderes als seine gesamten Eieler. Sobald er seine Arbeitsstafle verliert, ist er lediglich auf die Unterstützung angewiesen.

Die Büttcher schreibt: "Alle diese Tatsachen sind wenig bekannte, aber um so mächtigere Beweise gegen die Sozialdemokratie, sondern auch des Potentiums in Oberösterreich. Denn auch dieses läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne über die Kündigung und Überwortierung des armen, politischen Volkes" herzuziehen und dieses zum Kampf aufzurufen."

Diese Bewerungen des Gewerkschaftsmannes der "Berl. Volkszeitung" zeigen den Unverständ und kleinlicher Geistigkeitsfeind, die die gefüchteten und mischhandelten Proletarier sich der Sozialdemokratie zuwenden, denn sie ist die Zukunft der Armen und Unterdrückten. Ihre Ansicht, daß diese Partei mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft hilft, ist wahrlich keine unbegründete. Mag auch die Hülfe nicht sofort erfolgen können; dafür aber hat die Sozialdemokratie und die gemeinsam mit ihr kämpfende freie Gewerkschaftsorganisation doch wohl die Beweise erbracht, daß sie im Staate ist, mit Erfolg auf die Befreiung von Mißständen hinzuwirken, unter denen die Arbeiter schwer zu leiden haben. Die Besserungen, die im Laufe von vier Jahren im Verhältnis der Arbeiter zum Unternehmertum erreicht worden sind, stellen Erungenen der organisierten sozialdemokratischen Arbeiter dar. Ohne die politische und gewerkschaftliche Mitarbeit des klassenbewußten Proletariats ist es nicht denkbar, die Unregelmäßigkeiten des Kapitalistischen Systems einzuschränken, und zu überwinden. Zum großen Teil liegt die Erfüllung dieser Aufgabe auf dem Gebiete der Gewerkschaft. Auch das in der Knappfassungsstiftung erzielte, das Unerreichfeste der in der Büttcher geschafften Art möglich macht, kann nur durch geistige Eingriffe gründlich reformiert werden zu Gunsten der Arbeiter. Und dazu gehören Sozialdemokraten ins Parlament.

**Die Wissenschaft im Freic und Waffenrod.** In Berlin tagte kürzlich der internationale Kongress für Hygiene und Demographie. Sein Verlauf ist wieder ein Beispiel, dafür, wie wenig der vorurücktige vergrößerte deutsche Boden geeignet ist, solche Zusammenkünfte zu beherbergen. Ein Art, der an den früheren Tagungen dieser wissenschaftlichen Vereinigung teilgenommen hat, äußert sich darüber im "Vorwärts":

"Für den Geist, welcher diese wissenschaftliche Tagung besteht, läßt sich kaum ein höheres, bezeichnenderes Werkmaß auffinden, als die Sorgfalt, bezüglich der den Mitgliedern, resp. Besuchern vorgeschriebenen Kleidung, Freic oder Waffenrod — das ist die Devise.

Zur Eröffnung des Kongresses und der Hygieneausstellung am Montag heißt es: Anzug: Freic, Waffenrod; zum Empfang des Kongresses durch die Stadt im Rathaus Dienstag: Anzug: Freic, Waffenrod; zum Festmahl am Mittwoch Nachmittag im Landesausstellungspalast; Anzug: Freic, Waffenrod; zur Feiervorstellung in den königlichen Theatern am Donnerstag: Anzug: Freic, Waffenrod u. v.

Doch nein, für die beiden letzten Kongreßtage finden wir ausdrücklich im Programm vermerkt: Anzug beliebig Nummer dürfen auch die minderwertigen Elemente, die weder einen Waffenrod noch Schwabenschnäuse aufzuweisen haben, an den verbleibenden festlichen Veranstaltungen teilnehmen.

Kein Wunder daher, daß mich, als ich heute um die Mittagszeit, von der Praxis kommend, in meinem "besieglichen" Anzug und sogar ohne Sylinder das Reichstaggebäude betrat, der am Eingang postierte Beamte scharf musterte und fragte, ob ich Kongreßmitglied sei, und diese Begegnung mit Auge und Mund ein zweites und drittes Mal wiederholte, als ich mehrmals Portal IV zu passieren wagte. Man glaubt mir nicht, daß diese Betonung des Kleiderzeremoniells auf solchen Kongreßtagungen überhaupt sonst ganz und gäbe wäre. Als ich 1894 am X. internationalen Kongress für Hygiene und Demographie in Budapest teilnahm, habe ich nichts davon gespürt, geschweige denn ausdrückliche Bestimmungen darüber wie hier in allen drei Kongreßtagen im Programm gefunden. Nein, das ist eben Reichen, das Land der Dreitassenwahl, des Kastengesetzes und Standesbündels, in dem die "Kanaille" nichts zu sagen hat, in dem die gesellschaftliche Klassenfeindschaft sich selbst in den lokalen Verkehrsmiteln dokumentiert, in dem die Minister in Görlitz zu Hofe werden; das Land, in dem auch "Beim Biw" der Mensch nichts, der Reserveoffizier alles gilt, das Land, in dem ein Hochschullehrer ungestraft, selbst ohne Widerspruch zu finden, die Universitäten als die Leibgarde der Hohenköniglern bezeichneten konnte.

Dieser Geist der preußischen Subordination und Disziplin, der in Freic und Waffenrod einschlägigen Wissenschaft kennzeichnet die ganze Organisation des Kongresses. Dies bestätigt, wie gesagt, die alte Erfahrung, daß die echte und freie Wissenschaft in der Luft des gegenwärtigen Deutschland nicht gedeihen kann.

**Österreichische Jäger als Streithelfer.** Konservative Landwirte berüchten bekanntlich jeden Streit und sehen auch in den streitenden Arbeitern gewöhnlich nur "faule, unbootmäßige, begehrliche und gemäßigte Menschen". In Österreich haben nun die Agrarier die Streitenden als ganz andere Personen gesehen gelernt und auch den Streit mit Freuden begrüßt. Und das kam so: In Tilsit streitten bekanntlich gegen 400 Schneidemüllnerarbeiter; diese wohnten zum größten Teil in der Umgegend und befreiten einige Morgen Land. Natürlich verliehen sie auch, landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten. Als nun der Streit mitten in der Erntezeit ausbrach, stürmten die Landwirte das Streitbüro und batzen den Streitleiter, ihnen doch Streitende als Ernteartesarbeiter abzugeben. Diesem Wunsche kam man nach, zumal den Arbeitern ein guter Verdienst angeboten wurde. So zogen sie denn zu den konservativen Landwirten, wurden hier mit offenen Armen empfangen, und haben während der Zeit des Streits den Beispielen den Segen des Friedens bergen helfen. Die Landwirte prieten den Ausbruch des Streits, und so mancher wird bedauert haben, daß er nicht noch länger gedauert hat. Ja, so ändern sich die Ansichten über streitende Arbeiter.

**Lehungsfrage und Borgsystem.** Die Bergarbeiter haben sich schon oft gegen den Modus gewandt, daß ihnen nur zweimal im Monat Lohn gezahlt wird. Nebenall, wo dieser Modus besteht, bringt er den Arbeitern höchst schädliches Borgsystem in Tüpfel. Diese Frage ist in der freien gewerkschaftlichen Organisation und ihrer Presse schon erörtert worden. Jetzt hat auch eine Versammlung des "Verbandes katholischer Arbeiter" in Weißenthal Stellung zu genommen. Arbeiterselbstverwaltung führte aus, daß auch die in Aussicht stehenden Lohnverhältnisse für die Arbeiter keinen Vorteil bedeuten, solange die langfristige Auszahlung der Verdienste besteht. Das Borgsystem will verteidigt auf die ganze Lebenshaltung, denn die häufigen und großen Verluste der Kaufleute, Hausbesitzer und Gewerbetreibenden werden von diesen durch einen Aufschlag wieder hereingebrochen, der auch die künftlichen Zahler in Mitleidenschaft zieht. Deshalb muß der Stier an den Hörnern gepackt und auf eine Zahlungsschule hingearbeitet werden, die es dem Arbeiter ermöglicht, für bare Gold zu laufen.

Die Versammlung nahm folgende Resolution an: "Die im Verbande katholischer Arbeitervereine, Sib Berlin, organisierten Berge und Hüttenarbeiter sind sich bewußt, daß ihnen durch Lohnverhältnisse allein nicht viel geholfen werden kann, wenn nicht gleichzeitig andere Mittel zur Anwendung gelangen. Als eines dieser Mittel erachten wir die batmannsche Einführung der in kleinen Lohnabschlägen zahlenden auf sämtlichen Berge- und Hüttenwerken Oberösterreichs. Die Abschlagszahlungen mögen mindestens zwei Drittel des in der verlorenen Woche erzielten Lohnverdienstes betragen und den Tagelöhtern spätestens Freitag Abends, den Nachschichten Sonnabend früh ausgezahlt werden. Der Verein katholischer Arbeitervereine wird beantragt, an die Repräsentanten der einzelnen Berge- und Hüttenverwaltungen eine eingehende Begründung dieses Antrages umgehend einzufügen, und die Arbeiterauschrift werden eracht, umso zeitgemäßen Antrag überall nach Kräften zu unterstützen."

Da fordern katholische Arbeiter dasselbe, was sozialdemokratische schon so oft gefordert haben. Ob die oberösterreichischen Kleinstmagnaten darauf eingehen, bleibt abzuwarten. Wir glauben es nicht. Die Entscheidung dieser Frage zu Gunsten der Arbeiter wird wohl durch Kampf zu erreichen sein.

**Die Macht der Kapitalisten.** Bei der Weltfirma Rüpp in Eisen, deren vielerwähnte "Wohltätigkeit" in den letzten Wochen sehr mitgenommen wurde, haben letzter Tage Abschaffungen stattgefunden. Dem "Vorwärts" wird darüber gejubelt: Auswärtige Blätter teilen mit, daß die statthaften zahlreichen Kündigungen bei der Kanonenfirma Krupp notwendig geworden sind, weil die griechische Wurdwaffenlieferung, die bekanntlich Frankreich zugeschlagen ist, und wegen welcher Krupp das Wurdtelegraphenbüro und die gesamte Presse mit "Rüttigstellungen" überschwemmt hat, ausgeblichen ist. Das ist falsch. Krupp brauchte deswegen auch nicht einen Mann zu entlassen. Wahr ist, daß die seine Firma mit ihren Maßnahmen Antwort gibt auf die vielen Blockstellungen der Lebendigen Wochen in den Zeitungen sowohl wie auf dem Parteitag. Insgrimmig über die bodenlose Frechheit einiger früherer Arbeiter, die es gewagt haben, wegen der gegen die guten Sitten verstoßenden Pensionsklassen der Firma gegen diese vorzugehen und die famosen Wohlfahrtsseinrichtungen mit Erfolg belästigt haben, verließ dadurch, daß einige Genossen während des Parteitages Blau gemacht haben, und last not least, um ihrer ins Wanzen geratenen Machtketten mit allen Mitteln einen Ausdruck zu verleihen, macht sie Tausende der armen Arbeiter, die zum Teil 10 bis 18 Jahre als Ausbildungsbjekt der Firma gebunden haben, jetzt, wo der Winter vor der Tür steht, broilos. Es sind bereits 800 Kündigungen im Kanonenfirma, darunter 800 aus der Lederwerkstatt allein, erfolgt. Weitere Kündigungen — wie es heißt, 2000 bis 5000 Mann — sollen in allerhastigster Zeit in den Lederwerkstätten stattfinden. Außerdem sollen 6000 Mann in Rheinhausen auf der Friedrich-Alfred-Hütte beschäftigt werden, wahrscheinlich aus Menschenfreundlichkeit, um sie aus dem dem jetzt sich rührenden Eisen zu entfernen und sie vor der anstehenden Gefahr zu bewahren, der sie durch die mit Sturmtrichter marschierenden Verbündeten des Sozialismus und dem von ihm verbreiteten Gifte ausgeliefert sind. In den verschiedenen Werkstätten macht sich eine große Sozialistische Bewegung, die auch nur den Leisenden Anschein erweckt, rot gefärbt zu sein, erhalten den Laufschuh. Die schaumadlerische Presse jubelt über diese Maßnahmen, glaubt sie doch durch diese die alten Männer durchbrechen und die Arbeiter in die alleinigmachende Kirche und zu den staatserhaltenden Parteien zurückzubringen zu können. Da sie nicht recht haben, wird ihnen das "debacle",

das unverdrosslich kommen wird, und das nach menschlicher Vorauftücht hier im Industriegebiet seinen Anfang kann nur oder lang nehmen wird, lehren.

**Passive Resistenz** (unfähiger Widerstand) wird seit einigen Jahren des öfteren von Beamten und Staatsarbeitern zur Verbesserung ihrer Lage angewandt. Augenblicklich üben sich die Eisenbahner in **Oesterreich** und **Ungarn** in der Arbeitsmängigkeit. Die Folge davon ist, daß alle Güte mit großen Verzögerungen abfahren und ankommen und Güter überhaupt nicht mehr zur Beförderung angenommen werden können, fragt man die Beamten, weshalb sie in den Kampf eintreten, so erhält man zur Antwort: „Weil wir seit zwanzig Jahren keinen Kreuzer aufzubesserung bekommen haben, während die Staatsseebahn-Gesellschaft Millionen Kleingewinn einheimst.“

## Maurerbewegung.

**Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.**  
Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht;

**Zugang von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:**

### Deutschland:

#### Maurer:

##### Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, (Streiks), Reinfeld (Sperre über E. Haeger), Apenrade (Sperre über Callesen), Flensburg (Zimmererstreik), Kiel, Segeberg (Differenzen);

##### Mecklenburg:

Rostock (Differenzen);

##### Brandenburg:

Berlin und Vororte (Differenzen), Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreiskrankenhaus);

##### Pommern:

Cammin (Streik);

##### Ost- und Westpreussen:

Konitz (Sperre über Hermann), Sensburg (Sperre über Reise), Memel (Sperre über Richtmeier und Schmidt);

##### Posen - Schlesien:

Ohlau (Sperre über Röther, Kern und Jander), Peisterwitz (Sperre über Gerlach und Wiesner), Muskau (Sperre über Stülpnägel);

##### Königl. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsgebäuden, M. Steyskal in Möckern, Sohstrasse, Otto Auge, Ecke der Elisen- und Fichtestrasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Brandvorwerkstrasse, Hermann Kögel in L.-Gohlis, Landsbergerstr. 14, Robert Thiele, L.-Gohlis, Landsbergerstrasse, F. Probst & Co., L.-Gautsch, Spinnereistrasse, L.-Lentzsch (Sperre über die Bauten der Eisengiesserei E. Becker & Co.), Golditz (Streik);

##### Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Langensalza (Sperre über Zeitzsch);

##### Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wunstorf (Streik), Celle, Norderney (Aussperrung), Salzgitter (Sperre über Höhnerbach), Fallingbostel (Sperre über Bostelmann);

##### Rheinland:

Crefeld, Düsseldorf (Streiks), Kaiserswerth (Sperre über Oster & Rosch);

##### Hessen und Waldeck:

Rüdesheim - Geisenheim (verschiedene Sperren), Mainz (Sperre über A. Westenberger);

##### Elsaß-Lothringen:

Strassburg (Bauarbeiterstreik);

##### Baden-Pfalz:

Offenburg (Streik der Zementierer), Unterharmersbach (Sperre über den Schulneubau);

##### Bayern:

Plattling (Streik), Selb (Sperre über Jäger & Werner), Freilassing (Sperre über Gerl und Halt), Wasserburg (Sperre über Nübauer);

#### Fliesenleger:

Barmen-Ellerfeld (Sperre über die Zwischenunternehmer Jeschnowsky und Rummenhöle), Duisburg (Sperre über Geb. Bönnig und Krüsken);

#### Schweiz:

Basel, Chaux-de-Fonds (Streiks);

#### Oesterreich:

Leitomischl, Chotzen, Wildenswert (Aussperrung), Mährisch Weisskirchen (Streik);

#### Ungarn:

Arad, Csornd, Gyula, Kecskemét, Nyiregyháza, Petrozsény, Székesfehérvár, Vác, Zsombolya (Aussperrungen).

#### Unternehmerpläne in Mecklenburg.

Unseren mecklenburgischen Kollegen war es in den letzten Jahren möglich, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen in einem schnelleren Tempo als früher zu verbessern. Sie hatten das in eifriger Hoffnung der Organisation und der gesetzerten Bautätigkeit zu verankern. So nötig ein kräftiger Rückzug vorwärts gerade in Mecklenburg auch war, so sind die Verbesserungen doch immerhin in bescheidenen Grenzen

geblieben. Im Jahre 1905 hatten nur fünf Städte einen Stundenlohn von über 40  $\text{S}$ ; es waren das Güstrow mit 45  $\text{S}$ , Rostock mit 48  $\text{S}$ , Schwerin mit 50  $\text{S}$ , Wismar mit 47  $\text{S}$  und Wismar mit 48  $\text{S}$ . In den anderen Orten des Landes standen die Löhne erschreckend tief; über 35  $\text{S}$  fanden die Kollegen nur in einigen wenigen Ausnahmefällen. Darin ist nun in den letzten Jahren etwas Wandel geschaffen worden. In mehreren Orten konnte ein Stundenlohn von 40  $\text{S}$  erreicht werden, in anderen kam man diesem ziemlich nahe. Aber trotzdem sind unsere Mecklenburger Kollegen nicht weniger als auf Kosten geblieben. Der vorwiegend agrarische Charakter des Landes bringt es mit sich, daß ein großer Teil der Bautätigkeit auf dem Lande liegt, außerhalb der Städte und größeren Marktflecken, die als Wohnorte der Maurer vornehmlich in Betracht kommen. Die Maurer sind also sehr häufig gezwungen, außerhalb des Wohnortes zu arbeiten, womit sie entweder höhere tägliche Wege zu und von der Arbeit, oder längere Abwesenheit vom Hause verbunden sind. Das ist ohne Zweifel ein Umstand, der für die Maurer, und besonders für die verheirateten, sowohl persönliche Unannehmlichkeiten, wie materielle Einbußen mit sich bringt. Auch auf diesem Gebiet der Arbeitsbedingungen waren durchgehende Verbesserungen notwendig. Die Bezahlung der Wege zu und von der Arbeit war an vielen Orten dem Belieben der Unternehmer — man nennt das oft „freie Vereinbarung“ — anheimgesetzt. Bei dem „Ausfliegen“, das Übernachten auf entfernten Arbeitsorten, fehlte oft jede Maßnahmehilfe auf die Gesundheit und Bequemlichkeit der Maurer. „Sauherdern“, d. h. eine Strohschüttung in irgend einer invaliden Scheune, waren das Lager. Die Gelegenheiten zum Kochen und Waschen waren meist recht unzuverlässig — wie gesagt, die Organisation hat überall angedeutete Veranlassung, energisch auf Verbesserungen zu bringen.

Ganz vergebens ist ihr Wirken nicht gewesen. Wir verweisen in dieser Hinsicht auf die Lohnbewegungen bei „Grundstein“ und auf die Jahresberichte des Bauvorstandes von 1905 und 1906. Aber so bestreiten die Erfolge der Organisation auch waren — im Verhältnis zu dem, was noch verbessernbedürftig ist, — sie haben doch hingereicht, die schon immer vorhandene arbeiterfeindliche Strömung unter den Unternehmern mächtig anzuwachsen zu lassen. Die Agitatoren des Arbeitgeberverbandes — im „Sauherdton“ der „Arbeitsgezeitung“ — wären sie als Heiter zu bezeichnen — haben sich auch auf das Obotritenland gesetzt und dort scharf gemacht, was das Zeug halten wollte. Ihre Tätigkeit ist denn auch nicht erfolglos gewesen, die Unternehmerorganisation hat sich ausgebreitet und beherrscht heute schon so ziemlich alle bedeutenden Städte. Jetzt ist sie dabei, bestimmt die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40  $\text{S}$  hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Vragebogen verfertigt, bei dem sie darüber bestimmt, ob die Mächtigkeiten für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen.

In Segeberg ist der Streit der Maurer und Zimmerer beendet. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab. Auf die bei der Junung und dem Unternehmerverbande eines gerechten Streben, befanden die Streitenden gar keine Antwort. Wegen der vorgeläufigen Jahreszeit wurde der geschlossene Vorhang den Streit aufzubauen. Eine eigenartige Rolle haben die Unternehmer Fischer und Niemann bei diesem Streit gespielt. Vor Eintritt in den Streit wurden die bei Fischer und Niemann beschäftigten Kollegen von dem ersten geradezu zum Streit animiert, indem sie vertraten, die Fortberungen sofort zu bewilligen, und als dann die Arbeitseinstellung des geschlosseu und durchgeführt worden war, weigerten sich die beiden Herren, ihr Versprechen einzulösen. Im Gegenteil, sie spielten sich während des ganzen Streits als die ersten Saargrunder auf. Es arbeitet noch eine ganze Anzahl verhältnislose Kollegen außerhalb Segebergs. Ferner wollen einige Unternehmer nur dann Maurer einstellen, wenn sie ihren Ausdruck aus dem Verbande erklären. Unter solchen Umständen ist der Zugang nach Segeberg unter allen Umständen fernzuhalten.

In Neumünster haben die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter den vertraglichen Beschlüsse gemäß den Lohn- und Arbeitsstufen am 1. Oktober zum 1. Januar 1908 gefündigt.

Nachdem die Unternehmer in Kappeln a. d. Schleif den Maurern und Zimmerern schon im Monat August den Stundenlohn von 40 auf 45 & freiwillig erhöhten, ist jetzt auch den in unserem Verbande organisierten Baubüroarbeiter der Stundenlohn von 6 & erhöht worden. Es wird nunmehr bis zum 1. April 1908 pro Stunde 58 & bezahlt.

### Ausland.

**Ungarn.** Die Maureraussperrung in Ugram ist am 16. September beendet. Nach schwäbigem Kampfe haben die Kollegen einen vollständigen Sieg errungen. Sämtliche Forderungen der Arbeiter wurden bewilligt: 1. Die Bauunternehmer verpflichten sich, bei der Wiedereinstellung in erster Reihe die einheimischen Arbeiter zu berücksichtigen, ebenso bei einer eventuellen Reduzierung oder Einstellung der Tätigkeit. 2. Von der Lage des Arbeitsantrittes an erhalten die Maurer jeden Taglohn, der im Vertrag vom 18. Dezember 1906 für das Jahr 1908 abgemacht war, das heißt, eine Erhöhung von 20 Heller pro Tag über den Lohn von 1907. Diese Löhne gelten bis zur dritten Woche des März 1909. Von da an erfolgt eine weitere Erhöhung von 20 Heller pro Tag, gültig bis März 1910. 3. Die Bauunternehmer verpflichten sich, wegen des eben beendeten Kampfes keinen Arbeiter zu entlassen oder zu konfektionieren, wogegen die Arbeiter versprechen, gegen keinen der beteiligten Bauunternehmer die Sperrre anberhängen. 4. Die Punkte des Tarifs vom 18. Dezember 1906 und vom 3. April 1908, an denen dieser Vertrag nichts ändert, bestehen weiter in Kraft. Die Aufnahme der Arbeit erfolgte am 17. September.

In 26 Orten bestehen noch Differenzen mit den Unternehmern, die teils zu Ausperrungen, teils zu Einschärfungen führen.

### Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzahlen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 30. September bis 5. Oktober für folgende Mitglieder erteilt: K. Schellhorn-Greifswald (Frau), Verb.-Nr. 7418; K. G. Hechen-Wittmund, 282 768; Joh. Kärtt Neuhaus i. M. 28 549; Karl Heber-Dortmund (Frau), 210 823; Joh. Windisch-Mainz (Frau), 175 024; Fr. Baumer-Karlsruhe (Frau), 239 265; Aug. Berlin - Wittstock a. d. D. 157 688; W. Dröckens-Nauen, 89 144; Karl Schulz-Gerswalde (Frau), 65 533; Paul Noack-Spremberg (Frau), 296 446; Wilh. Obrech-Strasburg i. G. 174 977; G. Heimers-Bremen (Frau), 14 160; Daniel Nomad-Danzig (Frau), 225 100; Wilh. Thiede-Berlin, 63 011; Rich. Tief-Berlin (Frau), 4408; Karl Hahn-Berlin (Frau), 5740; Leonhard-Mannheim (Frau), 159 139; Franz Beijer-Galle d. S. (Frau), 57 965; Heinr. Bemm-Neuhaus i. S. 90 810; Heinr. Körle-Wilnsdorf (Frau), 132 784; Fr. Arndt-Halle (Frau), 26 160; Fr. Heimberg-Halle, 807 700; Heinr. Alte-Gelle (Frau), 58 818.

Geldsendungen für die Hauptstädte sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 30. September bis 6. Oktober 1907 sind folgende Beiträge eingegangen:

#### a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Eisenach M. 800, Osnabrück 958,75, Senftenberg 800, Dessau 600, Neuruppin 250, Schwabach 200, Frankenbergs i. S. 200, Bautzen 181,65, Henndorf 20,99, Löschau 348,28, Blaustein i. B. 800, Lübeck 800, Cunnersdorf 727,60, Begefeld 400, Hamm 400, Grabow i. M. 250, Regenwalde 117,84, Vergefeld 100, Börge 89,52, Schoppensiedl 58,28, Hamburg 4000, Wöbbelin 1,40, Chemnitz 800, Jechthausen 600, Kaiserslautern 800, Ebing 500, Stettin 400, Lübau 400, Görlitz 378,84, Schmids 359,22, Gotha 350, Nordenham 311,06, Neuhausenberg i. d. M. 250, Wittenberg 208,16, Wittenberg 199,92, Schwandorf 170,43, Tirschenreuth 139,70, Krugow 100, Cöschleb i. M. 71,52, Tirschenreuth 47,88, Oelsnitz 42,28, Laucha 33,56, Cuxhaven 509,08, St. Johann 2400, Straßburg i. E. 1600, Spandau 1386,50, Hilbersheim 800, Landsberg a. d. W. 800, Wittenbergs 720,03, Ostroßnitz 547,61, Schneidemühl 360,48, Mühlberg i. B. 344,42, Ansbach 229,18, Dörsdorf 143,20, Görlitz 118,80, Oberglogau 82,85, Kolmar i. B. 75,90, Schoppensiedl 50, Stelle 160,48, Herne 800, Cöpenick 575,96, Cöpisch 532,80, Eimhöfen 414,70, Memmingen 356,52, Frankenbergs 277,98, Hemmoor 148,60, Garstädt 186,24, Wolfsburg

100, Böckum 6000, Milnsdorf i. E. 1200, Quedlinburg 1167,52, Rommels 1110,08, Werder a. d. H. 821,24, Milnsdorf-Obershausen 800, Meilen 780, Eberswalde 500, Delitzsch 427,62, Hamm 400, Lehnitz 267,04, Malchin 242,60, Soltau 224,80, Lötzen 121,36.

#### b) Für Protokolle vom neunten Verbandstag in Cöln.

Cölnhafen M. 8, Uetersen 8, Delitzsch 8, Böhlitz 1.

#### c) Für Butterkäse.

Beuthen M. 2, Regenwalde 1,50, Spandau 5, Ostroßnitz 2, Münster 3, Oberglogau 3, Kolmar i. B. 2.

#### d) Für Kalender.

Bünden M. 5, Wiesbaden 150, Bittau 150.

#### e) Für Arbeit und Kultur.

Bittau M. 1,50.

#### f) Bericht der Bauarbeiterkenschafskommission.

Hamburg M. -70.

**Verichtigung.** Die in Nr. 40 des „Grundstein“ für Wittenbergs quittierte Summe M. 30 soll richtig heißen M. 300.

**Vom Verbandsvorstande bestätigt** sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in vorher Wode das Wahlprotokoll eingesandt haben, und denen nicht bischlich eine andere Mitteilung geworden ist.

**Als verloren gemeldet** sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Fr. Seelbörne-Samels (Verb.-Nr. 117 568), Franz Hölz-Gelsenkirchen (432 742), W. Eberlein-Barmen (410 548), Elio Kargoll - Duisburg (386 199), Ed. Bühlung - Coburg (252 460), Moritz Lautsch-Chemnitz (241 456), Fr. Petersen-Breslau (179 928), Ernst Reinhards-Greifswald (187 469), Richard Lehmann-Hamburg (30 150), Joh. Obdörfer-Crefeld (125 298), W. Baumer - Frankfurt a. M. (244 73), J. J. Blümler-Frankfurt a. M. (306 664), K. Nathmann-Gelsenkirchen (268 34), Heinrich Gundlach-Danzig (312 330), Joh. Soutup-München (438 744), Chr. Birtt-Borsigwalde (466 238), Herm. Gleichen-Münster i. S. (33 719), Otto Hechle-Reine (33 906), W. Schiemann-Hamburg (28 871), Ed. Spillner-Hamburg (18 061), Giuseppe Martina-Lauterbach (433 875), Paul Richter-Gasse (438 724), Heinr. Willauer-Haagendorf (448 408), Wilh. Schulte - Neumünster (449 159), Ernst Bobzin - Neumünster (449 158), Heinr. Willauer-Bremervörde (362 256), Martin Wörth-Wörth (139 941), Albin Tiefenbacher (71 409), Joh. Spang-Trier (226 912), Max Leicht-Dresden (282 448), Herm. Lindemann-Egeln (290 017), Joh. Struthoff-Delmenhorst (301 918), Aug. Grobthor-Straßburg i. G. (419 128), Wilh. Grae-Schaffhausen (427 522).

**Ausgeschlossen** sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Berlin: Wilhelm Fries (Verb.-Nr. 3045); Berlin (Sektion der Büser): Heinrich Schmidt (3397), Herm. Schulte (3881), Aug. Ohnsorge (3864), Karl Magde (75 775), Otto Krüger (9462), Joh. Neumann (789), Albert Bauer (3216), Friedr. Meier (1593), Nob. Littmann (280 016), Wilh. Polanik (448 032), Friedr. Winter (237 103) aus Neubrandenburg, Hermann Ermer (3100), Karl Michaelis (1298), Fr. Weiß (2880), Franz Weiß (1197), Wilh. Jänicke (375 182), Otto Görcke (4730), Fr. Röhl Rosenberg (196 979), Joh. Niedel (8521), Herm. Niedel (129), Ferdinand Schröder (3437), Herm. Brunk (6663), Herm. Baumer (3748), Joh. Seegerbarth (73), Ludwig Simonowitsch (85), Karl Materne (917), Herm. Bleiborn (111 012), Nob. Sommer 11 689, Max Croker (279 926), Heinrich Heinrichs (9456), Karl Hubert (1262), Wilh. Nähring (298), Aug. Goldt (455 026), Rich. Katz (874), Ab. Crozynski (211), Aug. Gerlach (1389), Franz Schümann (279 980), Rich. Borchert (197 941), Fr. Suttorf (665), Gust. Faehle (3229), Herm. Stöck (141 211), Nob. Bode (141 508), Heinrich Zimmermann (141 512), legtere drei Kollegen sind aus Frankfurt a. d. O.; H. Harburg a. d. E. (Joh. Sörs (211 914); Meißner: Ernst Paul Merck (213 027); Straßburg i. G.: Karl Molitor (419 117), Emil Heimrich in Hagenau (175 182).

**NB.** Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückläufiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Kürze nicht bekannt gegeben.

**Aufgefordert,** ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Münster g. a. d. B. Joh. Bultmann, geboren am 11. Januar 1876 zu Lemte; **Effen-Borchert**:

Um Angabe seiner Adresse wird erachtet vom Zweigverein Bräse a. d. B.: Wilh. Kühlmeyer, geboren am 30. Januar 1881 zu Bamberg (Verb.-Nr. 230 834).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden erachtet, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen.

**Der Verbandsvorstand.**

### Mitteilung.

Bei der unterzeichneten Expedition sind von den Zweigvereinen für Anzeigen eingegangen:

**Juli:** Bielenberg M. 2,65, Marzloß - 85, Sallgast 2,95, Mülheim a. S. 8,50, Bitterfeld - 80, Oberglogau - 65, Bisselbörde 2,70, Bremberg 8, Bödenfeld 8,60, Gelsenkirchen 2,70, Waldheim - 45, Schenck - 45, Großenhain 1,20, Tiefenbach a. d. Toll. 2,70, Schlebusch - 45, Pirna 1,85, Königslütze - 60, Schmiede 3,45, Graust 1,60, Uelzen 1,20, Weinmar 1,95, Dehnwieden 1,50, Gifsum 2,70, Altenb. - 50, Neubau 2,70, Obersleben 1,20, Altdamm 1,20, Lauenburg a. d. Elbe - 70, Leisnig - 45, Kahla 3,45, Böckum 4,50, Jelen 1,80, Dortmund 2,40, Neubau 3,30, Goldb. - 20, Lüneburg 1,20, Neulatz 8, Heidelberg - 90, Hamm 4,80, Mittweida 1,20, Lipp 1,20, Wiesbaden 3,80.

**August:** Neubulow (Lübeck) M. 10,67, Moorburg (Lübeck) 25,08, Rathenow 8,85, Glogau - 20, Kröpelin (Lübeck) 8,11, Fürstenwalde 8,25, Burg b. Magdeburg 3,90, Neub. 2,40, Waldburg i. Schle. 3,20, Schleiden 3,16, Neustadt - 60, Cunnersdorf 3,15, Neu-Müppin 5, Neuhalbenleben 3,20.

**September:** Neuhausen M. 1,50, Dorfheim 1,16, Glogau - 20, Schenck 8,20.

**Die Expedition des „Grundstein“.**

### Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorlesungen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagabend für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Feststellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

**In eigener Angelegenheit.** Zu der Auseinandersetzung mit dem Kollegen Möller-Halle erhalten wir von diesem nochmals eine Erwidlung, die darum soll, daß er mit seiner Aussage die Freiheit doch im Rechte sei. Er will zwar den Verbandstag als höchste Instanz gelten lassen, aber ein „Höchstrecht“, die Freiheit der Mitglieder innerhalb ihrer lokalen Angelegenheiten zu befreien, erkennt er nicht an. Nichtsdestoweniger gibt Möller jetzt zu, daß der Verbandstagsschluss zu Recht besteht; die Resolution sollte nur zum Ausdruck bringen, daß der Beschluss den halbischen Kollegen nicht als richtig erachtet. Die soziale Aufrichterhaltung des Verbandstagsschlusses im Bereich des Zweigvereins Halle scheint somit auch Kollege Möller nicht aufrecht halten zu wollen. Um übrigens konstatiert Möller, daß das, was er geschrieben hat, seine aufrichtige Meinung ist, daß er sich also der Pfaffen-Dresdner nicht bewußt war.

Wir haben dem nichts hinzuzufügen, als daß die Sache hiermit für uns erledigt ist.

**Chemnitz.** Mittwoch, den 25. September, tagte hier eine gut besuchte Maurerberatung mit der Tagesordnung: „Die Schädlichkeit der Auffordarbeit“. Der Einberufer gebüchelt zuerst des verstorbenen Kollegen Franz Nöthmann, den die Versammlung durch Erheben von den Plänen ehrt. Kollege Bachmann schilderte dann den Kollegen in ausführlicher Weise das Schädliche und Verwerfliche der Auffordarbeit; durch sie wurde die Arbeitskraft verschlechtert. Viele Kollegen gaben an, daß sie mit dem Stundenlohn nicht auskommen könnten und darum in Aufford arbeiten müssten. Bei den Maurern sei das Auffordersystem nicht so wie in anderen Berufen; es könne nicht jeder ein Stück Arbeit allein fertig machen. Solide bilden sich das Kolonistenstift. Da die Kräfte nicht gleich sind, der eine einen Biegel mehr ansetzt oder einen halben Meter mehr aufstellt als der andere, entstehen Reibereien, und das Solidaritätsgefühl und der Organisationsgedanke werden gelöscht; allerdings könnte man nicht durch Beschluß die Auffordarbeit aus der Welt schaffen. Auf dem diesjährigen Verbandstage wurde beschlossen, durch Auflösung dahin zu wirken, die Auffordarbeit zu befehligen. Darin seien auch die Berliner Büser mit eingeschlossen. Mehrere Diskussionsredner sprachen im Sinne des Referenten. Es wurde bestont, daß bei der Auffordarbeit die Gerüste mangels Haft gebaut werden und daher leicht Unglücksfälle vorkommen. Unter „Gewerbeschäftsliches“ wurde ein Antrag, den Kolportieren für das Kästner der Extrabrakte 2 pt. zu gewähren, angenommen. Ein weiterer Antrag, die Stützvorder, die jetzt ihre Tat einsehen und die durch Familienverhältnisse dazu gezwungen werden, aber nicht ins Gefängnis gebracht haben, wieder aufzunehmen, wurde abgelehnt. Ein dritter Antrag, dem Vertrauensmann, Kollegen Gaich, vom 1. Juli ab ein jährliches Gehalt von M. 1800, die Hälfte Beitrags zur Kranken- und Invalidenfasse und zur Unterstützungsstasse zu zahlen, wurde gegen 4 Stimmen angenommen.

**Cöln a. M.** In einer öffentlichen Büser- und Jüger-Versammlung (wann?) sprach Gauleiter Wuth über die Verkürzung der Arbeitszeit und die Schädlichkeit der Auffordarbeit. Die Versammlung war gut besucht, leider waren aber die ländlichen Kollegen, die der Auflösung dringend bedürfen, nur spärlich vertreten. In der Diskussion meinte ein Redner, die leichte Lohnbewegung hätte den Büsern und Jügern gar nichts gebracht; er hoffte, daß im Mai 1908 das Verfünftige nachgeholt werde. Der Vertrauensmann wünschte, daß besonders die ländlichen Arbeiter besser über das Kolonistenstift aufgeklärt werden. Es dürfe nicht vorkommen, daß der Gewerbergericht sich damit befassen muß. Ein weiterer Redner widerlegte Wuth die Ansicht, daß bei dem letzten Lohnkampfe nichts herausgekommen sei. Umgekehrt hätten die Büser und Jüger ganz wesentliche Verbesserungen erreicht: Verkürzung der Arbeitszeit, erhöhte Aufford und hauptsächlich Verbesserung des Kolonistenstifts. Früher habe der Schmiedeitegen den Überschuss eingekauft, jetzt teilen alle Kollegen gleichmäßig den Überschuss. Zum Schluss wünschte der Redner, daß die Kollegen die Versammlungen besser besuchen möchten.

In einer in der letzten Woche abgehaltenen Stützvorder-Versammlung wurde darüber Klage geführt, daß Büser unter Taxis Studiarbeit verrichten. Dies mag richtig sein, doch ist zu konstatieren, daß diese Büser keiner Organisation angehören.

**Schneidewinberg.** Du sollst nicht falsch denken. Wuth ist der Deinen nächsten. Dieses „göttliche“ Gebot scheint der christliche Maurerpoliz und „geisteige“ Führer der hiesigen Christen, Jacob Meiss, nicht zu kennen. Er beschuldigte nämlich zwei unserer Mitglieder, die Brüder Gustav und Gustav J. des Streitbruchs begangen in Duisburg bei der Firma Rieger im Jahre 1905. Nun ist bekanntlich im Jahre 1905 in Duisburg gar nicht gestreikt worden, so daß unsere Kollegen nicht arbeitswillig gewesen sein können. Dies ist dem Meiss auch sehr wohl bekannt. Die üble Nachrede ist lediglich ein Ausdruck der Wut und des Hasses gegen unsere Kollegen, weil jetzt auch Gustav J. dem Beispiel seines Bruders gefolgt und zu uns übergetreten ist. Wäre Gustav J. bei jenen geblieben, so würde Meiss diesen Vorwurf nicht erhoben haben. Beweis dafür ist, daß Meiss nicht seine Beurteilung erhebt, wo der Streitbruch tatsächlich ist. Wir erinnern nur daran, daß im Jahre 1905, während der letzten zwei Wochen der Ausperrung, zwei

Gebüder von hier in Dortmund bei der Firma Hamelmann gearbeitet haben, obgleich der Unternehmer ausgesperrt hatte. Diese Tatsache war dem Meze, der damals Vorsitzender der hiesigen christlichen Zunftstelle war, bekannt, und trotzdem sind jene beiden nicht zur Verantwortung gezogen, sondern heute noch „Zierden“ ihrer Organisation. Dem Meze wird Gelegenheit gegeben, seine Behauptungen an Gerichtsstelle zu vertreten.

**Hersbrück.** Schon zum wiederholten Male hat unser Gauvorstand verfügt, in unferem Städtchen einen Zweigverein unseres Verbandes ins Leben zu rufen, resp. unsere Kollegen dem Verbande der Maurer Deutschlands zuzuführen, aber immer ist es an der Interessefolosigkeit unserer Kollegen gescheitert, obwohl sie früher schon einmal fast alle dem Verbande angehört. Eine damals gefestigte Lohnforderung ging fast glatt, ohne Kampf, durch, und somit dachten unsere Kollegen, eine Organisation nicht mehr nötig zu haben. Am 6. Oktober d. J. kam endlich nach vielen Jahren wieder eine Versammlung zu stande, die sehr gut besucht war. Kollege Mertel aus Nürnberg hielt einen Vortrag über: „Die Organisation“. Nach Beendigung desselben ließen sich 20 Kollegen sofort in den Verband aufnehmen, wozu noch etwa 10 Kollegen, die teils in anderen Zweigvereinen und im österreichischen Verband bereits Mitglieder sind, hinzutreten werden, so daß der neu gegründete Betrieb etwa 50 v. p. der am Orte vorhandenen Maurer zu seinen Mitgliedern zählt. Hoffentlich werden unsere Kollegen von Hersbrück und Umgebung, die dem Verbande noch nicht angehören, bis zur nächsten Versammlung, die Sonntag, den 20. Oktober, stattfindet, alle beitreten und diesmal auch treue Mitglieder des Verbandes der deutschen Maurer bleiben, was zur Zeit für jeden so notwendig ist, wie das Brot zum Eßen, da uns in Bahnen für das nächste Jahr große Kämpfe bevorstehen.

**Kattowitz.** Am 24. September tagte hier eine öffentliche Maurerversammlung, die trotz der guten Konjunktur nur sehr schlecht besucht war. Als Referent war Genosse Hase erschienen, der in vor trefflicher Weise die Ursachen der Arbeiter-Eine und Auswanderung schilderte. Nachdem der große Beifall, der dem Vortrage folgte, verhöhlt war, folgte eine kurze Diskussion, in der Kollege Benedict im Sinne des Referenten sprach und auf einige Missstände allgemeiner Natur hinwies, die die Arbeiter zur Auswanderung treiben. Auch dem Kollegen Benedict wurde für seine Ausführungen lebhafter Beifall gezeigt. Mit der Mahnung an die Kollegen, das Gedöte weiter zu verbreiten und die Indifferenzen aufzulösen, schloß der Vorsitzende, Kollege Brose, mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands die Versammlung.

**Leipzig.** Die Maurer hielten am 24. September im Vollmerhause eine öffentliche Versammlung ab. Der angelegte Vortrag über: „Die Entwicklung der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen Deutschlands“ mußte von der Tagesordnung abgefeiert werden, da der Referent verhindert war, zu erscheinen. Unter „Innere Berufsausgelegenheiten“ sprach Kollege Bauersfeld über die Schwierigkeit der Innenausbau im Winter bei offenen Fenstern, ferner über die Resolution der Bauarbeiterkostkommission über verfassungsweise Anstellung eines Arbeiters als Baufontrolleur. Kollege Berthold, beantragte hierzu, bei der Zentralausschüsse für Bauarbeiterkost Anzurufungen, wie sich die Einrichtung in anderen Städten bewährt habe. Dieser Antrag wurde angenommen. Kollege Diener beschwerte sich über die Entziehung des „Grundstein“. Nach der Auflösung vom Kollegen Berthold wurde diese Sache als erledigt betrachtet. Kollege Jacobi kritisierte die Behandlung der Kollegen durch den Polier Schulz bei der Firma Gansauge & Tieff. Es wurde eine entsprechende Resolution angenommen. Kollege Berthold gab bekannt, daß außer einigen unorganisierten auch drei organisierte Kollegen nach Celle gereist sind und dort Reisegeld erhalten haben, dieses aber nicht zurückgezahlt haben. Die Versammlung forderte diese Kollegen auf, das Reisegeld sofort zurückzuzahlen. Falls sie sich weigern, soll der Vertretungsmanne beim Hauptvorstand den Ausschluß beantragen. Kollege Bauersfeld forderte die Kollegen, von den Unternehmern zu Unrecht abgezogene Krankenfassenbeiträge zurückzufordern. Schließlich erfuhr er die Kollegen, in den Herbst- und Wintermonaten nur bis Lagekasse und Sonnabends nur bis  $\frac{1}{2}$  Uhr zu arbeiten.

**Mittweida.** Sonnabend, den 6. Oktober, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung in der „Sängerhalle“ statt, die leider schwach besucht war, was einerseits auf die schlechte Witterung, andererseits auf die Gleichgültigkeit der Kollegen zurückzuführen ist. Unter „Vereinsangelegenheiten“ wurde zur Sprache gebracht, daß diejenigen Kollegen, die bis zur nächsten Versammlung die Extrabeiträge noch nicht bezahlt haben, veröffentlicht und aus dem Verbande ausgeschlossen werden, worauf an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht wird. Weiter wurde bekannt, daß in nächster Zeit eine Theateraufführung stattfindet, die vom Gewerkschaftskartell arrangiert wird. Zu diesem Unternehmen wird die Unterstützung aller Kollegen erbeten. Besonders zur Pflicht gemacht wird den Kollegen, fünfzig der Versammlungen besser als bisher zu befreien, damit wir die Erfolge, die wir in den letzten drei Jahren errungen haben, auch hochhalten, und noch weitere Fortschritte machen können. Die Versammlungen finden wieder regelmäßig jeden ersten Sonnabend im Monat in der „Sängerhalle“ statt.

**Schleiz.** Am 1. Oktober tagte hier eine Mitgliederversammlung, die sehr schwach besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Mitgliedes Richard Puffe, dessen Andenken durch Erheben von den Plänen geehrt wurde. Erster Punkt der Tagesordnung war Wahl der auf uns entfallenden Mitglieder der Gewerkschaftskommission. Kollege Küffner gab bekannt, daß in letzter Zeit nur die Vorstandsmitglieder die Kommission gebildet haben, was aber wegen Überhäufung der Vorstandsmitglieder mit Arbeit nicht mehr durchzuführen ist. Daraufhin wurden vier Kollegen gewählt. Zum Punkt „Beschiedenes“ forderten mehrere Kollegen, daß der Extrabeitrag von den sämtlichen Mitgliedern streng eingezogen werden müßte; die Hofsässier wurden aufgefordert, in nächster Zeit die Mit-

gliedsbücher sämtlicher Kollegen einzuziehen, damit genau festgestellt wird, wieviel die Kollegen eigentlich rücksichtslos sind. Kollege Küffner gab noch bekannt, daß Mitte Oktober eine öffentliche Maurerversammlung stattfindet, zu der möglichst alle Kollegen erscheinen müssen. Die Kollegen sollten jetzt schon auf den Baustellen für diese Versammlung agitieren, damit auch die sämtlichen Kollegen einmal erscheinen und einen Begriff davon bekommen, worüber der Gauvorstand referiert. Zum Schlusse wurde darauf hingewiesen, daß vom 1. Oktober an die Baubuden einer verschärften Kontrolle unterzogen werden müssen. Damit wurde die Versammlung geschlossen.

**Stettin.** Eine recht interessante statistische Aufnahme hat der Zweigverein Stettin veranlaßt, die allerdings auch ziemlich viel Mühe und Arbeit gefordert hat. Gegenwärtig arbeiten in Stettin 556 Maurer, das ist die Hälfte derselben, die im Jahre 1899 dort beschäftigt waren, damals waren es 1106. Von den 556 haben 431 brauchbar ausfüllbare Fragebögen zurückgegeben. Diese verteilen sich auf die verschiedenen Altersgruppen wie folgt: Unter 20 Jahren: 12, im Alter von 20 bis 25: 26, 25 bis 30: 91, 30 bis 35: 120, 35 bis 40: 88, 40 bis 45: 32, 45 bis 50: 33, 50 bis 55: 17, 55 bis 60: 8, über 60: 4 Kollegen. Dabon sind 351 Kollegen verheiratet, die 839 Kinder unter 14 Jahren haben, und 80 unverheiratet. Von den 431 sind 368 Mitglieder des Zweigvereins Stettin; 68 gehören anderen Zweigvereinen an. Männlich dem Verein Böll 21, Hammer 11, Biegenort 9, Altona 9, Bödabach 8 und Greifenhagen, Hammelskall, Jakutien, Bösewitz und Böldenberg je 1. Von den 368 Stettiner Mitgliedern Wohnen 268 in Stettin, 30 in Bredow, 16 in Nennig, 12 in Pommersdorf, 11 in Grabow, 8 in Lübarsdorf, 7 in Schenke, 4 in Fraenendorf, 2 in Bölkow, 2 in Glogow, und je 1 in Hinsendorf, Kreftow, Königswalde, Lubin, Polow, Schönigen, Stolzenhagen, und Wulfow. Der Weg von der Wohnung zum Arbeitsschäftsstätte beträgt bei 27 unter 10 Minuten, bei 77: 10 bis 20 Minuten, 127: 20 bis 30 Minuten, 61: 30 bis 40 Minuten, 61: 40 bis 50 Minuten, 48: 50 bis 60 Minuten und bei 81: 60 Minuten. Das Mittagsessen konnten bei 18 Minuten 102 Kollegen zu Hause einnehmen, bei einstündigem Pause waren es noch 34, während 397 Kollegen auf den Arbeitsplätzen blieben, in deren Nähe sieben mußten. Von den Kollegen erklärten sich 102 für eine Behaltung 1½ stündiger Mittagspause, während 319 lieber eine einstündige Pause wünschen, wenn sie das später am Morgen anfangen können. 41 Kollegen sprachen sich 1½ stündige Mittagspause und späteren Anfang aus. Am Wochenende wütete (pro Jahr) zwischen 100 und 125 verhältnisweise verdeckte Kollegen: unter M. 100: 19, M. 100—125: 24, M. 125—150: 53, M. 150—175: 25, M. 175—200: 104, M. 200—225: 68, M. 225—250: 80, M. 250—275: 10, M. 275—300: 9, über M. 300: 9. Die ledigen 26 Kollegen, die Angaben darüber machen, zählen unter M. 100: 19, M. 120: 2, M. 130: 2, M. 140: 1, M. 150: 1, M. 240: 1. Die Wohnung bestand bei 65 Kollegen aus einem Zimmer, bei 186 aus Stube mit Kammer, bei 113 aus zwei Zimmern, bei 22 aus drei Zimmern, bei einem aus 4 Zimmern. Im Haushalt von 35 Kollegen waren die Frauen erwerblich tätig, und zwar drei in der Landwirtschaft, die übrigen in der Konfektion, Plättler und häuslichen Diensten.

Der Stettiner Kollegen ist wegen dieser Darstellung Anerkennung zu zollen. Im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und derartige Maßnahmen gute Mittel; die Kollegen allerorts sollten darum den gleichen Weg einschlagen.

### Wühlen, Würgen, Welschen.

Was darunter zu verstehen ist, weiß jeder Kollege: Das wahnwitzig-härtige Arbeiten, das den Kopf schwitzen läßt, das Werk verzieht, die Knochen vorzeitig gernmacht, das Produkt verdickt, und den Geldbeutel des Unternehmers füllt. Gegen dies dreifache W wendet sich im „Bauarbeiter“, dem Organ der österreichischen Kollegen, ein Wiener Maurer in recht temperamentsvollen Ausführungen, die vielleicht auf in Deutschland etwas Gutes wirken könnten. Der Wiener Maurer nennt das Nebel „pantischen“, der Name ist also verschieden — auch bei uns hat man verschiedene Bezeichnungen dafür —, aber das Nebel selbst ist überall gleich verheerend und schrecklich.

Der Kollege schreibt: Welches Maurer, der schon längere Zeit in Wien arbeitet, hätte noch nicht gepantzt? Wenige, vielleicht kein einziger kann mit gutem Gewissen Nein! sagen. Keber kennt das Verwölkliche dieser unmenschlichen Kreißerei und doch ist es bisher nicht gelungen, das Pantische auszurotten. Ja, es ist nicht einmal ein Grund zu finden, warum gepantzt worden ist. Einer schüttet die Schulde auf den anderen, alle zusammen schämen sich, gepantzt zu haben, und alle zusammen pantischen. Wer kommt das? Von der Dummheit und dem Stolz. Nicht umsonst sagt das Sprichwort: Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz. Es ist zwar grob, wenn ich sage, Dummheit und Stolz sind die Ursachen der Pantischen; aber wahr ist es und wir werden gleich sehen, wie richtig meine große Behauptung ist. Meist geht es wie folgt dabei zu. Der Polier besiegt die Front und wenn er ein g'schäute Puschke ist, was meist der Fall ist, lernt er einige Maurer an, sie sollen die Peieler schnell waschen lassen. Damit seine Schmeichelei besseres Gehör findet, verspricht er den Maurern, die zum Pantischen aussersehen würden, irgend eine Kleinigkeit. Nur geht es los. Die vom Polier eingefädelten Pantischen hauen darauf los, was das Heug hält, die anderen bemerken, daß sie um einige „Schoren“ (Schötten) schon zurück sind, und machen es nun ebenfalls den Pantischen nach. Auf einmal pantzt die ganze Front und der Polier steht im Winde und reibt sich vergnügt die Hände über die Dummheit der Maurer. Die einen waren dummen genug, sich einfangen zu lassen, und die anderen sind zu stolz, um zurückzuleben; auch sie wollen zeigen, daß sie was können. Das Jagt ist, daß in wenigen Stunden die Pantischen beginnen, ohne daß der Polier den bekannten Kniff angewendet hat. Greulich geht es zu, wenn gepantzt wird. Die Weiber können nicht genug Mörtel herbeischaffen, die Taglöchner werden angebrüllt, sie sollen Biegel herbeibringen, alles arbeitet fieberhaft, unmenschlich. Ist die Gleiche fertig, die Bogen geschlossen, dann fragen die Maurer, warum haben wir gepantzt? Dann kommt ihnen zum Bewußtsein, daß sie förmlich dummen waren, aber nächstes Mal machen sie es wieder genau so. Mir sind

Fälle bekannt, wo der Polier selbst dajuwischenfahnen mußte, weil die Arbeit gar zu schleuderhaft war. Denn beim Pantischen kommt es auch vor, daß, weil der Mörtel fehlt, Biegelstücker unter die angelegten Biegel gelegt werden, damit die „Edar“ gleich ist. Dieselbe Methode wird auch beim Bößen der Bogen angewendet. Durch diese verbrecherische Schleuderarbeit kann ein großes Unglück gezeugt und darum regt sich manchmal das Gewissen des Poliers und er greift hemmend in die Pantischei ein. Dem Polier allein die Schulde zu geben, daß gepantzt wird, fällt mir nicht ein. Der Maurer pantzt und nicht der Polier. Der Maurer hat menschlich, ordentlich zu arbeiten, aber nicht zu pantzen und eine Saararbeit herzustellen, die zur Katastrophe führen kann. Dann kommt noch hinzu, daß wegen des Pantischen Streitigkeiten entstehen, die der Einigkeit unter den Maurern abträglich sind. Ferner werden dadurch die Maurer und Hülfsarbeiter früher arbeitslos, wenn sie so unerhört rädern. Ich will nun den Kollegen sagen, wie es mir gelang, auf einem Bau das Pantischei zu besiegen. Die Arbeit war damals ebenso knapp wie jetzt ich mußte, weil nichts Besseres in finden war, beim Antoni anfangen, ein berüchtigter Pantischer. Ich erhielt, zum Glück kann ich wohl sagen, einen recht alten Kollegen zum „Spezi“ (Kollegen), der früher Polier war, nun aber als solcher ausgebildet hatte. Wir zwei standen in der Front, es waren Gassenpfeifer. Die anderen pantzten sich frischfrisch drauf los. Wir beide lamen niemals „aus dem Kreuz“, denn als wir begemt arbeiten konnten, wurde schon wieder ein Gerüst gemacht und wir mußten uns wieder hinzubüden. Aber wir lieben uns nicht mehr machen. Sicherlich arbeiteten wir fort. Der Polier kam zwar wiederholzt zu mir und wollte uns „tibigen“ (antreiben), aber ich war kein Landsmann, ich antwortete jedesmal: „Ich arbeite und pantzen, mag ich nicht.“ Dabei blieb es auch. Die anderen Maurer waren auf der Gleise (Etagenabschluß), die Bogen rechts und links von unserem Peieler mussten aussteigen; denn in die Luft war nicht zu wölben. Wir beide machten die beiden Bogen auch fertig und als das beendet war, hatten die anderen Maurer bereits die Hofspeile, ohne gepantzt zu haben, auf die Gleise gebracht und wollten auch die Bogen zu. Sie schimpften ganz gewaltig, weil sie auch nicht mehr Lohn bekommen wie wir, trotzdem sie die doppelte Arbeit geleistet hatten. „Da pfeifen wir aufs Pantischei“, sagten sie und aus was mit der wahnwitzigen Räderei. Die Pantischei aber war auf diesem Bau abgetan. Damit will ich gezeigt haben, daß die Pantischei nicht sein muß. Der Polier soll reden, soll meinetwegen schreien, ich arbeite ruhig, ordentlich fort, denn der Maurer wird nur für das Arbeiten, nicht aber für das Pantischei bezahlt. Polier und Meister müssen ordentlich und anständig arbeiten. Wollen sie mehr haben, dann mögen sie selber mit zugreifen. Die Maurer haben dann in der Hand, wie auf dem Bau gearbeitet wird, wild oder anständig, ordentlich oder schleuderhaft. Eine Ausreden auf den Polier ist kindisch, denn nicht der Polier, sondern der Maurer pantzt; der Maurer arbeitet, nicht der Polier. Zu was die Weiber so schänden, die Taglöchner martern? Zu was rädernt sich der Maurer beim Pantischen so unmenschlich und stellt eine Arbeit her, daß der Saugraut? Daß er früher arbeitslos wird und die Maurerei ganz auf den Hund kommt. Denn wenn gepantzt wird, und es kommt der Arzthelft und sieht die Pantischei, wer wird dann hergenommen? Natürlich die Maurer! Sie sind es, die so hingestellt werden, als wären sie gar keine Maurer, sondern „Schuster“. Zum Schaden gesellt sich also auch noch der Schimpf. Daß aber nicht gelang wird, gepantzt wird ja nur auf den Bauten, die auf dem Fuchsen oder Drachsfeld oder bei der Schmied aufgeführt werden! Nein! Gepantzt wird auch in den inneren Bauten, und wie ich aus Erfahrung weiß, sogar auf sogenannten Monumentalsbauten. Es kommt nämlich gar nicht darauf an, wo der Bau steht und was er wird, sondern wer ihn baut. Und es gibt Firmen, die sich den Schein der höchsten Solidität zu wahren wünschen, sich aber gelegentlich von einem wahnwitzigen Pantischei gar nicht unterscheiden. Ob es mir gelungen ist, die Kollegen dazu zu bringen, nicht zu pantzen, weiß ich nicht, aber ich will es hoffen. Jeder Maurer weiß, daß er nicht pantzen soll. Also, es gilt nur, anzugreifen und es wird gehen. Werfe jeder einzelne die Dummheit und den Stolz weg und die Pantischei ist geweichen. Sollte es aber noch weiterhin dumme Maurer geben, so sollen sie allein pantzen, die wahnwitzigen sollen weniger nicht mittun. Auch auf diese Art ist die blöde Pantischei umzubringen.

NB. Nun wird die „Arbeitgeber-Zeitung“ natürlich wieder: ca canny! schreien.

### Aus Belgien.

Der belgische Bauarbeiterverband hat am 8. und 9. September in Antwerpen einen allgemeinen Kongress abgehalten, um sein Statut festzulegen und andere organisatorische Notwendigkeiten zu besiezen. Der Verband ist erst im Jahre 1906 provisorisch gegründet worden. Damals bestanden in Belgien nur in einigen Orten Maurergewerkschaften oder gemischte Vereine, so in Nivelles (400 Mitglieder), Verbiers (600), Gent (90), Antwerpen (1000). Der Einladung der Generalcommission der belgischen Gewerkschaften zur Gründung eines Verbandes der verschiedenen baugewerblichen Vereine hatten 16 Vereine Folge geleistet, deren Vertreter im März 1906 in Brüssel eine Konferenz abhielten. Die Delegierten von 15 Gewerkschaften stimmten für die Gründung eines Verbandes der Baugewerksarbeiter, und damit für den Anschluß an die belgische Arbeiterpartei (Partie socialiste). Ein Verein (Antwerpen) stimmte dagegen und lehnte seinen Anschluß ab. Dieser Verein blieb bis jetzt gekreist von der Generalleitung der Gewerkschaft der Bauarbeiter. Die angegliederten Vereine beschlossen, 10 Centimes pro Mitglied und Monat für die Agitation und die Dedung der Kosten des Landes-Sekretariats zu bezahlen und ferner die Beiträge für den Anschluß an die belgische Arbeiterpartei. Im ersten Börseljahr 1906 empfing die Fédération als Gesamtbetrag aller angegliederten Vereine für 1400 Mitglieder 30cs. 140 monatlich. Am 30. Juni 1907 betrug die Zahl der Mitglieder der verschiedenen Landeszentren: Brüssel 400, Gent 400, Charleroi 80, Huy 125, Nivelles 3200.

Mouscron 60, Namur 125, Soignies 40, Antwerpen 150, Bruxelles 700. Insgesamt 5315 Mitglieder.

Der Antwerpener Verein hat sich von dem ältesten Verein abgesondert und sich im April d. J. der Fédération angeschlossen, weil das unabhängige Syndicat fortgesetzt seine Beziehungen mit der zentralen Bauhandwerker habe wollte. Der neue Verein rechnet darauf, bald eine Mitgliederzahl von größerem Umfang zu haben. Fast alle Vereine, zwei ausgenommen, sind in fortwährender Entwicklung. Die Beiträge schwanken zwischen 75 Centimes und Frs. 2, monatlich und zwischen 30 und 60 Centimes wodurch.

Die mittleren Löhne der hauptsächlichen Arbeiter betragen 35 Centimes pro Stunde; die tägliche Arbeitszeit ist 10 Stunden. Der Provinzialrat von Brabant hat beschlossen, unter die Submissionsbedingungen für öffentliche Bauten die Bedingung einer Lohnhöhung von 25 pft. von der ersten Arbeitsstunde an aufgenommen.

Seit dem ersten Vierteljahr 1907 zählen die der Fédération angeschlossenen Vereine einen Extrabeitrag von 20 Centimes pro Mitglied und Monat für die Streikfalle. Diese Kasse darf nur eingespiert im Falle von Konflikten von 1909 an, d. h. die Einnahmen werden während dieser Jahre aufgesammelt, um einen Kassenfonds zu bilden.

Auf dem jetzt abgeschlossenen Kongress waren 12 Vereine mit ca. 5000 Mitgliedern durch 27 Delegierte vertreten. Das Statut wurde definitiv beschlossen. Der Beirat an die Verbandsstätte wurde auf 30 Centimes pro Mitglied und Monat festgesetzt, wodurch 20 Centimes für den Streikfonds reserviert werden sollen. Aus dieser Kasse sollen erst nach zweijährigem Bestehen des Verbands Unterstützungen im Betrage von Frs. 2 pro Tag und Mitglied auf die Höchstauer von 30 Centimes gezahlt werden. Der Beirat an die Partei- und Gewerkschaftskommission wurde auf 60 Centimes pro Mitglied und Jahr festgesetzt. Neben die Beiträge in den Mitgliedschaften wurde kein Beitrag gelegt; der Kongress sprach jedoch den Wunsch aus, es möge kein Verein unter 30 Centimes pro Woche erhalten. Die Kosten für die Agitation soll die Verbandsstätte tragen, und zur Belebung der Agitation und zur Förderung der Organisation soll auch ein Fadblatt herausgegeben werden. Um dies vorzubereiten, wurde eine Kommission gewählt, die vor Ablauf von zwei Monaten Bericht erstatten soll, damit das Blatt eventuell am 1. Januar 1908 herausgegeben werden kann.

Der Sitz des Verbands ist Brüssel, Volkshaus (Maison du Peuple); die Geschäfte führt Kollege Bergmanns, Sekretär der belgischen Gewerkschaften.

### Ein Blick auf die Maurerbewegung in Finnland.

Einige bürgerliche Politiker gründeten vor 24 Jahren in Helsingfors den ersten Arbeiterverein und bald nachher auch andere. Diese waren gemeinsam für Arbeiter älter, also auch für Maurer. Später wurden besondere Fachvereine errichtet; man wollte die Arbeiter in diesen Vereinen zähm machen; mit der Zeit wurde das natürlich unmöglich. Die großen sozialen Mühlen zwangen die Arbeiter zum Klassenkampf; die Flammen dieses Kampfes zeigten sich außerhalb und allmählich auch innerhalb der von den Bürgerlichen gegründeten Vereine. Es entstanden heftige Streitigkeiten. Das Resultat war: die bürgerlichen Gelehrten und Unternehmer entfernten sich aus den Arbeitervereinen, die Klassenbewußten Arbeiter blieben; sie zogen in die Vereine mehr und mehr. Gleichgesinnte aus den Reihen des Proletariats und gründeten neue Organisationen. Im Jahre 1891 wurde ein Fachverein für Maurer in Helsingfors gegründet, im Jahre 1898 waren deren sieben in anderen Städten; damals schon alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehend. Der erste Maurer Kongress war in demselben Jahre; ein Zentralvorstand wurde eingesetzt. Man hatte die Absicht, einen starken Verband zu bilden. Die finnische Regierung, der Senat, hatte sich jedoch das Recht angeeignet, zu bestimmen, welche Verbände als legale gestattet sein sollten. Die Statuten dieser Verbände sollten vom Senat selbst und im Namen des russischen Kaisers bestätigt sein. Die Arbeiter waren gewungen, sich dieser Praxis zu beugen; dreimal ließen die Maurer ihre Statutenentwürfe dem Senat vorlegen, aber sie wurden nicht bestätigt. In den Jahren 1899 bis 1904 herrschte in Finnland soziale Kluft; die organisierten Arbeiter konnten nicht einmal sicher sein, ob sie ihre Vereinsbücher und -kassen behalten durften. Das normale Gedanken der öffentlichen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung war unmöglich, die Täufstafel der Arbeiter rückte sich mehr auf das politische Gebiet. Das alles erklärt, weshalb die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Finnland relativ schwächer ist als die politische. Durch politische Kämpfe wurden einige Bürgerrechte im Jahre 1905 zurückgewonnen. Die Statuten des Maurerverbandes wurden im folgenden Jahr bestätigt. Im Jahre 1905 hatten die Maurer 9 Organisationen mit 600 Mitgliedern, im Jahre 1906 21 Organisationen mit 1500 Mitgliedern. Da es in ganz Finnland nur etwa 2500 Maurer gibt — infolge des Waldbruchs werden viele Bauten aus Holz errichtet —, so ist der Einfluss der Organisation auf die Kollegen von großer Bedeutung.

Das Eintrittsgeld schwankt zwischen 50 Penni und Frs. 5, der Monatsbeitrag zwischen 50 Penni und Frs. 1. Das sind die einzigen obligatorischen Beiträge. Freiwillig bezahlen die Maurer gern für Streitkostenförderung und für außerordentliche politische Bedürfnisse. Im Jahre 1906 waren die Einnahmen sämtlicher Maurerorganisationen ca. Frs. 16 000, die Ausgabe Frs. 11 000 und der Wert des Eigentums ca. Frs. 15 000. Der Vorstand bezieht von den Lokalorganisationen (Abteilungen) Frs. 2 pro Mitglied und Jahr. Besondere Unterstützungsstätten gibt es nur einige, und auch diese sind sehr klein.

Die kleinen Vereine haben relativ zahlreiche und große Kämpfe geführt. Die meisten um Lohnhöhung. Noch vor zehn Jahren bezahlte man z. B. im Sommer nur 20 bis 30 Penni Stundentlohn. In den ersten Kampfjahren gewannen die Maurer nur gelegentliche Erfolge; erst in den letzten Jahren erlangten sie feste, durch soziale Beiträge garantierter Löhne. Es gibt für Maurer folgende Minimallöhne: 45 Penni im Winter, 50 Penni im Sommer; 50 Penni in allen Jahreszeiten; in Helsingfors 65 Penni, für Pugger 60 bis 70 Penni. Die

Aufstandsbewegung ist nur in einigen Gegenden verboten, in den meisten gestattet; sie wird in den größten Städten nach seitigen Taxen bezahlt. In Helsingfors verdiene die Aufstandsbewegung zur Zeit Frs. 1 pro Stunde und mehr. Für Überarbeit wird man Aufschlag von 50 bis 100 pft. für das Baugebiet in Helsingfors gibt es auch einen Lehrlingsvertrag; auf einem Arbeitsplatz dürfen nur drei Lehrlinge sein, der Tagelohn beträgt mindestens Frs. 2, die Lehrzeit ist eine dreijährige und erstreckt sich auf wenigstens 18 Arbeitsmonate.

Die mittleren Löhne der hauptsächlichen Arbeiter betragen 35 Centimes pro Stunde; die tägliche Arbeitszeit ist 10 Stunden. Der Provinzialrat von Brabant hat beschlossen, unter die Submissionsbedingungen für öffentliche Bauten die Bedingung einer Lohnhöhung von 25 pft. von der ersten Arbeitsstunde an aufgenommen.

Seit dem ersten Vierteljahr 1907 zählen die der Fédération angeschlossenen Vereine einen Extrabeitrag von 20 Centimes pro Mitglied und Monat für die Streikfalle. Diese Kasse darf nur eingespiert im Falle von Konflikten von 1909 an, d. h. die Einnahmen werden während dieser Jahre aufgesammelt, um einen Kassenfonds zu bilden.

Auf dem jetzt abgeschlossenen Kongress waren 12 Vereine mit ca. 5000 Mitgliedern durch 27 Delegierte vertreten. Das Statut wurde definitiv beschlossen. Der Beirat an die Verbandsstätte wurde auf 30 Centimes pro Mitglied und Monat festgesetzt, wodurch 20 Centimes für den Streikfonds reserviert werden sollen. Aus dieser Kasse sollen erst nach zweijährigem Bestehen des Verbands Unterstützungen im Betrage von Frs. 2 pro Tag und Mitglied auf die Höchstauer von 30 Centimes gezahlt werden. Der Beirat an die Partei- und Gewerkschaftskommission wurde auf 60 Centimes pro Mitglied und Jahr festgesetzt. Neben die Beiträge in den Mitgliedschaften wurde kein Beitrag gelegt; der Kongress sprach jedoch den Wunsch aus, es möge kein Verein unter 30 Centimes pro Woche erhalten. Die Kosten für die Agitation soll die Verbandsstätte tragen, und zur Belebung der Agitation und zur Förderung der Organisation soll auch ein Fadblatt herausgegeben werden. Um dies vorzubereiten, wurde eine Kommission gewählt, die vor Ablauf von zwei Monaten Bericht erstatten soll, damit das Blatt eventuell am 1. Januar 1908 herausgegeben werden kann.

Der Sitz des Verbands ist Brüssel, Volkshaus (Maison du Peuple); die Geschäfte führt Kollege Bergmanns, Sekretär der belgischen Gewerkschaften.

### Aus Amerika.

Auch unsere amerikanischen Kollegen bleiben zusammen mit den Behörden nicht erwart. Zwei Agitatoren unserer Bevölkerungsorganisation waren in Südkarolina tätig, um dort die Organisation auszubreiten. In einem kapitalistisch verdeckten Nest Newberry wurden diese beiden Kollegen, Gordon und Borden, auf Veranlassung des Bürgermeisters Brown von einem Bödelshausen angefallen, misshandelt und schließlich nach ihrer Verhaftung freigesetzt. Bürgermeister und Polizeichef handeln dabei und töten nichts, um die beiden unglücklichen Leute zu töten, forderten im Gegenteil noch zu weiteren Misshandlungen auf, und geschehen es, daß man ihnen die Böden formt, so daß der eine Kollege zu Fuß bis zu einem anderen Ort wandern mußte. Den anderen war es nur dadurch möglich, sein Leben zu retten, daß er in einen Eisenbahnzug sprang, wohin ihm der sinnlose Kapitalistreiche Bödelshausen nicht folgen konnte. Thos Bricklayer and Mason protestiert in einem längeren Artikel entschieden gegen diese Gefangenüberbringung, der er sagt, daß sein der 42-jährigen Besitzer der Union noch nie detestiert seinen Mitgliedern passiert wäre. Das ist möglich. Wenn sich diese Fälle in Amerika noch etwas vermehren, dann dürfte es bald zu deutschen Zuständen gelangen.

### Central Krankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 29. September bis 5. Oktober sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verbindung in Dritter M. 350, Langenbach 200, Treibis a. d. Elbe 200, Nördorf 200, Bäder 200, Wensendorf 200, Eilenburg 180, Riesa 150, Döbeln 150, Bries 150, Eilenburg 148, 96 Liebenau 120, Jordan 120, Paradies 100, Friedau 100, Leipziger Straße 70, Chlau 50, Wolfs 50. Summa M. 2888,27. Böndorf erhielt: Leipziger M. 250, Lippoldsweiler 180, Naibach 100, Wannsee 100. Summa M. 580.

Altona, den 5. Oktober 1907.

Karl Reiss, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinheiten, überhaupt von allen wichtigen Vor kommunisten auf den Bauten schriftstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Brassau schreibt: Am 1. Oktober stürzte der Kollege Horstmann auf dem Neubau Sommer in der Lammstraße durch Auszugsen auf einer Leiter ein Stahlwerk ließ herab. Schwerverletzt wurde er nach dem herzoglichen Krankenhaus gebracht. Der Kollege schreibt mir erst von vier Wöchen herberat.

Delijsch. Am 20. September stürzte der Kollege Aug. Biehm vom Dach und brach einen Oberschenkel. Er wurde nach Halle in die Klinik gebracht.

Graudenz. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am 21. September am Neubau des Unternehmers Niedmann in der Lindenstraße. Die Kollegen Godda, Panst, Kunold und Rutzschki waren in der Höhe der vierten Etage mit Fassadenputz beschäftigt, als plötzlich eine Windstrippel entzweiriss und die Durchbindungsstange brach. Die drei existierenden Kollegen stürzten sich an den Fenstern und am Balkon der dritten Etage festhalten und vor dem Absturz retten, während Joseph Rutzschki, bis auf den Erdboden fiel. Verbrannte Glieder und innere schwere Verletzungen waren die Folge des grauenvollen Sturzes. Am 21. September ist der erste 38 Jahre alte Kollege seinen Verletzungen im städtischen Krankenhaus erlegen. Der Unfall ist, wie schon gesagt, auf schlechtes Bindematerial zurückzuführen; doch rägt das ganze Gerüst nichts. Es sollte sich auch kein Kollege dazu hergeben, aus dem schlechten Material ein Gerüst zu bauen und darauf zu arbeiten. Wann endlich werden die Graudener Kollegen mehr Rücksicht auf ihr Leben und ihre Gesundheit nehmen? Und wann vor allem wird die Graudener Polizeibehörde solchen Müheländern, entgegentreten? Die Unfälle haben in Graudenz in diesem Jahre einen erschreckenden Umfang angenommen. Es ist die höchste Zeit, daß die Behörde den Bürgern ein energetisches Gesetz gebietet.

Mälich. Der Kollege Müller, beim Unternehmer Westphal beschäftigt, fiel am 20. September beim Filzen des Dedenpuses so unglücklich vom Gerüst, daß er eine Schädeldeckenfraktur und eine Gehirnblutung erlitt. Obwohl er nur 4 m tief herabfiel, sind die Verletzungen doch so schwer, daß er bis zum 20. September das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt hatte.

Winnenden. Wie Menschenleben durch die ununterbrochene Arbeitserlei von Polieren zu grunde gerichtet werden, das zeigt wieder nachstehender Fall: Am 26. September, kurz vor Arbeitsende, ereignete sich an einem Neubau in der Königstraße ein Unglücksfall. Dort führt die Firma Schömann Steinmechaniken aus. Der neugetriebene Polier Gustav zeigte sich dabei besonders durch ungünstige Kreuzer aus, wodurch dem Unternehmer seine Tüchtigkeit zu zeigen. Trotz Abtrats der Steinmechaniken mußten diese auf Befehl des Herrn Gustav kurz vor Beierend rasch noch mit einer sogenannten Patentzange, die in Fachkreisen als höchst ungünstig gilt, einen 9. Benther sogenannten Stein aufziehen. Das Höchstgewicht für eine Patentzange wäre eigentlich 4 Beiner. Die Steinmechaniken wollten den Stein in den sicherer Art aufziehen, wie die übrigen Steine, aber der „gestrengte Herr Polier“ wollte dies nicht. Die Zange mußte genommen werden. So kam es, daß der Stein, als er 1 m über dem Boden schwachte, ins Pfiffel kam, wobei dem 25-jährigen Steinmechaniker die linke Hand vollständig zerquetscht wurde. Bezeichnend ist es, daß, als dabei von dem Stein eine Ede wegprang, Polier Gustav sein Bedauern darüber ausprach, während er über die zerquetschte Hand des Steinmechanikers den Wort des Pfiffels verlor. Wir müdten dem verantwortlichen Bauleiter sagen, daß so wenig gewissenhafte Elemente zu einem Polierposten nicht geeignet sind.

Oberglogau. Bei den Renovierungsarbeiten an der hiesigen Kirche sind fünf Maurer und Bauarbeiter mit einem ungeschickt hergestellten Schneidewerkzeug verunglückt. Der Maurer Szeres war sofort tot; die Maurer Baumrad und Smarzki haben sich schwere Verletzungen erlitten, daß sie jedenfalls ewig Krüppel bleiben werden. Die anderen beiden Bauarbeiter Schach und Maurer Majur sind mit leichteren Verletzungen davon gekommen.

Auch bei Steinbauten mit man iridischem Sicherheitsmaßnahmen treten, bisher haben sich diese immer noch besser bewährt, als ein halbes Dutzend Schutzhilfe. Sie gingen ein. W. Mittwoch, den 25. September, Vormittags 11 Uhr, ereignete sich auf der hiesigen Gasanstalt ein schwerer Unglücksfall. Die Firma Schmit aus Geisweid ist mit der Ausführung der Rotorlösen, die aus feuerverfesteten Steinen aufzuführen werden, beauftragt. Die Gewölbe werden gleichfalls aus feuerverfesteten Steinen hergestellt. Die ersten drei Dosen hatte man fertig, und man begann nun mit dem Aufschalen des ersten und zweiten Gewölbes. Bei letzterem erfolgte, da noch keine Verankerung vorhanden war, der Aufschalenbruch, indem die Seitenwände nachgaben. Vier Maurer und der Polier wurden unter den Trümmern begraben. Leichter erlitten schwere Verletzungen, daß er bald nach seiner Entfernung aus dem Auschalen starb. Ein Maurer erlitt einen Schädelbruch, so daß an seinem Aufkommen gezwiegt wird. Die übrigen erlitten Arme- und Beinbrüche. Die Brüche des Unfalls wird auf das zu frühe Auschalen zurückgeführt. Ob dem Polier das Fehlen von Schalholz Verantwaltung gab, die Bogen zu entfernen, darüber wird er für immer schwiegen. Die Dosen sind 5 m hoch, 3,12 m breit, 3 m lang, sechs liegen aneinander. Der Monteur soll den toten Polier Beder gewarnt haben, die Bogen zu entfernen. Es ist ja immer so, daß man dem, der nichts mehr sagen kann, die Schuld beimittet.

\* Gerichtlich befragte Bauscherei. In Nr. 22 des „Grundstein“ nennen wir Nolz von einem Bericht im „Hamburger Echo“, wonach ein Bauarbeiter in Cuxhaven am 1. Februar 1907 einen Bauscherei verdeckt worden war, weil er nicht liegen wollte. Der Mann hatte nämlich an dem Bau der Gemeindeschule Böton geschüttet, der statt vier Teile Kies und ein Teil Beton, wie vorgeschrieben war und auch notwendig ist, nur ein Teil Beton auf sieben, bis acht Teile Kies (nach Meinung des Arbeiters war die Mischung sogar 1:12) enthielt. Begehrter Arbeit sollte nun, wenn er gefragt würde, der Bauleitung erklären, der Beton sei vorbehaltlos (1:4) genügt, und da er sich dessen wusste, würde er entlassen. Aber nicht nur das, sondern für die „Freiheit“, nicht zu Gunsten des Unternehmers liegen zu wollen, wurde der Mann auch von den übrigen Baumeistern in Acht und Bann gehan, und als der Arbeiter diese ihm widerfahrene Unbill öffentlich bekannt gab, wurde er sogar noch von dem Schubbaumeister wegen Beleidigung verklagt. Über diese Klage hatte nun das Schöffengericht in Cuxhaven zu entscheiden.

Das Gericht hat folgendes entschieden: Nach dem Kontrakt sollte Linders (der Schubbaumeister) vier Teile Kies und ein Teil Beton nehmen. Nach der Bezeugung erachtet das Gericht als feststehend, daß nicht 4:1, sondern 7:1 genommen worden ist. Fest steht, daß Linders um einen Beton auf sieben bis acht Teile Kies (nach Meinung des Arbeiters war die Mischung sogar 1:12) enthielt. Begehrter Arbeit sollte nun, wenn er gefragt würde, der Bauleitung erklären, der Beton sei vorbehaltlos (1:4) genügt, und da er sich dessen wusste, würde er entlassen.

Bemerkenswert ist noch, daß der Rechtsbeistand des Privatäglers Linders, Reichsbeamter, Udermarkt, den Antrag stellte, den Verklagten wegen Beleidigung mit drei Monaten Gefängnis zu bestrafen. Das Gericht warf eine Strafe von M. 30 aus, da nicht zu erwischen war, daß Linders dazu beigezogen habe, daß der Arbeiter in Cuxhaven keine Arbeit bekomme.

\* Der Bauschwindel in baumeisterlicher Bedeutung. Anlässlich einer schweren Baufälligkeit in Wien werden dort allerlei Vorwürfe gemacht, um die betriebliche Erziehung in ihren Grundzügen zu erforschen und Mittel und Wege zur Beseitigung des Übelns zu finden. Den verschiedensten Lamenten gegenüber stellt sich aber ein Baumeister Haas auf den Standpunkt, daß die Krisis eigentlich und durchaus notwendig ist und nach Kräften gefördert werden muß, um den Bauschwindel mit Sicherheit und Stiel auszurotten. Haas schreibt: „Man kann behaupten, daß sich die weitaus größere Zahl der Bauten als eine Kette von Schwindleien allerhöchster Sorte darstellt und geeignet ist, den ehrlich denkenden Beobachter mit Ekel und Widerwillen zu erfüllen... In der weitaus größeren Zahl

wird der Gewinn des Unternehmers nicht auf realem, geradem Wege, sondern durch Windzüge und Ausnützung der Unerschaffbarkeit oder der minderen Erfahrungsfähigkeit anderer gesucht, die nun den "schwarzen Peter" oder, wie man sich in Wien vollständig ausdrückt, eine "Burgen" abgeben; ja, es wird ungeschickt gesagt, es handle sich nur um Auffindung einer "Burgen". Unter hundert Veränderungen bei Häusern sind kaum zehn, die sich nach dem Grundstein: "Da Ware, da Geld", abwidmen, sondern nach dem Respekt zu stande kommen, "da Schuhware, da wieder Schuhware", oder, "da Mantel und da Mantel", das heißt für ein Haus, selbstverständlich, nachdem es sich bis über das Dachfirst in einem Sumpf von Schulden stellt, wird nicht bares Geld, sondern wieder ein verhülltes Gegenstand, ein Baugrund, eine Villa, ein Geschäft, eine zweifelhafte Hypothek und dergleichen eingetauscht. Der beliebteste Weg, den eine gewisse Sorte von Bauunternehmern bei der Durchführung ihrer Geschäfte einschlägt, ist der, der sie nach Anwendung der gewagtesten Mittel bei Herstellung des Baues und nachdem sie einen möglichst ausgiebigen ersten Hypothekenspuren (viele Vorzugsaktionen wüssten davon zu erzählen), den größten Teil der Kosten der Bauführung und des Baugrundes deckt, aufgenommen haben, noch einen Vertragsfestseligen zu finden trachten, der ihnen gegen Sicherung hoher Bitten einen zweiten oder gar noch einen dritten Posten vorstreckt. Bei dem langsamem Gang der gerichtlichen Prozeduren und der Behäbigkeit, mit der von Steuerbehörden Übertragungsgebühren und Gebäudesteuern vorgetrieben werden, kann es geschehen, daß diese Bauunternehmer vor dem Hause, von dem kein Gläubiger ihnen gehört, bei einiger Geschicklichkeit und Durchtriebshilfe — man nennt solche "haut" — noch durch mehrere Binsquartale den Mietzins einheben. Wenn es dann zum abwangsweisen Verkaufe des Hauses kommt, gehen der ersten Hypothek fünf bis sechs vom Hundert des ganzen Bau- und Grundwertes an Vorzugsaktionen vor und die Belastung ist schon so groß, daß der zweite Gläubiger, der natürlich, um wenigstens einen Teil seiner Forderung zu retten, Erste werden muß, nicht mehr zum Zug kommt, da der Gebäudewert kleiner ist als die Summe der Vorzugsaktionen (Steuer und Übertragungsgebühren) und der ersten und zweiten Hypothek. Von einer Befriedigung der Bauhandwerker, selbst wenn sie gründlicher vorgemerkt sind, ist natürlich keine Rede.

Diese Schildderung des Bauswindels dürfte nicht nur auf Wien zutreffen. Auch in unserem herrlichen deutschen Vaterlande wissen die Handwerker und Arbeiter davon ein Bild zu singen.

\* **Einwirkung von Nachgase auf Sandsteinbauten.** Es ist eine alte Erscheinung, daß einige Sandsteinarten sofern sie zu Bauten in Großstädten benutzt werden, vorzeitig verwittern, wodurch der halbige Verfall des Bauwerks herbeigeführt wird. Eine solche Art Sandstein ist u. a. der aus der Umgegend von Schlaithof und Neuhofen, genannt "Staubsandstein", der teilweise an dem Cölner Dom verwendet worden ist. Nach einer Mitteilung der "Baugemeinschaft" sind es ganz eigenartige Verwundungen, die dieser Stein durchmacht. Eine äußerlich scheinbar unbedeutende Schalenförmige Rinde sitzt auf einer weichen Schicht von "Ausblühungen", und darüber kommt erst der feste Stein. Nach heftigen Regenfällen sieht man an zahlreichen Stellen die Schale losgesprengt.

Rum hat Prof. Erich Kaiser in Gießen folgende Ursachen für die vorzeitige Verwitterung der Steinart festgestellt: Der Sandstein besteht vornehmlich aus Quarz und etwas Feldspat; daneben Apatit, Muscovit und selten Magnetit. Diese Komponenten (Bestandteile) werden durch ein Bindemittel von Kaolin, Barit und Dolomit hergestellt resp. Braunkalz verklebt. Kaolin und Dolomit herrschen aber vor. Die Umwandlungsscheinungen sind in erster Linie durch die Fortführung und Umwandlung des dolomitischen Bindemittels bedingt, und zwar beruht diese auf der Neubildung von wasserhaltigen Kalk- und Magnesiaquats — Bittersalz und Gips — auf Kosten der vorhandenen Karbonate (sulphensaure Salze). Die Bildung von Sulfaten (sulphensaure Salze) auf Kosten der primären Karbonate, insbesondere auf Kosten des Dolomits bez. Braunkalz, verlangt zunächst eine Erklärung der Herkunft des Schwefelsäuregehaltes. In den frischen Bausteinen, wie sie den Steinbrüchen entnommen wurden, ist ein Schwefelsäuregehalt, der zu derartigen intensiven Witterungsscheinungen Veranlassung geben könnte, nicht nachweisbar. Der Schwefelsäuregehalt, der als Paraffin in einem kleinen Teil der Gesteine vorhanden ist, kann nicht zur Einführung der Umwandlung herangezogen werden. Die Schwefelsäure der Neubildungen besitzt also eine andere Herkunft. Der Cölner Dom steht inmitten einer Großstadtatmosphäre, die außerordentlich reich ist an schwefriger Säure. Der ganze Umwandlungsprozeß ist auf die Einwirkung von Nachgasen zurückzuführen, an denen beim Cölner Dom bei der Nachbarschaft vielseitiger Bahnhöfen, zahlreicher Hotels und Privatbauten mit Centralverbindungen, inmitten eines weit ausgedehnten Häusermeeres, an die sich zahlreiche industrielle Anlagen anschließen, kein Mangel. Die leichte Durchdringbarkeit der schwefligen Säure bedingt, daß schon die auf die Fassade niederfallenden Regen mit einer gewissen Menge von Schwefelsäure beladen sind. Diese Lösungen dringen teilweise in die Gesteine ein, zum Teil werden sie aber auch oberflächlich abgeführt. Von den eingedrungenen Wassern verdrängt ein Teil des Wassers. Neuer Regen bringt von neuem verdünnte Schwefelsäure, die auf diesem Wege mehr und mehr in dem Gesteine angesammelt werden kann. Schon im stark verdünnten Zustande wird sie auf das Karbonatbindemittel einwirken. Sie wirkt auf dieses langsam, aber fortgesetzt ein, immer von neuem zerlegend. Der Prozeß wird unter dem Einfluß der immer wiederkehrenden Niederschläge solange fortwähren, wie überhaupt noch ein dolomitisches Bindemittel in dem Gestein vorhanden ist. Es ist noch besonders zu beachten, daß mit dem fortwährenden Angriffe der Lösungen auf das Gestein dieses immer poröser wird. So kann infolgedessen immer größere Wassermassen und da-

mit zusammen immer größere Gasmengen aus der Atmosphäre aufnehmen. Wenn der Vorgang einmal begonnen hat, so wird er, da die Zufuhr von Wasser und Gas kaum abgeschnitten werden kann, sich immer mehr verstärken. Die gegebene Erklärung der Umwandlung am Cölner Dom ließ vermuten, daß auch andernärts Erscheinungen fortwährender Verfärbung zu beobachten sein würden, wo der Staubsandstein vermaut und längere Zeit Rauchgasen ausgesetzt war. Und in der Tat wurden dieselben vorgefunden beim Münster in Ulm, bei der Marienkirche in Stuttgart und beim Rathaus in München. Gegenüber diesen Veränderungen des Schlaithof-Steins in den Großstädten war auch zu vermuten, daß sie bei anderen, günstigeren Atmosphärenverhältnissen unterbleibt. Dies ist der Fall. Das günstigste Beobachtungsobjekt hierfür liegt in dem Schloß zu Neuschanstein bei Jüßen in Oberbayern vor. Der Sandstein ist hier zu Türmen, Etern, Portalen, Figuren usw. vermaut worden, aber trotzdem gleichmäßig gut erhalten, selbst bei den Schornsteinkränzen. Die reine Bergluft ist eben gänzlich frei von der das Gestein zerstörenden schwefligen Säure.

\* **Ein zweiter Simplontunnel.** Für den Bau des zweiten Simplontunnels hat der Verwaltungsrat der schweizerischen Bundesbahnen bereits im Sommer einen Kredit von 34,6 Millionen Francs bewilligt. Der Staat der Bundesbahnen für 1908 sieht für diesen Tunnel eine erstmalige Ausgabe von einer Million Francs vor. Im Parallelstollen brödet das Gestein an Wänden und Decken dergestalt ab, daß die Herstellung des zweiten Tunnels nicht umgangen werden kann. Die beiden Tunnels sind von Arosa zu Chiasso 17 m voneinander entfernt. Angesichts dieser Distanz muß beim Bau des zweiten Tunnels alle Vorsicht angewendet werden, damit während der Bauphase, die auf sieben Jahre veranschlagt ist, die Betriebsfähigkeit des ersten Tunnels nicht leide. Die Erbauer des ersten Tunnels, Brandt, Brandau u. Cie, haben sich seinerseits durch Vertrag verpflichtet, den zweiten Tunnel mit Ausnahme von Verpflichtung und Oberbau für 19½ Millionen Francs herzustellen, sofern ihnen zwei Jahre nach Fertigstellung des ersten Tunnels ein Auftrag hierzu erteilt wird. Die Bundesbahnen haben den ersten Tunnel am 22. Februar 1908 übernommen, bis zum 22. Februar 1908 muß daher der Simplontunnelschiff der Bauauftrag erfüllt werden. Die für den zweiten Tunnel bewilligten Beträge belaufen sich ursprümlich auf nur 15 Millionen Francs, durch Nachtragsvertrag vom 9. Oktober 1903 wurden sie dann auf Anhieb der Unternehmung auf 19½ Millionen Francs erhöht.

Dazu wird der "Boss. Big." aus Wien geschrieben: "Seit Abschluß des zweiten Vertrages sind die Arbeitsschichten noch weiter gestiegen, weshalb man in technischen Kreisen, die der Firma nahestehen, befürchtet, daß diese am Bau des zweiten Tunnels keinen Gewinn erzielen und sonst durch unerwartete Ereignisse und unvorhergesehene Schwierigkeiten Verluste erleiden kann. Die Unternehmung hat daher den Bundesrat schon vor einiger Zeit erucht, sie ihrer Verpflichtung zu entbinden, doch ist weiter der Bundesrat noch die Generaldirektion der Bundesbahnen geneigt, diesem Wunsche Folge zu geben. Sie legen sogar im Gegenteil Vertrau auf, daß der zweite Tunnel von derselben Firma hergestellt werde, damit die Erfahrungen des früheren Tunnelbaues besser verwendet werden. Jedenfalls bestätigt die Tunnelunternehmung nun, vom Bund eine Erhöhung der Bauzulagen zu verlangen."

Sollte sich hinter der Berufung auf die achtzigsten Arbeitslöhne nicht eine geschäftliche Spekulation verborgen? Das erscheint uns nicht ausgeschlossen. Von dem Bund darf man verlangen, daß er einen Druck auf die Arbeitslöhne verhindert.

### Ans anderen Berufen.

\* **Töpferstreit in Berlin.** Die Töpfer in Berlin sind in den Streit eingetreten, nachdem die Verhandlungen mit den Unternehmern jede Möglichkeit der Verständigung erstickt hatten. Der alte, bis zum 1. Oktober dieses Jahres bestehende Tarif sollte erneuert werden; die Arbeiter waren damit aufgeweckt, wenn einzuführen der alte Tarif fortbestanden hätte. Dem widerstrebten jedoch die Unternehmer mit aller Gewalt. Sie hatten einen Tarif mit reduzierten Lohnfächern entworfen, für den sie die Anerkennung der Arbeiter verlangten. Diese sonderbare, aber recht lehrreiche Situation schürtete der Vorstehende des Töpferverbandes, Genosse Drunzel, in einer Versammlung der Streitteilenden, als dort der Vorjagd gemacht wurde, als Antwort auf das Anerbieten der Unternehmer 10 bis 15 pf. Aufschlag auf den alten Tarif zu fordern. Gegen diesen Vorschlag sprach der Tarifvorsteher Drunzel, weil der Kampf der Berliner Töpfer nicht um Erhöhung, sondern um Erhaltung und Befestigung des Tarifs geführt werde. Drunzel gab dann eine Ueberprüfung über die Entwicklung des Kampfes. Die Gehilfen hatten bekanntlich seinerzeit beschlossen, den Tarif nicht zu kündigen. Sie hätten nur einige Wünche geäußert, die man bei der Verhandlung des Tarifs hätte berücksichtigt. Wenn die Unternehmer aber kündigten den Tarif und kamen dann mit ihrem bis zu 40 pf. verschlechterten Entwurf, sie ließen danach zwar etwas ab von ihren Forderungen, beschlossen aber in der Innungssammlung, acht Tage vor Ablauf des alten Tarifs, ihren reduzierten Entwurf am 1. Oktober einzuführen und alle die Gefallen auszusperren, die sich dem widerstehen. Nachdem dann durch den Obermeister Thiele nochmals Verhandlungen in Aussicht gestellt wurden, zeigte sich die Gehilfenschaft bekanntlich bereit, trotz der ungewöhnlichen Verzögerung der Tarifverhandlungen, auch noch deren Ergebnis abzuwarten, um kein Mittel, den Frieden im Gewerbe zu sichern, unbenutzt zu lassen. Die Schluß, daß es zum Kampfe kommt ist, liegt also durchaus auf Seiten der Unternehmer.

Die isolargenossen Töpfer haben beschlossen, nachdem auch ihr Versuch, die Unternehmer für die weitere Gültigkeit des alten Tarifs zu gewinnen, gescheitert ist, mit dem Zentralverband gemeinschaftlich vorzugehen.

\* **Der Bergarbeiterstreit in der Niederlausitz** hat einen größeren Anfang angenommen. Das "Eingreifen" des Staates beschränkt sich auch in diesem Falle auf die Abschaffung der Gendarmen und Polizisten nach dem Streitgebiet. Das hat denn auch den (gewünschten) Erfolg gehabt, daß Blut geflossen ist. Von dem dort hingeholten Streitbereich sind jüngere Standorte hergerichtet worden. Einer von diesen jünglichen Elementen hat den Grubendirektor Jünghaus mit Meisterstrafen übel zugerichtet. Natürlich will man diese Blutatt und die Streitenden vor Gott legen. Von Vermittlungsversuchen der Behörden ist noch nichts bekannt.

\* **Die gegenwärtige Lage der Gewerkschaften in Russland.** Mit jedem Tage verschlechtert sich die Lage der russischen Gewerkschaften mehr. Die Repressalien der Administration haben einen wachsenden ebensolchen Charakter angenommen, und die Gewerkschaften werden künftig höchstens geschlossen. So wurde in den letzten Tagen der neutrale Textilarbeiterverband in Podz geschlossen und dessen Vorstand in voller Bestände arreliert; gleichfalls geschlossen wurde, wegen Anzettierung eines Streiks der Handlungsgesellenverband in Winst u. i. w. Die Gewerkschaften außerordentlich schädigend zurückgeworfen: "Die Handlungsgesellenverband in Witebsk und neun andere Verbände in Dnestr. Diese Angelegen sind natürlich bei weitem nicht erschöpft. Aus Petersburg und Moskau, aus Niiga und Batu — von überall her kommen Klagen über Repressalien der Administration. Die letzten Repressalien haben auf die Lage der Gewerkschaften außerordentlich schädigend zurückgeworfen" — so wird dem "Gewerkschafts-Anzeiger" aus Kiew geschrieben. "Der Druckereiarbeiterverband ist geschlossen. Die anderen Verbände erwarten täglich daselbe Schicksal. Versammlungen werden nur mit großer Mühe gestattet, und auch dann darf über nichts gesprochen werden." In vielen Handels- und Industriestädten ist die Gewerkschaftsbewegung fast vollständig zurückgegangen. So funktionieren Anfang dieses Jahres in Saratow 18 Gewerkschaften, deren Mitgliederzahl mehr als 8000 betrug. Jetzt aber existieren tatsächlich doch vier Verbände (der Kontoristen, Metallarbeiter, Mühlenarbeiter und Schneider), und die Zahl ihrer Mitglieder überschreitet nicht 800. Doch auch diese Verbände zeigen nicht die geringste Tätigkeit und halten sogar keine Versammlungen ab. Die Gewerkschaftsbewegung in der Krim, konzentriert die Konferenz der Gewerkschaftswohnlände in Simferopol, flaut hauptsächlich infolge der administrativen Repressalien und des Drucks des Unternehmerverbands ab. In Simferopol selbst ist ein allgemeiner Rückgang aller Gewerkschaften zu verzeichnen.

Das sind die Resultate des räuberischen Saugens der Regierung gegen die Gewerkschaften. Was Wunder, wenn die Gewerkschaften selbst die Frage der illegalen Gewerkschaften auf die Tagesordnung stellen?

### Polizei und Gerichte.

\* **Streitnachwehen in Erfurt.** Neben einen großen Streitprozeß in Erfurt berichtet der "Vorwärts": Am 1. Oktober wurde vor der Großammer des Landgerichts gegen zwölf Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die §§ 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauarbeiter auf Streitposten aufzutreten, als sie durch das Auftauchen eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle hereinkamen und für den Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die § 111, 114, 116, 185 des Strafgebiets sowie gegen die § 188 der Gewerbeordnung vertragen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofes Erfurt eine Anzahl ausständiger Männer und Bauar

zuoft dagewesen, daß die Geschworenen, die ja meistens den Besitzenden und ausbeutenden Klassen angehören, Wahrheit abgeben, die schwere Urteile zur Folge hatten.

\* **Wegen Boykotts erst verurteilt und dann freigepronken** sind die Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftsrates in Preußen. Sie hatten durch Flugblätter aufgefordert, die Lokale, für die Arbeiterversammlungen nicht zu haben, zu meiden. In dem Versteilen dieser Flugblätter erwiderte das Schöffengericht hierzulast einen Verstoss gegen § 360 Nr. 11 St.-G.-B. (Verübung groben Unfugs) und verurteilte die Angestellten zu je M 15 Geldstrafe. Die Strafammer erkannte auf Freispruch, da das Boykottieren einzelner Lokale keine strafbare Handlung sei.

Bekanntlich hat das Reichsgericht auch schon in diesem Sinne entschieden, was natürlich nicht ausreicht, daß sich andere Gerichte doch auf einen anderen Standpunkt stellen.

### Verschiedenes.

\* **Bom Teilen.** Zu den wichtigsten, viel gebrauchten Requisiten der politischen Kreisblattpresse gegen die Sozialdemokratie gehört das anmutige Märchen vom „Teilen“. „Zur Zukunftsstaat“ wird, alles „geteilt“, sogar das Hemd muß mit irgend einem fremden Manne oder gar intersexuell geteilt werden, wenn der oder die andere nichts hat! Alle diese Märchen zum Kopfschümen des honesten Bürgers gegen unsere Bewegung lennen ja unsere Lefer, trotzdem wir sie damit nicht aufzuhalten brauchen. Es ist aber ganz interessant, mal dem Gedanken des „Teilens“ nachzugehen und festzustellen, was wohl für die Interessierten — und das wäre ja die ganze Bevölkerung — dabei herauspringen würde. Einigen Anhalt dafür bietet die preußische Steuerstatistik, weil sie Angaben über das versteuerte Einkommen und in denen über die Ergänzungsteuer auch solche über die vorhandenen Vermögen enthält.

Im Jahre 1906 wurde in Preußen ein Einkommen der Befesten von M 10 331 802 000 veranlagt (1905 ein solches von M 9 668 608 000). Da nun Preußen nach den Fortschreibungen der Reichsstatistik im Jahre 1906 37 859 000 Personen (1905: 37 293 000) gäbe, so entfallen auf den Kopf der Bevölkerung M 273 (M 239) Einkommen pro Jahr. Das ist nicht viel, namentlich wenn man bedenkt, daß eine fünftöpfige Familie pro Jahr nur M 1365 (M 1295) zur Verfügung hätte. Eine Haushaltung besteht aber durchschnittlich aus 4,6 Köpfen, so daß jede Familie im Durchschnitt auch nur M 1200 (M 1195) jährliches Einkommen zur Verfügung hätte. Dieses Einkommen flösse jedoch allein aus dem veranlagten Einkommen, das bei M 900 beginnt. Es fehlen dabei die niedrigeren Einkommen von 8,29 Millionen Befesten, die staatseinkommensteuerfrei sind, weil ihr Einkommen den Betrag von M 900 pro Jahr nicht erreicht, oder die aus irgend welchen Gründen freigestellt sind (1906: 810 465 Personen). Deren Einkommen dagegen gerechnet, würde die Gesamtkasse doch noch wesentlich erhöhen und zu seinem allzu schlechten Einkommenssatz führen. Der Zustand nach der „Teilung“ wäre sicher deutlich besser als der jetzige, wo die 1 261 890 Personen mit mehr als M 3000 Jahreseinkommen allein M 4 780 688 094 Einkommen haben, das sind allein über 46 p. 100 des veranlagten Einkommens, während die anderen 7,2 Millionen Befesten mit M 900 bis 3000 Jahreseinkommen zusammen nur M 555 118 875 einnehmen, das heißt pro Befest M 770! — Eine Verteilung auf die Zahl der physischen Befesten gibt natürlich ein sehr schönes Bild; entfallen doch auf jeden derselben M 2430 (M 2484). Das besagt aber für die Verteilung des Einkommens gar nichts.

Schreiten wir zur „Teilung“ des Vermögens. Nach den Ergänzungsteuerbestimmungen bleiben die Vermögen unter M 6000 steuerfrei. Sie entgehen der Statistik infolgedessen ganz, und wir erkennen, daß wir zu einem wesentlich höheren Vermögenssatz kommen müßten, als jetzt nach den Ergebnissen der Ergänzungsteuer. Aber wir wollen uns schon damit begnügen. In Preußen finden wir 1905 666 283 Befesten, die Ergänzungsteuern bezahlen. Sie bestehen zusammen ein Vermögen von 52 056 Milliarden Mark und bezahlen M 28 161 000 Ergänzungsteuer. Verteilen wir diese Vermögen auf die einzelnen Preußen, so entfallen auf jeden M 1400, also auf jede Familie in Preußen das ganz nette Säumchen von M 640. In dieser Summe sind die anderen Vermögensarten, also der Besitz von Immobilien usw. noch nicht enthalten.

Alle diese Daten ergeben sich unter der Annahme, daß die Bevölkerung wirklich ihr volles Einkommen und ihr volles Vermögen versteuert. Jeder weiß aber, in welchem Maße überall Steuerhinterziehungen gerade von den wohlhabenden Leuten gefüchten. All dies zu dem Einkommen und Vermögen der Proletarier und Nichtsteuerpflichtigen hinzugenommen, ergibt kein schlechtes Bild von dem Einkommen und dem Besitzstand des preußischen Volkes. Einem denkenden Betrachter wird das nicht verbunden; denn wo soll denn all der Wert hin, der aus den zahllosen Millionen fleißiger Hände fließt? Das Proletariat würde in der Tat gar kein so schlechtes Geschäft machen, wenn es eine wirkliche „Teilung“ nach den Ideologien des Spiekers vornehme. Der Gedanke selbst würde vielleicht manchem Angehörigen dieser Gesellschaftsklasse unter diesem Gesichtspunkte gar nicht so unheimatisch erscheinen!

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer). Heft 52 bes. 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hierzu: Julius Motter zum Gedächtnis. Von M. G. — Ein Bierfestjahrhundert. — Über den Marginitus in Russland. (Zum fünfzigjährigen Jubiläum des „Neuen Zeit“.) Von Dr. Troitzky. — Möglichkeiten des Klassenkampfes. Das Verhältnis des Proletariats zur Monarchie. Von Karl Renner. — Die Geschichte eines Bades. Von Otto Bauer. — Sozialdemokratische Randbemerkungen zu den Vorarbeiten der Strafrechtsreform. Von Michael Gursky (Petersburg). I. — Sozialismus in der amerikanischen Poesie. Von Henriette Moland-Holst.

Die „Neue Gesellschaft“ (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lilly Braun, Verlag, Berlin NO 6, Charlottenstr. 8, Verbandshaus des Deutschen Metallarbeiterverbandes). Preis für das

Einzelheft 10 P. Probehefte kostenlos). Heft 15 des 5. Bandes. Aus seinem Inhalt haben wir hierzu: Es ist etwas, dann alles! — Alwin Stenger: Der neue bayerische Landtag und seine Aufgaben. — H. B. Bliegen (Amsterdam): Zur Kolonialfrage. — Bruno Buchwald: Die Gewerkschaftsbank.

**Führer durch die Unfallversicherung des Deutschen Reiches.** Für die Versicherten nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung und Rechtsprechung, bearbeitet von Ernst Hanke, Kaiserlichen Expedienten Sekretär im Reichsversicherungsamt. Verlag von Franz Böhnen in Berlin W. 8, Mohrenstr. 13/14. Preis für das einzelne Exemplar 50 P. Partiepreise geringer.

**Die Aussänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika,** von Hermann Schüller. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. XII. und 216 Seiten Grosstyp. Preis broschiert M. 8, gebunden M. 4.

Der Verfasser, seit langen Jahren Redakteur der „Neuherforder Volkszeitung“, beginnt mit dem vorliegenden Bande eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten an der Hand eines großen Quellenmaterials, das er sich durch eigene Sammearbeit zugänglich gemacht hat.

Aus dem reichen Inhalt haben wir hierzu: Wilhelm Weitling und seine Agitation in Amerika. — Neger- und Sklavenarbeiterbewegung. — Der sozialistische Turnerbund.

Ganz besonders ist der Teil des Buches, der Weitling und seine Agitation behandelt, von großem Interesse. Ihm ist ein Stück Autobiographie Weitlings beigegeben, die nirgends bekannt geworden ist und ein vollständig abgeschlossenes Bild seiner Tätigkeit gibt.

### Briefkasten.

**Todesanzeige,** die eingefordert sind, werden wieder im „Grundstein“ vermitteilt. Das ist richtig; es waren in der letzten Woche wieder vier oder fünf, die viel zu spät eingingen und darüber nicht mehr veröffentlicht wurden. Es ist ja genügend bekannt, daß diese Anzeige spätestens acht Tage nach dem Sterbefall eingefordert werden müssen.

**Wellingdorf.** Wenn Sie nur die drei Werke haben, dann ist doch vor allem notwendig, daß Sie unsere eigene Gewerkschaftsliteratur für die Bibliothek anstreben: Die Geschichte der Maurer Deutschlands, die Protokolle über die Verhandlungen der Verbandsstage und Bauarbeiterkongresse. Ferner ist notwendig: Vereinsgebet, Gewerbeordnung, Bürgerliches Gesetzbuch, Strafgesetzbuch, Arbeiterecht (Stadtgesetze), Krankenfahrt, Bauhafen- und Unfallgesetze. Dann nehmen Sie die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Arbeit und Kultur, Lassalles Reden und Schriften.

**Malchin, Sch.** Die „Gütertrennung“ zwischen Mann und Frau hat keinen Einfluß auf die Rentenberechtigung.

**Bürgelburg, Krankenkasse;** zu spät. — **Barmen, B.** Das sollte Dir doch bekannt sein, daß der „Grundstein“ keine Todesanzeigen aufnimmt. In jeder Nummer ist es zu lesen.

**Croppenstedt, H. G.** Erklären Sie sich vor der Klageerhebung bei einem zuverlässigen Baumeister, um feststellen zu lassen, ob der Erbauer des Hauses groß fahrlässig gehandelt hat. Zur Durchführung der Klage müssen Sie einen Rechtsanwalt haben.

**Griesheim, Sch.** 1. Lebenslänglich ist natürlich bis zum Lebensende des Verurteilten. 2. Ja!

### Anzeigen.

**Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahnstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.**

### Sterbtafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite folgt 10.)

**Berlin-Gr. Bickerstetze.** Am 8. Oktober starb unser Ehrenmitglied **Carl Gurisch** im Alter von 88 Jahren an Nieren-Wasserflucht.

**Brandenburg.** Am 24. September verschied unser Verbandskollege **Joseph Rutschitzki** infolge Abfalls vom Gerüst.

**Lübeck.** Am 25. September starb nach langem Leiden unser Kollege **F. Ramm gen. David** im Alter von 86 Jahren an Nierenleiden.

**Nauen.** Am 26. September 1907 schied unter treuer Verbandskollege und langjähriger Vorsitzender **J. Trotzowsky** freiläufig aus dem Leben.

**Neustadt i. H.** Am 29. September starb unser treuer Mitglied **Heinrich Benn** aus Bujendorf im Alter von 44 Jahren an Schlaganfall.

**Nürnberg-Fürth.** Am 27. September starb unter treuer Verbandskollege **Georg Kitzmann** im Alter von 35 Jahren an den Folgen eines Sturzes vom Bau.

**Reichenbach i. B.** Am 24. September starb unser Verbandskollege **Otto Seifert** im Alter von 33 Jahren an Magenleiden.

**Stralsund i. Els.** Am 26. September starb nach langer Krankheit unser treuer Verbandsmitglied **Wilhelm Obrecht** im Alter von 61 Jahren.

### Achim.

Die Wohnung des ersten Vorstehers **Fritz Staub** ist Obernstr. 150, die des Kassierers **Max Lorenz**, Am Zimmerplatz. [M. 1,50] Der Vorstand.

### Cassel.

Alle für den Zweigverein Cassel bestimmten Sendungen sind von jetzt an den Kollegen **C. Jungklaus**, Wolfsbergerstr. 5/7, Gewerkschaftshaus, zu richten. [M. 1,80] Der Vorstand.

### Konitz i. Westpr.

Die Adresse unseres neu gewählten Vorsitzenden ist jetzt:

**Franz Fenner, Schützenstr. 81.**

[M. 1,80]

Der Vorstand.

### Pöllitz.

Meine Wohnung befindet sich jetzt:

**Schützenstraße 40**

[M. 1,80] J. Dinse, Rassierer.

### Gevelsberg.

Unter Beteiligung befindet sich jetzt an der

**Wilhelm Hammes, Hahlingerhauserstraße 9.**

Berichtigung siehe Versammlungsanzeiger.

[M. 2,10]

Der Vorstand.

Der fremdgeschriebene Maurer **Friedrich Röttiger**, geboren am 30. August 1882 zu Hannover, wird von seinen Eltern gebeten, nach Hause zu kommen oder seine Adresse anzugeben. Die Mutter ist schwer krank. Kollegen, die den Aufenthalt oder seine Adresse wissen, werden erachtet, daß an Eduard Röttiger, Hannover, Alte Ohrrente 18, A 4, mitzutreten.

### Neviges.

Sonntag, den 13. Oktober, Nachm. 4 Uhr:

### Zweites Stiftungsfest

im Lokal des Herrn August Schmäle, Alte Turnhalle.

Bestehend in

Konzert und humoristischen Vorfragen sowie Ball.

Alle Verbandskollegen werden hierzu freundlich eingeladen.

[M. 3,90]

Der Vorstand.

### Mülhausen i. E.

Samstag, den 19. Oktober, Abends 8 Uhr:

### Dreizehntes Stiftungsfest

im „Eiskeller“ (Kamispiel).

Um zärtliche Beteiligung ersucht

[M. 8]

Der Vertrauensmann.

### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 13. Oktober.

Ahrensbök, Nachm. 8 Uhr bei F. Schreie. Referent: H. Möller-Lübeck.

Annaburg, Vorm. 11 Uhr in Beck's Gesellschaftshaus.

Cöln a. Rh. (Büro und Foyer) Vorm. 11 Uhr bei H. Hompesch, Kämmereigasse 18. T. O.: Neuwahl der Konsulnkommission.

Döllitzsch, Nachm. 8 Uhr im „Gündelhof.“

Driesen, Nachm. 8 Uhr außerordentliche Versammlung im „Bittergarten“.

Greene, 8 Uhr im Foyer des Herrn Albert Brodtmann. Tagessordnung sehr wichtig. Referent zur Stelle.

Konitz, Nachm. 4 Uhr bei Stellendorf, Hauptmarkt. Bücher sind mitzubringen.

Lochow, Nachm. 8 Uhr bei Herrn Weber in Plötzlich. Bücher mitbringen.

Seesen, Nachm. 8 Uhr im Vereinslokal.

Dienstag, den 15. Oktober.

Altenburg, Nachm. 6 1/2 Uhr im „Schwarzen Adler“. Mitgliedsbücher mitbringen.

(Sektion der Gewerbeiter.) Abends 8 1/2 Uhr im oberen großen Saal des Gewerkschaftshauses.

Neusalz, Neuwahl eines Kassierers. Referent anwesend.

Donnerstag, den 17. Oktober.

Grünberg i. Schl. Abends 6 Uhr in Adams Vatal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Guben, Abends 6 1/2 Uhr bei Stein. Referent anwesend.

Sonnabend, den 19. Oktober.

Aken, Abends 8 1/2 Uhr.

Elsterwerda, Abends 8 1/2 Uhr. Referent anwesend.

Sonntag, den 20. Oktober.

Würzburg, Vorm. 10 Uhr in „Ostendorf“. Mitgliedsbücher mitbringen.

Nossen, 8 Uhr im Gasthaus „Deutscher Kring“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Dienstag, den 22. Oktober.

Gevelsberg, Abends 8 Uhr bei Hammes, Hahlingerhauserstr. 9. Referent: Kollege Bödner-Henne.

Sonntag, den 27. Oktober.

Lindow, Nachm. 8 Uhr. Referent anwesend. Versammlung am 20. Oktober fällt aus.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 13. Oktober.

Mariendorf-Tempelhof, Vorm. 9 Uhr Generalsversammlung bei Reichardt.

Sonnabend, den 19. Oktober.

Mahlsdorf a. d. Ostb., Abends 8 Uhr bei Schäfer, Höherweserstrasse.

Spandau, Abends 8 Uhr bei H. Höhle, Lindenauer 17. T. O.: Abrechnung vom dritten Quartal. Kostenangaben.

Sonntag, den 27. Oktober.

Potsdam, Vorm. 9 1/2 Uhr bei Dobenthin.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.